58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Heinz Abosch
De Gaulle macht Ernst

Claudia Wolff
Die Formierer gehen pragmatisch vor

Paul Neuhöffer
Die Legende von der ‚demokratischen' Notstandsgesetzgebung

Dr. Günther Schreiber
Katholiken und die neuformierte CDU

Dr. Achim v. Borries
Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers

Dr. Walter Grab, Tel Aviv
Israels gegenwärtige Probleme

Einzelpreis 3,- DM XI. Jahrgang Mai 5 1966

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats April 1966 347

Kommentare und Berichte

De Gaulle macht Ernst (Heinz Abosch) 350

11. Session der Table Ronde (Manfred Pahl-Rugenstein) 353

Apartheid-Propagandist Strauß (Josef Oertgen) 360

Claudia Wolff, Die Formierer gehen pragmatisch vor (Im Anhang: Kritische Stimmen zur Formierten Gesellschaft) 362

Dr. Günther Schreiber, Katholiken und die neuformierte CDU — Anpassungskurs trotz Machtverlust 378

Paul Neuhöffer, Die Legende von der ‚demokratischen' Notstandsgesetzgebung 391

Kurt Beutler, Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik — Prof. Wolfgang Abendroth zu seinem 60. Geburtstag am 2. Mai gewidmet 405

Dr. Achim v. Borries, ‚Wohin treibt die Bundesrepublik?' — Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers 413

Dr. Walter Grab, Tel Aviv, Israels gegenwärtige Probleme 423

Kalixte Z. Mukendi, Afrikas Kampf um die zweite Unabhängigkeit 430

Bücher

„Deutschland 1975 . . ." (W. Baranowsky) 437

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 441

Fernseh-Spalte

Das Wort zum Sonntag (E. H. Wahl) 442

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | Mai 1966 | Heft 5

Chronik des Monats April 1966

1. 4. — Hamburg. Nach dem Verlust von 4 ihrer 12 Mandate bei den Bürgerschaftswahlen am 27. 3. beschließen die Freien Demokraten, aus der bisherigen Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten auszuscheiden. — Am 6. 4. wird ein neuer Senat gebildet, der unter Führung des Ersten Bürgermeisters Prof. Weichmann ausschließlich aus Mitgliedern der SPD besteht.

2. 4. — Vietnam. In Saigon, Hué und anderen südvietnamesischen Städten kommt es erneut zu Demonstrationen gegen die regierenden Militärs und später zu Straßenkämpfen zwischen Teilen der Bevölkerung und Armeeinheiten. In den Demonstrationszügen werden u. a. Transparente mitgeführt, die den Abzug der amerikanischen Truppen fordern. Studenten besetzen, unterstützt von der buddhistischen Bewegung, den Rundfunksender von Da Nang. Die Regierung, die die Einberufung einer „konstituierenden Versammlung" und die Ausarbeitung einer „zivilen Verfassung" verspricht, entsendet Truppen nach Hué und Da Nang. — Am 26. 4. wendet sich der indische Außenminister Singh gegen die Bombardierung Nordvietnams durch amerikanische Flugzeuge. Eine „militärische Lösung des Vietnam-Konflikts" sei nicht möglich.

— Sowjetunion. Vor den Delegierten des 23. Parteitages der KPdSU bekräftigt Außenminister Gromyko die bisherige „Politik der friedlichen Koexistenz". Gromyko wendet sich scharf gegen ein „Recht der Bundeswehr auf Kernwaffen" und erklärt zur Lage in Südostasien, Voraussetzung einer Beendigung des Krieges in Vietnam sei die Einstellung der amerikanischen Aktionen gegen Nordvietnam und der Abzug der US-Truppen aus dem Süden des Landes. — Am 8. 4. geht der Parteitag nach der Berufung Leonid Breschnews in das wiedereingeführte Amt des Generalsekretärs und der Billigung der von Ministerpräsident Kossygin vorgelegten Direktiven für einen neuen Fünf-Jahr-Plan (1966 bis 1970) zu Ende.

4. 4. — Indonesien. Außenminister Malik deutet vor der Presse die Möglichkeit eines Wiedereintritts in die Vereinten Nationen im Rahmen einer „Neuorientierung" der indonesischen Außenpolitik an. Als Voraussetzung nennt Staatspräsident

Sukarno am 5. 4. „gewisse Reformen" innerhalb der Weltorganisation.

6. 4. — Berlin. Eine unbewaffnete sowjetische Militärmaschine vom Typ Yak-28 stürzt in den Westberliner Stößensee. Die für diesen Teil der Stadt zuständigen britischen Behörden beantworten eine sowjetische Forderung, die Bergung der Wrackteile selbst vornehmen zu können, ablehnend. — Vom 7. bis 20. 4. besuchen mehrere 100 000 Westberliner im Rahmen des bestehenden Passierscheinabkommens ihre Verwandten in Ostberlin.

9. 4. — Rhodesien. Der UN-Sicherheitsrat ermächtigt die britische Regierung, „Schiffen, von denen angenommen werden kann, daß sie für Rhodesien bestimmtes Erdöl transportieren", den Zugang zu dem portugiesischen Hafen Beira „nötigenfalls mit Gewalt zu verwehren". Unmittelbar nach dem Beschluß wird der unter griechischer Flagge fahrende Tanker „Manuela" von einem britischen Kriegsschiff aufgebracht. — Am 27. 4. teilt Premierminister Wilson im Unterhaus mit, er habe durch Entsendung seines Privatsekretärs nach Salisbury neue Verhandlungen „ohne Vorbedingungen" mit der Regierung Smith aufgenommen.

12. 4. — NATO. Der amerikanische Botschafter in Paris überreicht im Außenministerium eine Note, in der Einwendungen gegen den von Frankreich vorgelegten Zeitplan zur Desintegration der Militärorganisation des Nordatlantikpakts erhoben werden. Die Vereinigten Staaten, so heißt es, wünschten „die französische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß auf Grund des Rückzuges das zwischen den USA und Frankreich am 6. September 1950 geschlossene Abkommen betreffend die in Deutschland gelagerten Atomwaffen der NATO automatisch erlischt". — Vom 13. bis 14. 4. diskutiert die Nationalversammlung einen Tadelsantrag gegen die Regierung, der nach Abschluß der Debatte am 20. 4. mehrheitlich abgelehnt wird. Premierminister Pompidou verteidigt die Initiativen General de Gaulles und erklärt, für Frankreich gehe es darum, die „volle Souveränität auf seinem Territorium und in seinem Luftraum zurückzugewinnen". — Am 15. 4. beginnen im Auswärtigen Amt Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien über die Auswirkungen der französischen Pläne. — Am 18. 4. konferiert Außenminister Couve de Murville in Bonn über eine neue Rechtsgrundlage für die in Deutschland stationierten französischen Truppen, die am 1. Juli dem Kommando des NATO-Hauptquartiers entzogen werden sollen. — Am 22. 4. teilt das französische Außenministerium der amerikanischen Botschaft in Paris mit, Frankreich müsse auf den früher gestellten Fristen für den Abzug der US-Truppen bestehen.

13. 4. — SPD/SED. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei antwortet auf den zweiten „Offenen Brief" der SED vom 25. 3. und schlägt vor, die öffentliche Auseinandersetzung auf Kundgebungen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Hannover fortzusetzen. Als Redner der SPD werden der Parteivorsitzende Brandt und seine beiden Stellvertreter Wehner und Erler nominiert. — Am 29. 4. treffen Beauftragte von SPD und SED zu ersten Kontaktgesprächen über die technische Abwicklung gemeinsamer Veranstaltungen in Ostberlin zusammen. Ein zweites Gespräch findet schon einen Tag später in Westberlin statt. — Am 30. 4. veröffentlicht „Neues Deutschland" eine „Stellungnahme" der 12. Plenartagung des SED-Zentralkomitees mit dem Vorschlag, die öffentlichen Diskussionen auf einen Zeitpunkt nach dem SPD-Parteitag im Juni und den Landestagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Juli zu verschieben. Gleichzeitig publiziert die Zeitung den Brief der SPD vom 13. 4. in gekürzter Fassung.

14. 4. — Polen. In getrennten Feiern und Kundgebungen begehen Staat und Kirche das Jahrtausend der Staatsgründung und der Christianisierung. Kirchliche Amtsträger aus dem Ausland erhalten keine Einreisevisa. Die polnische Regierung hatte den Vatikan wissen lassen, eine Reise des Papstes nach Tschenstochau sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwünscht.

18. 4. — Österreich. Mit 30 gegen 10 Stimmen lehnt die Parteivertretung der Sozialistischen Partei (SPÖ) die von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gestellten Bedingungen für eine Fortführung der seit 1945 bestehenden Regierungskoalition ab. Der am gleichen Tag von Bundeskanzler Dr. Klaus gebildeten neuen Bundesregierung gehören nur Minister der ÖVP an.

20. 4. — Deutschlandfrage. Die Bundesregierung lehnt in einer „Grundsatzerklärung" noch einmal alle Verhandlungen mit der DDR-Regierung ab. — Am 21. 4. empfängt Bundeskanzler Erhard die Vertreter der im Bundestag vertretenen drei Parteien zu einem seit langem geplanten „Deutschland-Gespräch", bei dem auch der Redneraustausch zwischen SPD und SED zur Sprache kommt. — Am 29. 4. wird auf einer Pressekonferenz ein Weißbuch der Bundesregierung mit Dokumenten zur Deutschlandfrage vorgelegt. — Am 30. 4. veröffentlicht die polnische Regierung als erste Regierung Osteuropas ihre Antwort auf die „Friedensnote" der Bundesregierung vom 25. März. Sie fordert darin eine Anerkennung der bestehenden Grenzen. Zu dem angebotenen Austausch von Erklärungen über einen Gewaltverzicht heißt es, der Ausschluß der DDR von einer solchen Erklärung wäre nach Ansicht Warschaus eine Sanktionierung der Bonner Politik. Die Souveränität der DDR sei jedoch „untrennbar mit der Sicherheit Polens und der anderen sozialistischen Länder verbunden".

21. 4. — DDR. Anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entwickelt der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in einer Festansprache seine Vorstellungen von einer Konföderation als dem „einzig noch verbliebenen Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung". Zunächst gehe es bei der Lösung der deutschen Frage um die „Herbeiführung einer Atmosphäre der Entspannung in Europa" und den Verzicht der Bundesregierung auf eine atomare Rüstung.

22. 4. — FDP/LDP. Der Bundesvorstand der Freien Demokraten beantwortet ein Schreiben der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDP). In dem Brief werden Verhandlungen mit der LDP-Führung abgelehnt, gemeinsame Podiumsdiskussionen, wie sie bereits am 31. März in Bad Homburg stattgefunden hatten, jedoch als möglich bezeichnet.

27. 4. — Vatikan. Papst Paul VI. gewährt dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Apostolischen Palast eine Privataudienz und empfängt damit zum ersten Male ein sowjetisches Regierungsmitglied. Nach Informationen aus Kreisen des Vatikans ersucht der Papst die Sowjetunion, ihren Einfluß zur Minderung der Spannungen in der Welt geltend zu machen. Gromyko hatte zuvor der italienischen Regierung einen offiziellen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit ein italienisch-sowjetisches Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Vor seiner Abreise nach Moskau schlägt der Minister auf einer Pressekonferenz die Einberufung einer „gesamteuropäischen Konferenz" auf höchster Ebene zur Erörterung eines Sicherheitssystems vor.

29.—30. 4. — Kernwaffen. Der „McNamara-Ausschuß", dem die Verteidigungsminister der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik, Italiens und der Türkei angehören, befaßt sich in London mit der Ausarbeitung einer neuen Kommandostruktur. Hauptzweck der neu geschaffenen Regionen — von der Nordpolarregion bis zum Ägäischen Meer — solle es sein, die Nichtatommächte des NATO-Bündnisses (darunter die Bundesrepublik) in stärkerem Maße an der nuklearen Planung und Mitsprache beim Einsatz taktischer Atomwaffen zu beteiligen.

Kontakt-Verlag GmbH
8116 Eschenlohe

Wir bieten an:

Ausstellungen von

Büchern und

Plakaten aus

Polen

zum Kauf oder
gegen Leihgebühr

Kontakt-Verlag GmbH
8116 Eschenlohe

Fernseh-Spalte

DAS WORT ZUM SONNTAG

Standardsendungen wie „Das Wort zum Sonntag" haben so gut wie keine Chance, von der Kritik beachtet zu werden. Sie gehen einfach unter im ausgedehnten Blickfeld des Fernsehrezensenten. Nichtsdestoweniger gehören sie zum Programm. Also gebührt ihnen Beachtung, auch seitens einer politischen Zeitschrift. Die Gründe ergeben sich aus den nachfolgenden Bemerkungen.

Vorweg dies: Die Seelsorger, die das „Wort zum Sonntag" verkünden, sind nicht zu beneiden. Die viel zu kurzen Sendeminuten sind zeitlich zwar gut placiert, aber nicht dem Programmschema des Samstagabends zu integrieren. Zwischen Quiz-Albernheiten oder Millowitsch - Unsäglichkeiten, Lottoausspielung, Sport und meist minderwertigen Filmen eingezwängt, dürften diese geistlichen Worte von allzuvielen Wochenendkonsumenten als willkommene Unterbrechung — aber eben nicht zum Sammeln, sondern zum Weghören und Wegsehen — aufgefaßt werden. Andererseits ist zu fragen: Verdient das „Wort zum Sonntag" die Aufmerksamkeit, für die hier plädiert wird? Unter anderen als den gegebenen Voraussetzungen wäre mit Ja zu antworten. Wie aber die Dinge liegen, muß die Antwort umfassender ausfallen. Beginnen wir also mit einem Nein. Diese Kurzsendung ist — soweit ich meinen Notizen vertrauen darf — ein Tummelplatz für Plauderer. Einen besonders ungünstigen Eindruck machte mir der junge Pfarrer Peter Paul Junge, der sich mit viel schauspielerischem Pathos bemüht, an jedem Thema vorbeizureden und mit trivialen Klischees aufwartet (Beispiel: „Seine Seele verliert man lautlos"). Überhaupt die Thematik all der geistlichen Redner: an den Haaren herbeigezogene Gleichnisse, hoffnungslos veraltete Scheinprobleme, immer wieder die gängigsten Zitate ... Nur einmal merkte ich auf, als Pfarrer Konrad Jutzler über den Außenseiter Jesus von Nazareth sprach und seine Rolle als Störenfried pries. Wie von selbst ergab sich für Pfarrer Jutzler die Assoziation zum Nonkonformisten der Gegenwart und zum Freund-Feind-Denken, in dessen Bereich der Unbequeme verteufelt wird. Das war ein Ansatz. Hier wurde nicht auf ein abstraktes Seelenheil spekuliert, sondern zum eigenständigen Nachdenken aufgerufen. Daraus resultiert: soll das geistliche Wort am Samstagabend einen zeitbezogenen Sinn erhalten — und dies allein rechtfertigt es —, muß es auf die Behandlung aktueller Probleme von allgemeinem Interesse konzentriert werden. Ich darf mich da auf die hervorragende Sammlung „protestantische texte" berufen, die jährlich von der Redaktion des Kreuz-Verlages, Stuttgart, zusammengestellt und herausgegeben wird. Im Vorwort des Jahrbuches 1965 heißt es: „Der christliche Glaube lebt nicht abseits und jenseits der gesellschaftlichen und politischen Geschichte. Wo er lebendig ist, da wirkt er auch mit am Zeitgeschehen ..." In diesem Sinne beschäftigen sich die „protestantischen texte" auch mit den unbequemsten Gegenwartsfragen (Beispiel: die klare, vorbildliche Stellungnahme des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Vietnam-Krieg). Darauf kommt es an: mit dem geistlichen Wort in die Phalanx der Gleichgültigen und — noch schlimmer — Befürworter der Gewalt und des Unrechts einzubrechen. „Das Wort zum Sonntag" hat immerhin die moralische Autorität des Geistlichen hinter sich. Tausend Themen wollen bewältigt sein. Die katholische und protestantische Kirche sollten ihren Sprechern im Fernsehen dies zur Auflage machen. So könnte sich das „Wort zum Sonntag" zu einer unüberhörbaren Institution des betonten moralischen Engagements entwickeln.

E. H. Wahl

Bemerkungen

Claudia Wolff, geboren 1941 in Nürnberg, studiert Germanistik und politische Wissenschaften in Heidelberg. Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Kurt Beutler, 1937 in Stuttgart geboren, ist Assistent am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Philipps-Universität in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Walter Grab, 1919 in Wien geboren, promovierte bei Prof. Dr. Fritz Fischer in Hamburg mit einer Arbeit über „Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik 1792—1799", die im Herbst in Hamburg als Buch erscheint; er ist jetzt Dozent für Neuere Geschichte an der Universität Tel Aviv.

Kalixte Mukendi, geboren 1938 in Elizabethville/Kongo, studiert seit 1961 an der Kölner Universität Geologie und Wirtschaftsgeographie. Zur Zeit arbeitet er an seiner Dissertation am geographischen Institut der Universität Köln. Vorträge an zahlreichen Volkshochschulen in der Bundesrepublik.

Aus Platzmangel müssen in dieser Ausgabe die Rubriken „Anmerkungen Glossen Zuschriften" und „Dokumente zum Zeitgeschehen" fortfallen. Aus gleichem Grunde verzichten wir auch auf die für dieses Heft angekündigte Veröffentlichung des Wortlauts der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966, zumal dieser Text in fast allen großen Tageszeitungen abgedruckt worden ist.

Die Aufsätze von Claudia Wolff, Dr. Achim v. Borries und Kurt Beutler sind zum Preis von je DM 1,50 auch als Sonderdrucke in unserer Reihe „Argumente zur Zeit" lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Dr. Achim v. Borries
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Paul Neuhöffer

Die Legende von der ‚demokratischen' Notstandsgesetzgebung

Zum DGB-Kongreß Anfang Mai in Berlin und zum Parteitag der SPD Anfang Juni in Dortmund

„Durch sie (gemeint sind die Notstandsgesetze, d. V.) kann das Instrument geschaffen werden, mit dem in einem verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur errichtet, das Grundgesetz abgeschafft, ein nicht reversibler Zustand der politischen Unfreiheit herbeigeführt werden kann. Mehr noch: es kann die größte Gefahr für den Frieden entstehen und das neue endgültige Unheil über Deutschland, nunmehr vernichtend, heraufbeschworen werden."

Karl Jaspers hat diese Sätze in seinem soeben erschienenen Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?" [1]) an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet. Er warnt: „Wir sehen den möglichen Weg: von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat, vom autoritären Staat zum Diktaturstaat, vom Diktaturstaat zum Krieg." [2]) Seinen Worten liegt die Erfahrung eines Mannes zugrunde, der nahezu drei Generationen deutscher Politik erlebt hat. — In Jaspers' aufschlußreicher, in vielem detaillierter Analyse der innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik wie ihrer Außenpolitik nimmt die Notstandsgesetzgebung einen bedeutenden, wenn nicht zentralen Platz ein. Im nachfolgenden wird von Karl Jaspers' Auffassungen zur Notstandsgesetzgebung noch des näheren zu sprechen sein.

Der Bundestag hat im Juni vergangenen Jahres sieben sogenannte „einfache Notstandsgesetze" verabschiedet: vier „Sicherstellungsgesetze" und drei „Schutzgesetze". Den Sicherstellungsgesetzen haben die SPD und fünfzehn Abgeordnete der FDP ihre Zustimmung versagt. Für die Schutzgesetze waren alle Parteien, lediglich einige Abgeordnete der SPD und der FDP-Abgeordnete Dr. Oswald A. Kohut stimmten dagegen.

Nach Meinung maßgebender Verfassungsjuristen sind 70 Prozent der Paragraphen und Bestimmungen dieser sieben Gesetze verfassungswidrig. Gravierend verletzen die Sicherstellungsgesetze den demokratischen Gehalt des Grundgesetzes. Die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze bezweifelte auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn, auf einer Juristentagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr im November 1965. Daß die Sicherstellungsgesetze eine Verfassungsänderung bedingen, stellte der FDP-Abgeordnete Dorn schon anläßlich der Beratung dieser Gesetze fest.

Die Bundesregierung ist sich der Grundgesetzwidrigkeit der verabschiedeten Gesetze bewußt. Will sie nicht zum offenen Verfassungsbruch schreiten, dann muß

---

1) Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? — Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966, S. 157.
2) Jaspers, a.a.O., S. 174.

sie vorher entscheidende Artikel des Grundgesetzes ändern. An einer Grundgesetzänderung ist sie interessiert: Erstens, um die sieben Sicherstellungs- und Schutzgesetze zu legalisieren, zweitens, um weitere Generalermächtigungen für Gesetze und Verordnungen zu erhalten — u. a. für das sogenannte „Zivildienstgesetz" — mit denen sie willkürlich, unbegrenzt und jederzeit über die gesamte männliche und weibliche Arbeiter- und Angestelltenschaft und deren Einsatz für militärische, halbmilitärische, rüstungs- und kriegswirtschaftliche Zwecke verfügen kann. Alle Ermächtigungen schließen die Möglichkeit zur partiellen oder totalen Ausschaltung der Gewerkschaften und jeder Opposition ein.

Die beabsichtigten Verfassungsänderungen können vom Bundestag nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, also nur mit Zustimmung der Mehrheit der SPD-Abgeordneten. Schon die Stimmen der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten würden ausreichen, die vorgesehenen Grundgesetzänderungen zu Fall zu bringen. Ob es zu einer Umkehrung der Verfassung in ihr Gegenteil kommt, hängt demnach entscheidend von den Gewerkschaften, hängt jedoch letztlich von den Abgeordneten der SPD ab.

Die Gewerkschaften lehnten bisher jede Notstandsgesetzgebung entschieden ab. Bleiben die Gewerkschaften auf dem Anfang Mai in Berlin stattfindenden Kongreß bei ihrer bisherigen Haltung, dann dürfte es auch dem Anfang Juni in Dortmund stattfindenden SPD-Parteitag schwerfallen, sich der gewerkschaftlichen Meinung zu entziehen. Allerdings gibt es einige SPD-Führer, die trotz der sehr bedenklichen Aushöhlung der Verfassung in den letzten Jahren und trotz der zunehmenden autoritären Tendenzen „die Schaffung einer rechtsstaatlich und politisch einwandfreien Notstandsverfassung" (Helmut Schmidt) für nötig halten. — Ob und inwieweit die bisher verabschiedeten Gesetze und die von der Bundesregierung vorgesehenen Grundgesetzänderungen und weiteren Notstandsgesetze jedoch demokratisch sind, ob wir überhaupt Notstandsgesetze brauchen, soll im Verlaufe dieser Abhandlung noch einmal untersucht werden.

Die Bundesregierung weiß um die Bedeutung beider Kongresse für die von ihr nunmehr seit elf Jahren betriebene Notstandsgesetzgebung. Aus diesem Grunde hat Innenminister Lücke in den letzten Wochen nichts unterlassen, um die Gewerkschaften von ihrer bisherigen Haltung abzubringen. Nach einem Gespräch mit führenden Vertretern des DGB hat er den Gewerkschaften am 7. April 1966 in einem Brief die jüngsten Vorstellungen der Bundesregierung über den Charakter der geplanten Verfassungsänderungen und des Zivildienstgesetzes übermittelt.

Obgleich Lücke intensiv um Verständnis für seine Pläne warb, beschloß der Vorstand des DGB, dem Kongreß die Annahme eines von der IG Metall erarbeiteten Entschließungsentwurfs zu empfehlen, in dem — entsprechend den Entscheidungen aller früheren DGB-Kongresse — jede Notstandsgesetzgebung abgelehnt wird. Zu erwarten ist jedoch, daß der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Georg Leber, auf dem Kongreß einen Initiativ-Antrag im Sinne der Bundesregierung einzubringen versucht. Leber arbeitet seit einiger Zeit, wie Rainer Barzel jüngst auf einer internen Konferenz mit Genugtuung feststellte, engstens mit Lücke zusammen. Von maßgebenden Kreisen des Wirtschaftsrates der CDU, der von den großen Konzernen beherrscht wird, sind Lücke und Leber als Führer einer Großen Koalition für den Fall vorgesehen, daß es dem gleichermaßen konzernorientierten Kabinett Erhard nicht gelingt, entscheidende Teile der Gewerkschaften und der SPD, der Verbände und Kirchen für die innen- und außenpolitischen Interessen

der deutschen Mammutunternehmen zu gewinnen, das heißt, die Gesellschaft Schritt für Schritt zu formieren und die Interessen der Verbände auf die Interessen der Konzerne umzufunktionieren. Da Industrie und Bundesregierung von den Gewerkschaften und allen sonstigen Verbänden die Selbstaufgabe ihrer vielfältigen Interessen nicht freiwillig erwarten können, werden die Notstandsgesetze unter anderem zur Erzwingung der Formierung gebraucht. Dies darf nicht so verstanden werden, als strebten die Bundesregierung und die mit ihr verbundene Konzernindustrie um jeden Preis eine Große Koalition an. Im gegenwärtigen Augenblick wünscht man sie nicht einmal, weil mit der SPD praktisch auch die oppositionellen Gewerkschaften ins Kabinett einziehen würden, wodurch die innen- und außenpolitischen Leitlinien der tonangebenden Kreise empfindlich verwischt und unter Umständen völlig aufs Spiel gesetzt werden könnten. Bevor man glaubt, die Formierung der Gesellschaft energisch auf allen Ebenen in Angriff nehmen zu können, soll daher zunächst die Zustimmung der SPD und der Gewerkschaftsmehrheit zur Notstandsgesetzgebung erreicht werden. Nach gelungener Formierung allerdings — und dahin geht die Kalkulation — brauchte man keine Große Koalition mehr, weil die Parteien und entscheidenden Gruppen dann ja ohnehin auf die Interessen der großen Konzerne umorientiert sind. Sollte es jedoch dem Kabinett Erhard nicht gelingen, die Notstandsgesetze durchzubringen, die Verbände und Parteien zu formieren, die Länder und Gemeinden mit Hilfe der geplanten Finanzreform politisch gleichzuschalten und die außenpolitischen Positionen zu halten oder zu verbessern, dann würde man eine Große Koalition mit Lücke und Leber als Notstands- und Formierungsersatz in Erwägung ziehen.

Herausgeber und Redaktion dieser Zeitschrift haben in zahlreichen Artikeln, Broschüren, Manifestationen und Forum-Veranstaltungen mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern ihre ablehnende Haltung gegenüber der Notstandsgesetzgebung begründet. Sie wissen sich mit den über 4000 abonnierten Lesern dieser Zeitschrift im unbedingten Bekenntnis zur Wahrung der Freiheit und Demokratie, in der entschiedenen Verteidigung von Buchstaben und Geist der Verfassung einig. Deshalb sollen im nachfolgenden nochmals wesentliche Argumente gegen die Notstandsgesetzgebung zusammengefaßt werden. Im einzelnen wäre zu untersuchen:

I. die Funktion der verabschiedeten Sicherstellungsgesetze;

II. die Funktion der verabschiedeten Schutzgesetze;

III. die Funktion der von der Bundesregierung beabsichtigten Verfassungsänderungen;

IV. die Funktion des von der Bundesregierung vorgelegten Zivildienstgesetzes;

V. der Brief des Bundesinnenministers an die Gewerkschaften.

Anschließend (VI.) wären einige Schlußfolgerungen zu ziehen.

I. Die Funktion der verabschiedeten Sicherstellungsgesetze (Wirtschaft, Verkehr, Ernährung, Wasser)

Die vier bereits verabschiedeten Sicherstellungsgesetze verschaffen der Regierung eine fugenlos aufeinander abgestimmte Eingriffs- und Verordnungs-Ermächtigung für sämtliche Bereiche der Wirtschaft und des Handels, des Verkehrs, der Land- und Forstwirtschaft. Ihrem Inhalt und ihrer Wirkung nach sind sie nur vergleich-

bar mit den rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Zwangs- und Lenkungsmaßnahmen des Dritten Reiches. Zahlreiche Verordnungen, die der faschistische Staat erst während des Krieges erließ, sind diesmal in „Vorbereitung auf einen Verteidigungsfall" (§ 2 WirtschSG) schon jederzeit mitten im Frieden anwendbar, „um die für Zwecke der Verteidigung, insbesondere zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte erforderliche Versorgung mit Gütern und Leistungen sicherzustellen" (§ 1 WirtschSG).

Allein die Anwendung oder Teilanwendung nur dieser Sicherstellungsgesetze könnte das gesamte öffentliche und private Leben in der Bundesrepublik auf den Kopf stellen. Einzelne Betriebe, ganze Wirtschaftszweige, praktisch die gesamte Wirtschaft könnte in den Dienst der Rüstungs- und Kriegswirtschaft gestellt werden. Von den Betrieben und ihren Belegschaften könnten Produktionsleistungen erzwungen, entsprechende Kontroll- und Pressions-Instanzen könnten errichtet werden. Unwirtschaftliche Betriebe könnten mit anderen Betrieben verschmolzen oder behördlicher Verwaltung unterstellt werden. Der Regierung wäre es möglich, Kapitalmittel und Rohstoffe nach Belieben zuzuteilen oder zu sperren. Selbst wenn das von der Bundesregierung beabsichtigte Pressekommissionsgesetz nicht käme, auf das die Bundesregierung jedoch zum Zwecke der Ausübung einer Zensur oder einer Art „freiwilliger" Selbststrangulierung der Presse nicht glaubt verzichten zu können, könnte mit Hilfe des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsverlagen die Zuteilung von Papier teilweise oder ganz gesperrt werden.

Eine bemerkenswerte Funktion erfüllt der § 10 WirtschSG, der es öffentlichrechtlich anerkannten Verbänden der gewerblichen Wirtschaft ermöglichen soll, bei der Durchführung und Anwendung des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes „beratend" mitzuwirken. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte nämlich an dem — wie man wohl vermuten darf — mit seinem Einverständnis erarbeiteten Entwurf des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes durch die Ministerialbürokratie einiges auszusetzen. In einem an die Bundesregierung adressierten BDI-Bericht, der die Notstandsgesetzgebung grundsätzlich begrüßt, stehen unter der Überschrift „Wirtschaftssicherstellungsgesetz" folgende beachtenswerte Sätze: „Demgegenüber könnte die bereits vorhandene Selbstverwaltung der Wirtschaft, die über genügend fachkundige Kräfte und über die erforderlichen Kenntnisse hinsichtlich der besonderen wirtschaftlichen Struktur, Kapazität und sonstiger wichtiger Produktionsfaktoren ... verfügt, die sich stellenden Aufgaben sachdienlich, rationell und mit der erforderlichen Schlagkraft durchführen. Die Erfahrungen aus dem letzten Kriege haben gelehrt, daß Wirtschaftslenkung ... am wirkungsvollsten und reibungslosesten nur unter Mitarbeit der entsprechenden fachlichen Gliederungen der Wirtschaft betrieben werden kann."[3])

Es versteht sich, daß der BDI, der „die Erfahrungen aus dem letzten Krieg" beherzigen möchte, schon in Friedenszeiten laufend über „Kapazität und sonstige wichtige Produktionsfaktoren (Betriebsgeheimnisse, Patente und Lizenzen) der mittleren und kleinen Betriebe orientiert sein möchte. Neben seiner rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Funktion könnte das Wirtschaftssicherstellungsgesetz so auch zur Forcierung des Konzentrationsprozesses zur Anwendung kommen. Denn schließlich läßt sich jede Förderung der wirtschaftlichen Konzentration einleuchtend als „für Zwecke der Verteidigung erforderlich" deklarieren.

[3]) BDI-Bericht 1963, Köln 1963, S. 37.

Festzuhalten bleibt: allein mit den Sicherstellungsgesetzen wäre es möglich, in das öffentliche Leben sowie in die Lebensführung jedes einzelnen entscheidend einzugreifen, Wirtschaft und Bevölkerung auf den Kriegsfall auszurichten, psychologisch und materiell. „Diese Gesetze können zur Mobilisierungspsychose beitragen und sie eskalieren..."[4]) und „da sie die Kriegspsychose erhöht, erhöht sie faktisch auch die Kriegsgefahr; denn alle politischen Entwicklungen auf eine Entspannung hin müssen zwangsläufig ignoriert werden."[5])

II. Die Funktion der verabschiedeten Schutzgesetze (Selbstschutz, Schutzbau, Zivilschutzkorps)

1. Das Selbstschutzgesetz

Offen wird heute zugegeben, daß der Aufbau des Bundesluftschutzes bereits seit 1951 in den Händen des früheren Reichsluftschutzpräsidenten Sautier und seiner „alten Garde" aus der Hitler-Zeit liegt (vgl. „Die Welt" vom 21. Juli 1965). Bei dieser Vorgeschichte ist es nicht verwunderlich, daß die ausgearbeiteten Bestimmungen des Selbstschutzgesetzes eine Weiterentwicklung der damaligen Prinzipien darstellen, deren zentralistischer und militaristischer Ursprung nicht abgestreift werden kann. Schon die Gliederung in Selbstschutzbezirk, Selbstschutzteilbezirk (im ursprünglichen Gesetzentwurf noch in Anlehnung an den früheren Sprachgebrauch „Block" genannt) und Selbstschutzhausgemeinschaft erinnert an altbekannte Regelungen. Es geht dem Gesetzgeber nicht darum, daß sich Einzelpersonen oder Familien selbst schützen, sondern daß die gesamte Bevölkerung bezirks-, teilbezirks- und hausgemeinschaftsweise in Einheiten zusammengefaßt und von nicht abwählbaren „Selbstschutzleitern" und „Selbstschutzwarten" „aufgeklärt" und „betreut" wird.

„Selbstschutzpflichtiger" ist jeder Bundesbürger. Er muß eine Grundausbildung durchmachen und Ausbildungsveranstaltungen mit jährlichen Wiederholungskursen absolvieren. Die Mehrzahl der Ausbildungsstunden soll außerhalb der Arbeitszeit liegen. Die Bundesregierung rechnet mit 22 Millionen Selbstschutzpflichtigen, die von 1 Million Selbstschutzwarten, 80 000 Leitern von Selbstschutzhausgemeinschaften, 6200 Leitern von Selbstschutzbezirken, 6200 Selbstschutzzugführern und 180 000 Gehilfen ausgebildet und „aufgeklärt" werden sollen. Man mag sich vorstellen, welcher staatlichen Propaganda und Gängelung eine in diese Hierarchie von Selbstschutzleitern, Selbstschutzwarten usw. gepreßte Bevölkerung ausgesetzt ist.

Das Gesetz sieht darüber hinaus die Selbstschutzpflicht für Betriebe und Schulen vor; jeder Betrieb ist eine Befehlseinheit, die dem Betriebsinhaber als Leiter unterstellt ist.

2. Das Schutzbaugesetz

Dieses Gesetz verpflichtet alle Städte und Gemeinden, alle genossenschaftlichen und privaten Bauherrn, „Schutzräume" zu errichten. Im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. hat eine Schweizer Forschungsgemeinschaft allein für die Deckung der Kosten, die aus den Bestimmungen des Schutzbaugesetzes erwachsen, einen Betrag von jährlich 6,2 Milliarden DM errechnet. Der Deutsche

4) Helmut Ridder, Notstand '66, Köln 1966, S. 20.
5) Ridder, a.a.O., .S 39.

Städtetag errechnete sogar Kosten von 9,6 Milliarden DM jährlich. Da das Gesetz über zwanzig Jahre laufen soll, würden allein aus dem Schutzbaugesetz Kosten von insgesamt etwa 120 bis 190 Milliarden DM entstehen. (Nach einem Gutachten einer unabhängigen Schweizer Forschungsgemeinschaft stellen sich für die Gesamtnotstandsgesetzgebung Kosten von jährlich 13,1 Milliarden DM ein.) Ein Viertel der Kosten für Schutzbauten soll durch staatliche Zuschüsse gedeckt werden, die restlichen drei Viertel fallen auf den kommunalen oder privaten Eigentümer, der sie durch Steuer- bzw. Mietpreiserhöhung auf die Bevölkerung abwälzen kann.

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. wies in ihrer bisher in keinem Punkt widerlegten Denkschrift [6]) darauf hin: „Ein baulicher Schutz gegen gezielte Vernichtungsangriffe auf die deutsche Zivilbevölkerung ist insbesondere dort unmöglich, wo diese Bevölkerung in großen Städten massiert ist. Diesen Sachverhalt sollte man nicht verschweigen."

3. Das Gesetz über das Zivilschutzkorps

Mit dem Gesetz über das Zivilschutzkorps soll parallel zur Wehrpflicht eine zivile Dienstpflicht eingeführt werden. Das Zivilschutzkorps erfaßt alle diejenigen, die vom Wehrdienst nicht erfaßt worden sind. Es schließt nicht aus, daß Wehrpflichtige nach Erfüllung ihres Wehrdienstes noch einmal dem Zivilschutzkorps zugeordnet werden. Denn jeder Wehrpflichtige unterliegt der Dienstpflicht im Zivilschutzkorps bis zum 45. Lebensjahr und kann im Kriegsfall bis zum 60. Lebensjahr herangezogen werden. Die Grundausbildung dauert vier Monate, danach folgen acht Monate Übungen. Außerdem kann die Bundesregierung, wenn sie es „den Umständen nach für dringend erforderlich hält", für Zivilschutzkorpspflichtige eine unbegrenzte Dauerbereitschaft anordnen.

Alle Bestimmungen des Gesetzes lassen den Miliz-Charakter des Zivilschutzkorps deutlich erkennen. Wie ein Wehrpflichtiger unterliegt auch der Zivilschutzdienstpflichtige der Meldeüberwachung durch die Wehrersatzbehörden. Er hat jede Wohnsitzänderung zu melden. Das Korps ist uniformiert und kaserniert, trägt nach den bisherigen Bestimmungen keine Waffen, wird jedoch sinnigerweise mit dem „jeweiligen Stand der Waffentechnik" vertraut gemacht. Die Bereitschaft für das Korps kann mitten im Frieden angeordnet werden. Damit steht es neben den Verbänden der Territorialverteidigung und des Bundesgrenzschutzes, die beide der NATO entzogen sind, im Kriegsfall für die Sicherung der Verbindungslinien zur Verfügung. Es ergänzt sozusagen die „Vorwärtsstrategie" der Bundeswehr. Nach dem Willen des Gesetzgebers steht das Zivilschutzkorps auch zum Einsatz außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik zur Verfügung. Der Einsatz des Zivilschutzkorps kann vom Bundesinnenminister bestimmt werden, der seine Planungen mit dem Verteidigungsminister abzustimmen hat.

Die Gesetzeskonstruktion läßt auch den Einsatz des Zivilschutzkorps in Katastrophenfällen zu. Anläßlich der großen Notstandsdebatte im vergangenen Jahr wies Innenminister Höcherl schon darauf hin, daß die Versorgung der Kinder mit Nährmitteln gesichert bleiben müsse und spezielle Nährmittelfirmen daher nicht bestreikt werden dürften. Da es nicht schwerfallen dürfte, jeden Streik zum „Katastrophenfall" zu erklären, hat sich die Bundesregierung mit diesem Gesetz

[6]) Ziviler Bevölkerungsschutz heute, herausgegeben von der Vereinigung Deutscher Wissenschafter e. V., Frankfurt 1962.

faktisch die Möglichkeit geschaffen, das Zivilschutzkorps als Streikbrecher einzusetzen.

Mit Recht stellen die Professoren Helmut Ridder und E. Stein in ihrem vor der Verabschiedung der Sicherstellungs- und Schutzgesetze verfaßten Memorandum[7]) der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. fest: „Die vorliegenden Gesetzentwürfe heben die Grenze zwischen Friedensordnung und Kriegsrecht auf. Sie regeln in unentwirrbarer Folge Maßnahmen für den Krieg und für den Frieden ... Alle in ihnen vorgesehenen Freiheitsbeschränkungen treten spätestens in Kraft, sobald es die Bundesregierung für ‚den Umständen nach dringend erforderlich' hält ... Man will einen vielgliedrigen Behördenapparat schaffen, der alle Details des Kriegsfalles vorausplanen soll. Er bildet zugleich den Kern einer Organisation, die jeden einzelnen ergreift, und zwar oft von mehreren Seiten her: als Wehrpflichtigen, als Zivildienstpflichtigen, als Selbstschutzpflichtigen im Wohnblock, als Selbstschutzpflichtigen im Betrieb ..." Hinzuzufügen bliebe nur noch: ... als Zivilschutzkorpspflichtigen.

III. Die Funktion der von der Bundesregierung beabsichtigten Verfassungsänderungen

Käme es zu den von der Bundesregierung vorgesehenen Verfassungsänderungen, dann wäre es ihr jederzeit möglich, Schritt um Schritt oder von einem Tag zum anderen die Diktatur zu errichten. Folgende wesentliche Grundrechte wären dann faktisch jederzeit aufhebbar: Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, das Recht auf freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 115 b, Absatz 2 a; Art. 12, Absatz 2 und 3 GG).

Die vorgesehenen Verfassungsänderungen würden die Bundesregierung ermächtigen, nach eigenem Ermessen in wirklichen oder fingierten oder nicht einmal vorgegebenen „Spannungszeiten", also mitten im Frieden, den nach der Verfassung konzipierten freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat außer Kraft zu setzen und die Diktatur „legal" und total einzuleiten. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn an Stelle der Bundesregierung der von ihr vorgeschlagene „Gemeinsame Ausschuß" fungierte. Denn in diesem „Gemeinsamen Ausschuß" arbeiten als geheime Gesetzgeber lediglich die Parteiführer (unkontrolliert vom Parlament). Hierzu sagt Prof. Ridder: „Mit dieser Technik der Vorratsgesetzgebung, die nach dem freimütigen Bericht des Abgeordneten Benda ‚nur dann sinnvoll' ist, ‚wenn damit gerechnet werden kann, daß der Gemeinsame Ausschuß die Gesetze auch in der Entwurfsfassung verabschiedet . . .', hat die Staatskunst des Ausnahmezustands ihre primitiven Vorläufer der rohen Regierungsgesetzgebung in den hergebrachten Diktaturen weit hinter sich gelassen. Hier liegt nicht einmal mehr im Sinne solcher altväterlichen oder fachistischen Herrschaftssysteme ein geordnetes Rechtsetzungsverfahren vor. Es ist bereits eine Zumutung, von Grundgesetzinterpreten ein Urteil über derartige Machenschaften zu verlangen."[8])

In der Tat: die vorgesehenen Verfassungsänderungen geben der Bundesregierung oder dem von der SPD-Führung bis jetzt leider befürworteten „Gemein-

---

[7]) Helmut Ridder/E. Stein, Der permanente Notstand, herausgegeben von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V., Göttingen 1963.

[8]) Helmut Ridder, Notstand '66, Köln 1966, S. 41 f.

samen Ausschuß" im „Spannungsfall" die Möglichkeit, über die bereits verabschiedeten und zur Verabschiedung vorgesehenen Notstandsgesetze hinaus willkürlich weitere Gesetze und Notverordnungen zu erlassen. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß Regierung oder „Gemeinsamer Ausschuß" aufgrund einer „weltpolitischen Krise" oder aufgrund leicht zu provozierender innerdeutscher Querelen einen „Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Zustand" feststellen, den „Spannungsfall" erklären, dann weitere Diktaturmaßnahmen ergreifen, ja den „Kriegsfall" auslösen könnte. Einer der besten Kenner der Notstandsgesetze, der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover, hat dazu schon vor Jahren festgestellt: „Daß eine Regierung, die einen ‚Zustand der äußeren Gefahr' braucht, einen solchen Zustand durch ihre Politik jederzeit herbeiführen kann, sollte niemand bestreiten, der deutsche Geschichte kennt. Es bleibt wiederum dahingestellt, ob wir derzeit eine Regierung haben, die auf Kriegskurs oder auf friedliche Koexistenz hinsteuert. Wenn wir aus geschichtlichen Erfahrungen etwas gelernt haben, dann sollte es selbstverständlich sein, der Staatsregierung für eine Politik, die zum Notstand führt, nicht auch noch eine Prämie in Gestalt besonderer Notstandsbefugnisse auszusetzen." [9])

Man wird auch Karl Jaspers beipflichten müssen, wenn er sagt: „Das Notstandsgesetz würde zum Instrument der Militärdiktatur" [10]). Und: „In der Bundesrepublik würde die Militärdiktatur wieder eine andere besondere Form annehmen. Sie würde vermutlich nicht als direkte Militärdiktatur in Erscheinung treten. Sie würde wahrscheinlich die endgültige Sicherung der Parteienoligarchie bedeuten, die tatsächlich auf das Militär sich stützen könnte, ihm alle Wünsche erfüllen würde." [11])

Und weiter: „Die deutsche Bevölkerung, so darf man nach den Erfahrungen erwarten, wird immer, wenn etwas von Regierungsseite in legalen Formen getan wird, auch dann, wenn diese Legalität die Legalität selbst aufhebt (das Ermächtigungsgesetz von 1933 ist das größte Beispiel), es sich gefallen lassen, solange es nicht merkt, was geschieht. Bei Mißbrauch der Notstandsgesetze ist zunächst kein Widerstand zu erwarten. Der Terror der gegebenen Vollmachten ist übermächtig ... Der Mißbrauch ist sogar mit Sicherheit zu erwarten, falls Politiker eine Rolle spielen, die sittlich-politisch nicht zuverlässige freie Demokraten sind, wie heute leider viele." [12])

IV. Die Funktion des von der Bundesregierung vorgelegten Zivildienstgesetzes

Während allein schon die Sicherstellung- und Schutzgesetze das öffentliche und private Leben tiefgreifend verändern können, erhalten die Regierung und die mit ihr verflochtenen Konzerne mit dem Zivildienstgesetz die totale Dispositionsgewalt über die gesamte Arbeiterschaft. Gegenstand des Zivildienstgesetzes sind Dienstleistungen, die, wie es heißt, „dem Schutz oder der Versorgung der Bevölkerung oder der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen". Der Zivildienstpflichtige unterliegt einer zeitlich praktisch unbeschränkten Weisungsgewalt staatlicher Stellen. Auch sie ermöglicht

---

[9]) Zitiert nach: Hans Heinz Holz/Paul Neuhöffer, Griff nach der Diktatur?, Köln 1965, S. 28 f.
[10]) Jaspers, a.a.O., S. 168.
[11]) Jaspers, a.a.O., S. 169.
[12]) Jaspers, a.a.O., S. 166.

Bücher über aktuelle Fragen der Politik · Politologie · Philosophie

Fritz Vilmar
Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus
220 Seiten, Paperback DM 14.80

Bodo Manstein
Im Würgegriff des Fortschritts
434 Seiten, Paperback DM 14.80

Ossip K. Flechtheim
Eine Welt oder keine?
268 Seiten, Paperback DM 14.80

Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main

der Bundesregierung, jeden Streik zu brechen und damit die Gewerkschaften ihres entscheidenden Kampfmittels zu berauben. Im nachfolgenden wird noch davon zu sprechen sein.

V. Der Brief des Bundesinnenministers an die Gewerkschaften

Innenminister Lücke hat, wie oben erwähnt, den Gewerkschaften wenige Tage vor ihrem Kongreß in Berlin ein 15 Seiten langes Schreiben übermittelt, in dem er unter dem Titel „Zur Frage des Personalbedarfs und der Rechtslage der Arbeitnehmer im äußeren Notstand" die jüngsten Vorstellungen der Bundesregierung zur Verfassungsänderung und zum Zivildienstgesetz erläutert.

Was geht aus diesem Schreiben hervor?

Die Bundesregierung beabsichtigt den Artikel 12 des Grundgesetzes derart zu verändern, daß sie im einzelnen das Recht erlangt:

1. die Berufsausübung für alle Arbeiter und Angestellten durch Gesetze und Verordnungen willkürlich zu regeln;

2. alle Arbeitnehmer zu „öffentlichen Dienstleistungen" zu verpflichten;

3. alle Arbeitnehmer über die Heranziehung zur „öffentlichen Dienstleistungspflicht" hinaus „für Zwecke der Verteidigung . . ., zu zivilen Dienstleistungen außerhalb des Wehrdienstes im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte" zu mobilisieren;

4. alle Männer vom vollendeten 18. Lebensjahr an für den Grenzschutzdienst zu verpflichten;

5. durch eine „gerichtlich angeordnete Freiheitsentziehung" Zwangsarbeit einzuführen;

6. Frauen zum „nichtöffentlichen Zivildienst" heranzuziehen.

Man sieht, auch Innenminister Lücke hat nichts Neues gebracht, alles Wesentliche ist geblieben: von der Dienstverpflichtung der gesamten arbeitenden Bevölkerung bis zur Zwangsarbeit, nämlich immer dann, wie der Innenminister in seinem Schreiben ausdrücklich bemerkt, „wenn die Bundesregierung gemäß Artikel 53 a, Absatz 3 feststellt, daß dies zur Herbeiführung oder Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft oder zum Schutz oder zur Versorgung der Zivilbevölkerung erforderlich ist." Zwangsarbeit für wen? „Unter dem Blickwinkel des inneren Notstandes wiegt nach meinem Empfinden jedoch am schwersten die Befugnis, den Schutz der Verfassung gegen willkürliche Freiheitsentziehung außer Kraft zu setzen. Der Träger der Notstandsvollmachten könnte — na, sagen wir — Konzentrationslager einrichten, um politische Gegner zu beseitigen, ohne daß diese sich auf die aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit geborene Freiheitsgarantie der Verfassung berufen könnten." [13])

Damit nicht genug. Innenminister Lücke, der sich laut „Welt der Arbeit" vom 18. März 1966 in Gesprächen mit dem Bundesvorstand des DGB geäußert hatte, „. . . daß er vor ein paar Jahren (gemeint sind die Notstandsentwürfe der Minister

---

[13]) Rede des hessischen Ministerpräsidenten, Dr. Georg August Zinn, vom 26. Februar 1960 im Bundesrat.

Schröder und Höcherl, d. V.) an Stelle der Gewerkschaften wahrscheinlich ebenso entschieden hätte wie sie" — derselbe Lücke schreibt in seinem Brief, es sei beabsichtigt, alle, die zur „öffentlichen Dienstleistungspflicht" oder für „Zwecke der Verteidigung" zu „zivilen Dienstpflichten außerhalb des Wehrdienstes im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte" herangezogen werden, in ein „öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art" zu überführen. Der Innenminister ist recht offen. Er sagt auch, warum er die Verpflichteten in ein „Dienstverhältnis besonderer Art" nehmen will. Wörtlich: „Ein Recht des Beamten zur Unterbrechung der Dienstleistung als Mittel des Arbeitskampfes ... besteht schon nach geltendem Verfassungsrecht nicht einmal in Normalzeiten und daher auch nicht im äußeren Notstand."

Macht schon die Zivildienstpflicht den Streik faktisch unmöglich, so würde mit dem „öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art" ein zusätzliches Mittel zur Ausschaltung der Gewerkschaften geschaffen. Mit dem „öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis" würde der Bundesregierung ferner die Handhabe gegeben, Zwangskorporationen ins Leben zu rufen. Die „Deutsche Arbeitsfront", die „Organisation Todt" und ähnlich rühmliche Organisationen der Vergangenheit könnten dann im neuen Gewande wieder auftauchen.

Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, beurteilt die Folgen jeder Zivildienstpflicht für die Gewerkschaften und die Demokratie völlig richtig, gleich ob man die Vorstellungen von Höcherl oder Lücke zugrundelegt: „Es nützt auch nichts, wenn man uns versichert, das gewerkschaftliche Streikrecht könne eigens in der Verfassung verankert werden. Denn wozu ist ein Streikrecht gut, das gegebenenfalls durch die Zwangsverpflichtung der Arbeitnehmer und die Beschränkung des Versammlungsrechts praktisch unwirksam gemacht werden kann? Trotz aller gegenteiligen Versicherungen wäre eine gesetzliche Möglichkeit zur Dienstverpflichtung ein Schlag gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, ein Schlag gegen unsere demokratische Staatsordnung."[14]) Daß die Befürchtungen des IG Metall-Vorsitzenden in vollem Unfange zu Recht bestehen, darauf machte auch Karl Jaspers in seinem schon wiederholt zitierten Buch aufmerksam: „Paulssen, ein Vertreter der Unternehmer (Dr. Hans-Constantin Paulssen war bis 1964 Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, d. V.) antwortete auf die Frage (1962), warum denn die Unternehmer immer so nachgiebig wären gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen: ‚Das müssen wir eben, solange es keine Notstandsgesetze gibt. Da sind wir denen wehrlos ausgeliefert ...' " [15])

VI. Schlußfolgerungen

1. Wie nicht anders erwartet werden konnte, hat Innenminister Lücke in seinem Brief an die Gewerkschaften nichts Neues, eher Schlimmeres vorgelegt. „Aus dem Schreiben Lückes ergibt sich . . .", so kommentiert der „Industriekurier" vom 28. April 1966 recht befriedigt, „daß die Bundesregierung nach der parlamentarischen Verabschiedung der Notstandsverfassung die Einführung einer Zivildienstpflicht plant, von der im Notstandsfall rund 8 Mill. Arbeitnehmer in allen Bereichen der Wirtschaft betroffen werden könnten ... Es ist u. a. vor-

14) „Frankfurter Rundschau" vom 27. April 1966.
15) Jaspers, a.a.O., S. 170.

gesehen, durch Gesetz die Möglichkeit zu schaffen, alle Bürger für eine bestimmtes Arbeitsverhältnis zu verpflichten ... Zur Deckung des Personalbedarfs ist ferner geplant, Beamten- und Arbeitsverhältnisse durch gesetzliche Sonderregelungen den Umständen des Notstands anzupassen. Dabei ist insbesondere an eine begrenzte Verlängerung der Dienst- und Arbeitszeit sowie an eine Verpflichtung gedacht, in zumutbarem Umfang besondere Gefahren auf sich zu nehmen und nötigenfalls auch außerhalb des Wohnsitzes oder des Beschäftigungsortes zu arbeiten."

Die Notstandsgegner und -kritiker, vor allem die Gewerkschaften müssen mit neuen Gesetzesvarianten von Regierungsseite rechnen. Sie sollten sich jedoch durch Lückes taktisches Spiel nicht verwirren lassen. Alle Manöver verfolgen nur das Ziel, die verfassungstreuen Kräfte zu ermüden und sie vor einer weitgehend ahnungslosen Öffentlichkeit als Querulanten und ewige Neinsager abzustempeln.

2. So unaufrichtig das Verhalten der Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit in der nunmehr seit über zehn Jahren andauernden Notstandsdiskussion war, so unwahr und wenig überzeugend sind auch ihre Argumente. Zu durchsichtig ist angesichts der Gesamtpolitik der Bundesregierung das Gerede von der „Vorsorge", die es für Not -und Katastrophenfälle zu treffen gelte. Zu unglaubwürdig ist das Gefasel von der „Abschreckung des Gegners". Weder sind an unseren Grenzen mobile Armeen aufmarschiert, noch stellen irgendwelche Staaten territoriale Forderungen an uns. Im Gegenteil, die einzige Regierung, die in ihrem offiziellen Regierungsprogramm mit dem Beharren auf den Grenzen von 1937 gebietsmäßige Veränderungen gegen andere Staaten erstrebt und die mit der Nichtanerkennung der DDR deren Liquidation herbeiführen will, ist die Bundesregierung selbst.

Dennoch sind in letzter Zeit einige Notstandsgegner zweifelnd geworden. Die massive Propaganda mit der These, daß es bei der Notstandsgesetzgebung darum gehe, durch die „Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte" aus den Deutschlandverträgen von 1955 „die volle Souveränität für die Bundesrepublik" zurückzugewinnen, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Hier wäre die Bundesregierung zu fragen, wann sie die Unwahrheit gesagt hat: Im Jahre 1955 bei der Verabschiedung der Verträge behauptete sie, der Deutschlandvertrag gebe uns die volle Souveränität zurück; jetzt hören wir, die volle Souveränität wäre erst nach Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte gegeben. Sie wäre weiter zu fragen, ob sie im Ernst daran glaube, daß ihr die Befehlshaber der fremden Truppen auf deutschem Boden den alleinigen Schutz dieser Truppen anzuvertrauen gedächten. Wenn die Bundesregierung schon auf dem NATO-Bündnis beharren will, dann muß sie wohl auch in Kauf nehmen, daß die NATO-Alliierten ihre Notstandsbefugnisse aufrechterhalten. Wenn es der Bundesregierung wirklich um die volle Souveränität ginge, müßte ihr an der Aufkündigung des die Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 bindenden Deutschlandvertrages gelegen sein.

Die Bundesregierung fordert Notstandsgesetze, „um die Souveränität zurück zu erlangen". Einige Vertreter der SPD fordern „demokratische" Notstandsgesetze, damit die Bundesregierung im „Notfalle" nicht zu illegitimen Handlungen schreiten könne. Die Bundesregierung fordert Atomwaffen, zumindest deren Mitbesitz. Einige Vertreter der SPD fordern „Mitplanung bei der Atomwaffenstrategie", damit eine deutsche Regierung die Möglichkeit habe, im Falle eines Krieges Atom-

waffen von deutschem Boden fernzuhalten. Merken diese Politiker der SPD nicht, in welche Gesellschaft und ins Schlepptau welcher gefährlichen Ambitionen sie sich hier begeben?

3. Die perfekte Verflechtung der einzelnen Notstandsgesetze macht es unmöglich, an den Gesetzen Einzelverbesserungen oder durch den Verzicht auf das eine oder andere Gesetz oder den einen oder anderen Paragraphen Veränderungen in der Gesamtstruktur der Notstandsgesetzgebung zu erreichen. Darum wäre es auch völlig belanglos, wenn der Innenminister etwa mit dem „Kompromißvorschlag" käme, den „inneren Notstand", das Zivildienstgesetz oder andere Bestimmungen aus dem Komplex der Gesetze herauszunehmen. Streiks könnten beispielsweise auch durch die Einberufung der Streikenden zum Zivilschutzkorps unterbunden werden. Darum ist es unverständlich, warum die SPD zu diesem Gesetz ihre Zustimmung gegeben hat. Mit Hilfe des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes wiederum wäre der Arbeitseinsatz in Schwerpunktbetrieben organisierbar. Es ist auch nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Anwendung allein der drei Schutzgesetze das Klima in unserem Staate derart verändern würde, daß es für die Regierung ein leichtes wäre, Verordnungen durchzusetzen, die sie heute aus taktischen Gründen zurückstellt. Was nützte es schließlich, wenn die Bundesregierung den „inneren Notstand" aus den Gesetzen eliminierte, für den sogenannten „äußeren Notstand" jedoch die vorhin geschilderten Generalermächtigungen konzediert bekäme?

Unsere Verfassung ist nicht, wie es von den Vätern des Grundgesetzes gewollt war, von Jahr zu Jahr lebendigere Verfassungswirklichkeit geworden. Die Kluft zwischen Verfassungspostulaten und Verfassungswirklichkeit ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Seit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik wurden zwölf Grundgesetzänderungen verabschiedet, mit denen die Wehr- und Bündnispolitik der Regierung rechtlich, organisatorisch und finanziell ermöglicht wurde. Der wesentliche Inhalt des Grundgesetzes, der rechtsstaatliche, demokratische und parlamentarische, der friedensstaatliche sowie der sozialstaatliche Gedanke haben sich in dem Maße zurückentwickelt, in dem sich Rüstungspolitik und autoritäre Tendenzen nach vorne schoben.

Der führende Jurist der SPD, Adolf Arndt, hat treffend bemerkt: „An gesetzlicher und technischer Ausrüstung zum Schutz ihrer Verfassung gleicht die Bundesrepublik einem mit Polarisraketen bewaffneten Atom-U-Boot, die Weimarer Republik dagegen einem Polizisten." Prof. Helmut Ridder wies in seinen allen Abgeordneten des Bundestages am 21. Mai 1965 übermittelten „21 Punkten zur Notstandsgesetzgebung" [16]) darauf hin: „Das Grundgesetz und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, daß die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden."

Die SPD hat in ihrer Stellungnahme zum ersten Schröderschen Entwurf ein klares Nein ausgesprochen. Den zweiten Höcherlschen Entwurf akzeptierte sie als „eine

16) „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/1963, S. 633 ff.

Diskussionsbasis", obwohl die Analyse beider Entwürfe, wie auch der jetzt vorliegenden Vorstellungen Lückes, wie wir gesehen haben, die Verfassungswidrigkeit und den totalitären Charakter der Regierungvorlagen erweist. Aus der Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung lassen sich „gefährliche Giftzähne nicht ausbrechen". Diktaturgesetze lassen sich nicht „demokratisieren". „Die Verhinderung des Mißbrauchs verlangt den Verzicht auf Notstandsgesetze" [17]), sagt Jaspers zu Recht.

Noch ist es Zeit, die innen- wie außenpolitisch bedenklich weit fortgeschrittene Entwicklung anzuhalten. Die Gewerkschaften haben ihr Nein zur Notstandsgesetzgebung oft genug bekundet. Ebenso wie die Gewerkschaften haben sich die Wissenschaftler und Studenten hinreichend erklärt. An der SPD liegt es jetzt, wieder zu sich selbst zu finden und der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung die bitter nötige Alternative entgegenzusetzen. Gelingt es den demokratischen Kräften in unserem Staat, die Verfassungsänderung zu verhindern, so treten damit nachträglich auch die bereits verabschiedeten Gesetze außer Kraft. Denn die Mehrzahl dieser Gesetze, vor allem die Sicherstellungsgesetze und das Gesetz über das Zivilschutzkorps, können ohne offenen Verfassungsbruch nicht angewandt werden. Das ergäbe eine neue Lage.

4. Die Notstandsvorlagen der Bundesregierung lassen sich nicht von deren Gesamtpolitik isolieren. „Die Bundesrepublik hat sich verrannt in einer phantastischen Vorstellungswelt",[18]) meint Karl Jaspers. Er folgert daraus: „Das Umwerfen des Steuers der bundesdeutschen Politik, der Außen- und der Innenpolitik, kann nicht in dieser oder jener besonderen Sache vor sich gehen. Soll es Erfolg haben, muß es im ganzen geschehen. Man kann nicht Teilstücke isolieren. Dann verlieren sie ihren Sinn." [19]) Mit diesen Sätzen trifft er die Kernfrage der bundesdeutschen Politik. Um nichts anderes geht es, als aus dem gefährlichen Zyklus herauszukommen, der da lautet: Rüstung, Diktatur, Krieg.

Der Marburger Soziologe Prof. Dr. Werner Hofmann charakterisiert den Zusammenhang zwischen der Notstandsgesetzgebung und der gesamtpolitischen Konzeption der Bundesregierung folgendermaßen: „Das Drängen der Bundesregierung auf eine Perfektionierung der Notstandsordnung wird erst verständlich, wenn es als Teil einer umfassenden politisch-militärisch-gesellschaftlichen Gesamtstrategie betrachtet und in Zusammenhang gebracht wird (1.) mit dem Verlangen nach Mitverfügung über Atomwaffen, (2.) mit der Offenhaltung der Deutschlandfrage und der Frage der Ostgrenzen, (3.) mit dem Trachten nach ‚Formierung' unserer Gesellschaft — mit allem, was dies vornehmlich für das Verhältnis zwischen den Sozialparteien bedeutet." [20])

Sind also die Notstandsgesetze das Produkt einer politisch-militärisch-gesellschaftlichen Gesamtkonzeption, so kann eine wirkliche Sicherung der Demokratie auch nur durch die Änderung dieser Konzeption und die Entwicklung einer neuen Innen- und Außenpolitik bewirkt werden. Der Kampf um die Abwehr der Notstandsgesetzgebung ist daher zugleich ein Bestandteil der Auseinandersetzung um die Entwicklung einer neuen Politik. Es ist angesichts der Verfahrenheit der Bonner Außenpolitik heute nicht mehr schwer, in der Öffentlichkeit Verständnis

17) Jaspers, a.a.O., S. 167.
18) Jaspers, a.a.O., S. 257.
19) Jaspers, a.a.O., S. 257.
20) Prof. Dr. Werner Hofmann, Leserbrief in „Der Spiegel", Nr. 18 vom 25. 4. 1966, S. 14.

für die Notwendigkeit einer neuen Außenpolitik der Bundesrepublik zu finden. Kommen wird es zu einer neuen Außenpolitik aber nur dann, wenn der Öffentlichkeit die Freiheiten erhalten bleiben, die sie zur Einflußnahme auf die Entscheidungen der Regierung braucht, die ihr aber gerade durch die Notstandsgesetze genommen werden sollen. — Gelingt die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung nicht, dann ziehen diese Gesetze den Schlußstrich unter den zweiten Versuch zu einer deutschen Demokratie. Den Kräften, die aus der Geschichte offenbar nichts gelernt haben, stände im Innern unseres Landes kein ernstliches Hindernis mehr im Wege. Die Tür zur totalen Militarisierung und zu neuen Abenteuern stände dann offen.

Abgeschlossen am 2. Mai 1966

Kurt Beutler

Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik

Prof. Wolfgang Abendroth zu seinem 60. Geburtstag am 2. Mai gewidmet

„Es gibt zwei Wege, ein Volk zu gestalten: die Politik und die Pädagogik" [1]). Dieser Satz von Hermann Nohl aus dem Vorwort zur 2. Auflage seines Hauptwerks vom Jahr 1935 enthält zwei Behauptungen: 1. daß Pädagogik und Politik offenbar um ein und denselben Gegenstand konkurrieren, und 2. daß das Verhältnis dieser beiden Bereiche nicht vermittelt ist. Die nachfolgenden Sätze Nohls erhärten diesen Doppelaspekt: „Was in diesem Buch dargestellt wird, ist die Geschichte der leidenschaftlichen Anstrengung unserer Nation seit dem Wissen um die Kulturkrise, das Problem ihres neuen Volkswerdens auf dem pädagogischen Wege zu lösen. Dieser Versuch ist nicht geglückt — jeder Ansatz endete mit dem Zerfall in die Parteien, der gerade überwunden werden sollte, und die Politik nahm schließlich die Aufgabe in ihre Hände [2])".

Wenn man bedenkt, welche Aktivität sowohl in die pädagogische Theorie als auch in die pädagogische Praxis seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1933 investiert wurde [3]), so müssen Nohls Sätze als nichts weniger denn das Eingeständnis in die völlige Nutzlosigkeit der pädagogischen Bemühungen gewertet werden. Die erste Behauptung bricht mit der herrschenden Lehre der

---

1) Herman Nohl: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Zitiert nach der unveränderten 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1961. S. 228.

2) Ebenda, S. 228.

3) Vgl. Albert Reble: Geschichte der Pädagogik. 4. Aufl., Stuttgart 1959. S. 291.

De Gaulle macht Ernst

Nichts zeugt besser für die innere Fehlerhaftigkeit der bundesdeutschen Außenpolitik als die Bestürzung, die Frankreichs Auszug aus der NATO bereitet. In höchstem Maße ist man verwirrt, als wäre das Ereignis nicht vor aller Augen heraufgezogen, als wäre es nicht deutlich angekündigt worden. Die Ahnungslosigkeit ist ein Gradmesser für die vorherrschende Verblendung. Halbwegs Sehende vermag die Pariser Entscheidung, sich aus der NATO zurückzuziehen und die Stäbe der Allianz sowie die Truppen der USA zum Verlassen Frankreichs aufzufordern, nicht zu überraschen. Sie war in aller Öffentlichkeit vorbereitet worden. Seit mindestens drei Jahren wiederholten sich die Kritiken de Gaulles (zunehmend ernster und schwerwiegender) an dem Atlantik-Bündnis, an der amerikanischen Politik, aber auch an der Haltung der Bundesrepublik. Diesseits und jenseits des Atlantik lautete die Parole: Nichts sehen, nichts hören. Gleichzeitig wurde die Illusion gepflegt, es sei alles gar nicht so schlimm; de Gaulle drohe nur, letzten Endes sitze nicht er am längeren Hebel und müsse einlenken. Dabei hatte es Paris nicht bei Worten bewenden lassen. Praktisch war der Auszug aus der NATO bereits eingeleitet, da Frankreich statt der verprochenen elf Divisionen nur drei zur Verfügung stellte, eine eigene militärische Strategie und Außenpolitik entwickelte. Washington, von der eigenen Macht berauscht, glaubte nicht an die Drohung und war überzeugt, der Alarm werde ohne Schaden vorübergehen. Die Bundesregierung dachte ähnlich, besonders nachdem Erhard Adenauer abgelöst hatte. Mit blindem Eifer hängte sie sich an die Rockschöße der USA, in der Hoffnung, ein Stück von der Atombewaffnung abzubekommen. Naiv wähnte der Kanzler, daß mit einem Zugeständnis in der Frage des EWG-Weizenpreises de Gaulle sich seine außenpolitische Konzeption billig werde abkaufen lassen.

Nun stehen die Herren klagend vor dem zerbrochenen NATO-Porzellan. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß Worte und Taten de Gaulles durchaus ernster Natur sind und daß es leichtfertig war, ihnen so wenig Gewicht beizumessen. Jetzt tritt präzis ein, was sich durch bestimmte Symptome seit langem ankündigte. Vielleicht könnte es doch sein, daß de Gaulle am längeren Hebel sitzt und nicht seine Widersacher in Washington und Bonn? Tatsächlich ist der französische Spielraum größer, als man hier und dort glaubte: Er ist durch die gegebene weltpolitische Lage gegeben. Das Ausscheiden aus dem Bündnis, eine — nach de Gaulles Worten — von der „amerikanischen Hegemonie" unabhängige Außenpolitik sind nur dadurch möglich. Wäre diese Lage noch die gleiche wie zur Zeit der Gründung der NATO, hätte Frankreich seine Ziele nicht erwägen können. Allein die weltpolitischen Bedingungen haben sich grundlegend gewandelt. Die Blöcke zerbröckeln in einem unaufhaltsamen Prozeß, nachdem sie einige Jahre lang stagniert hatten. Kein Ernstzunehmender glaubt mehr an einen bevorstehenden sowjetischen Angriff — wenn er überhaupt je daran geglaubt hat. Das Atomwaffen-Arsenal der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion macht einen Krieg zwischen ihnen unwahrscheinlich. Die NATO, auf eine solche Perspektive eingestellt, blieb

letztlich ohne Aufgabe. Das bedingte zunächst die Stabilisierung der west-östlichen Beziehungen, allmählich dann ihre zunehmende Entschärfung. Das Klima der Entspannung war dem Bündnis nicht zuträglich, es zersetzte sich zusehends. Die Einzelinteressen bekundeten sich täglich stärker und erlaubten keine gemeinsame Politik mehr. Die Differenzen wurden mühsam durch die Anrufung eines gemeinsamen Willens verdeckt, an den niemand glaubte — am wenigsten die Eingeweihten. Die jährlichen Zusammenkünfte lieferten den Rahmen für das Austragen interner Fehden und für das Wiederkauen der rituellen Formeln vom „Zusammenschluß gegen die drohende Gefahr", die völlig unglaubwürdig waren. Die NATO wartete auf einen Krieg, der nicht kam. Stattdessen eingagierten sich manche ihrer Mitglieder militärisch für eigene Interessen, was keineswegs vorgesehen war und von den Partnern zumeist mißbilligt wurde. Man denke an die französischen Kolonialexpeditionen in Indochina und Algerien, an das Suez-Abenteuer, an die Zypern-Händel zwischen Griechenland und der Türkei, an die Kolonialinterventionen Portugals, an den großen amerikanischen Einsatz in Vietnam. Dies geschah jedesmal gegen den Willen und außerhalb der Sphäre des Atlantik-Bündnisses. Unvermeidlich mußte sie es lähmen. Wie unsinnig diese Abenteuer auch waren, so bezeugten sie doch auf ihre Art die Unwahrhaftigkeit der NATO-Konzeption einer zweigeteilten Welt, die vom west-östlichen Gegensatz bestimmt war. Dieser Gegensatz war nicht mehr vorherrschend, daher stießen die gegensätzlichen Interessen im eigenen Lager immer heftiger aufeinander, neue Kraftzentren hervorbringend. In den beiden Blöcken, in allen Erdteilen regten sich Selbständigkeitstendenzen. Was Frankreich im Westen symbolisiert, stellt China im Osten dar. Hinzukommt die Vielzahl der aus dem Zusammenbruch des Kolonialsystems hervorgegangenen neuen Staaten, die alle mühsam und widerspruchsvoll, aber dennoch beharrlich ihren Weg zur Erlangung echter Souveränität suchen.

Diese richtige Einschätzung der Lage ist die Stärke der gaullistischen Politik; sie treibt sie voran, während sie deren Gegner lähmt. Hauten diese zuerst auf die große Pauke, so zogen sie es bald vor, kleinlaut zu sein, um nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen. Jetzt hieß es, man solle de Gaulle nicht reizen, man müsse versuchen, Zeit zu gewinnen, bis ein bequemer Nachfolger komme. Das Warten auf den Tod des Störenfrieds war keine größere Weisheit als die vorausgegangenen Spekulationen. Es läßt außer Acht, daß de Gaulles Außenpolitik von einer Mehrheit des Landes getragen wird, daß selbst die atlantischen Kritiker immer mehr Elemente seiner Argumentation sich aneignen und daß die jetzt geschaffenen Tatsachen schwerlich umzustürzen sein werden.

Wie schlecht gedacht wurde, bewies der am Anfang zur Schau getragene Bonner Hochmut in der Frage des Verbleibs französischer Truppen auf deutschem Boden, nachdem sie dem NATO-Befehl kommenden Juli entzogen werden sollen. Auch hier glaubte man sich in der besseren Position und hoffte, Paris würde alle Zugeständnisse machen, damit seine Divisionen in Deutschland blieben. Daß Frankreich ein solches Interesse hat, ist sehr wahrscheinlich; doch ist das Bonner Interesse, gerade im Rahmen der verfolgten Politik, ein noch lebhafteres: Die stärkere Spannung mit Paris müßte das französische Hinterland endgültig verschließen, während de Gaulle die Verbindung zu den Oststaaten ausbauen würde. Der bereits schwer angeschlagene bundesdeutsche Kurs befände sich in einer noch ausweglöseren Lage. Daher wurden die scharfen Töne rasch gemäßigt und die Notwendigkeit eines Kompromisses unterstrichen. Zwar weiß man noch nicht, in welcher Form er ausgehandelt wird, doch ist zu er-

warten, daß unserem Kabinett eine weitere Enttäuschung bevorsteht. „Die französischen Trumpfkarten gegenüber Bonn sind nicht nur auf militärischem Gebiet beachtlich", schrieb Jan Reifenberg aus Paris in der Frankfurter Allgemeinen. Dieser Feststellung wird man hier immer weniger aus dem Weg gehen können. Bleiben die französischen Truppen im Lande — womit zu rechnen ist —, dann ist es gewiß kein Triumph für die Bundesregierung. Denn sie werden nicht mehr der NATO, sondern ihrem eigenen Staat unterstehen. Das ist etwas grundlegend anderes. Nach dem 1. Juli wird nichts mehr dasselbe sein wie früher. Bemerkenswert ist, daß die Regierung nur vom militärischen Aspekt der französischen Konzeption gebannt ist, obwohl er nur einen Teil eines größeren Ganzen darstellt. Daher auch die eigenartige Aufregung über die Formel de Gaulles, nur im Falle eines „unprovozierten Angriffs" beizustehen, was dunkle Ahnungen hinsichtlich der offiziellen Vorstellungen über den „Verteidigungsfall" heraufbeschwört. Die Bemühungen Bonns in diesen Tagen erinnern an den gespenstischen Versuch, dem eigenen Schatten nachzulaufen, um jeden Preis an der NATO festzuhalten, auch wenn es sich nur um eine Attrappe handeln sollte.

„Ein Relikt aus der Vergangenheit" nennt Walter Lippmann das Atlantik-Bündnis, dem nur noch ein Ziel übrigbleibe: dem Kalten Krieg ein Ende zu setzen. Gerade das will die Bundesregierung nicht. Mit Leibeskräften klammert sie sich an die These von der „sowjetischen Bedrohung", was ihr in der Vergangenheit so nützlich war, woran jedoch heute niemand mehr glaubt. Damit hat sie sich seit langem isoliert, da nicht nur de Gaulle vom Gegenteil überzeugt ist, sondern auch die Mehrzahl der Atlantik-Partner. Dr. Schröder warnte dringend vor „Vermutungen, daß die kommunistische Bedrohung an Gefährlichkeit eingebüßt habe". Und zur Illustrierung erinnerte er an Vietnam, obwohl selbst die US-Regierung — in dieser Angelegenheit gewiß kein Kronzeuge — die Mäßigung Moskaus lobend der „Aggressivität Pekings" gegenüberstellt. Trotz aller Schiffbrüche bleibt noch immer die Losung: Nichts sehen, nichts hören. Das alte Konzept soll bleiben, als ob es überhaupt noch ausführbar wäre, als ob 1966 die Politik von 1950 gelten könne. Politik wird zur Gebetsmühle degradiert. Verlegene Klischees jagen einander und erhalten den Rang hoher staatsmännischer Leistung. Einen lebhaften Erfolg erzielte Rainer Barzel mit seiner Losung: „Möglichst viel NATO, möglichst viel mit Frankreich", wobei gerade die Erläuterung fehlte, wie das möglich wäre. Während Strauß vor „Dramatisierung" warnte, blieb auch die SPD nicht zurück und erntete mit Helmut Schmidt fröhliche Zustimmung, indem dieser de Gaulle tiefschürfend mit dem Skat-Latein konterte: „Er hat ein mittelmäßiges Blatt, das ziemlich hoch gereizt wird." Auf diesem Niveau wird bei uns partnerschaftliche Politik betrieben — und die Resultate sehen ganz danach aus. Eher verlegen meinte der Kanzler, zwar gehöre zu den Vorstellungen de Gaulles die Wiedervereinigung Deutschlands, doch „handele es sich um einen Prozeß, der zwanzig bis dreißig Jahre dauern könne." Und dann machtvoll: „So lange aber können wir nicht warten." Das wäre vielleicht ein Einwand, wenn man nicht schon zwei Jahrzehnte gewartet hätte und wenn diese Politik auch nur die geringste Chance besäße, etwas anderes als Warten zu versprechen. Aber die solche Glaubensbekenntnisse verkünden, hüten sich, an die Prüfung der Wirklichkeit zu gehen.

Die große Revision wird dennoch fortdauern und ihre Wirkung ausüben. Weil sie nicht einer Laune des französischen Präsidenten entspringt, sondern objektiven Verhältnissen. Die Entspannung ist eine Tatsache. De

Gaulles Stärke ist es, sie auszunützen und Folgerungen aus ihr zu ziehen. Wie Couve de Murville es in der Parlamentsdebatte erklärte: „Es ist unvermeidlich und wohltuend, daß Europa seine Unabhängigkeit gegenüber Amerika wieder einnehme." Nicht minder stichhaltig ist die andere These, daß die deutsche Frage sich nur im „allgemeinen Rahmen der europäischen Sicherheit" lösen lasse. Vermittels der NATO haben die USA den westlichen Teil Europas unter ihren Einfluß gebracht; sie zeigen kein Interesse, irgendein Problem dieses Kontinents (einschließlich der deutschen Frage) zu lösen, in der Furcht, dies könnte ihren Einfluß schmälern. Stattdessen lenken sie ihre Politik nach Ostasien, Afrika, Lateinamerika und fordern die NATO-Staaten auf, in China — nicht mehr in der Sowjetunion — den „Hauptfeind" zu sehen.

Die Blindheit der Bundesregierung ist vor allem daran zu ermessen, daß sie auch diesem neuen Kurs Washingtons folgt, obwohl er nicht minder die Atlantik-Allianz erschüttert hat als de Gaulle, obwohl für die Deutschen dabei nichts zu gewinnen ist — als bestenfalls in amerikanischen Diensten Vasallenhilfe zu leisten. Die „Mitbeteiligung" an den Atomwaffen der USA wird dabei so illusorisch bleiben wie bisher, da es unwahrscheinlich ist, daß irgendein Staat freiwillig auf eine exklusive Macht verzichtet. Der Wurm ist in der NATO — auch nach dem Ausscheiden Frankreichs. „Zusammenstehen, damit kein Verfall des Bündnisses einsetzt": Dieser dem militärischen Sprachgebrauch entnommene Appell Dr. Schröders berücksichtigt mitnichten die politischen Bedingungen. Der Zerfall wird sich fortsetzen. Aufhalten könnte ihn nur die bundesdeutsche These von der „sowjetischen Bedrohung" — wenn sie wahr wäre. Träfe dies zu, gäbe es morgen keine NATO-Krise mehr. Das Bündnis fände seine Einheit wieder und die Bonner Politik ihre Ruhe. Die Lage ist aber anders, zu unserem Glück. Adelbert Weinstein traf die Wahrheit mit seiner Versicherung, daß „die NATO aber aufgehört hätte zu existieren, wenn Frankreich ausschiede". Das Bündnis wird weiter auseinanderbröckeln, weil es auf eine politische Wirklichkeit stößt, der es nicht entspricht. Bereits heute ist es ein Anachronismus — der Schatten seiner eigenen Vergangenheit.

Heinz Abosch

11. Session der Table Ronde

Vom 15. bis 17. April 1966 trafen sich 105 Persönlichkeiten aus 19 europäischen Ländern im Rahmen der Table Ronde in Paris. Sie waren gekommen, um in einer Zeit der Wandlungen in der internationalen Situation — einer „Zeit voller Gefahren und voller Chancen für die Völker" — die europäischen Probleme auf dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gebiet zu diskutieren und dazu Stellung zu nehmen. Dies geschah in zwei einander parallel geschalteten Konferenzen. Die ökonomische Konferenz widmete sich der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Handelsaustausch, der Kooperation in Technik, Fertigung, Transport, Wissenschaft, in Industrie-, Entwicklungs- und Finanzfragen. Die politische Konferenz befaßte sich mit der politischen und militärischen Lage in Europa, mit der Abrüstung und der Arbeit der Genfer Konferenz an einem Übereinkommen über die Nichtausbreitung atomarer Bewaffnung, sie befaßte sich mit der militärischen und politischen Entspannung in Europa und im Zusammenhang damit mit der deutschen Frage. Das Ziel dieser Konferenzen, das der Table Ronde überhaupt, ist es, eine bessere Kooperation der beteiligten Staaten auf

allen diesen Gebieten zu fördern und Vorschläge und Empfehlungen dazu zu machen, die trotz der verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse in Ost und West realisierbar erscheinen. In der intensiven Arbeitsatmosphäre dieser Tage hatten die Teilnehmer der beiden Konferenzen zu einem persönlichen Gedankenaustausch nur Gelegenheit in den kurzen Pausen, beim Essen oder bei dem offiziellen Empfang der Stadt Paris im Hôtel de ville.

In dieser Zeitschrift ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß die Table Ronde es verstanden hat — und dies lag von vornherein in der Absicht ihrer Initiatoren —, führende Persönlichkeiten aus den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens zu einem inoffiziellen und ungebundenen Diskussionsforum zusammenzuführen, zu einem Arbeitskreis, der es ermöglicht, ohne Rücksicht auf Erwägungen von Regierungen oder Parteien und Parlamenten und ohne Rücksicht auf Behinderungen, die durch die eigene Stellung oder ein eigenes Amt in der Öffentlichkeit geboten erscheinen, ohne Rücksicht auf Interessen von Organisationen oder Wirtschaftsgruppen, kurzum in unbeschwerter Offenheit die gegenseitigen Standpunkte und Überlegungen aus persönlicher Sicht zu erörtern. Die Sitzungen sind aus diesem Grund nicht öffentlich, und den Sessionen folgt jeweils eine Pressekonferenz, auf der die gemeinsamen Vorschläge und Stellungnahmen der Öffentlichkeit übergeben werden und die Fragen der Journalisten beantwortet werden. Es versteht sich wohl, daß einem solchen Gremium und den hier entstehenden Überlegungen nicht der unverbindliche Charakter eines politik- oder wirtschaftstheoretischen Seminars beizumessen ist. Aus der Stellung der teilnehmenden Persönlichkeiten muß sich vielmehr die Meinung erhärten, daß die Arbeit dieser Konferenzen sich im öffentlichen Leben in Europa an vielen Stellen sehr konkret auswirkt.

Unter den Teilnehmern in Paris befanden sich unter anderen die früheren französischen Minister François Mitterand, Jules Moch und Pierre Cot (beide Mitbegründer der Table Ronde), Daniel Mayer und René Capitant, jetzt Prof. der Rechte und der Wirtschaftswissenschaften an der Sorbonne. Zum französischen Teilnehmerkreis gehörten der Professor der Rechte und der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dijon, Senator Léo Hamon, Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrats der Republik, und seine Kollegen in dieser Körperschaft Pierre Le Brun und Jean Duret. An der Wirtschaftskonferenz nahmen führende Vertreter der französischen Industrie- und Bankwelt teil, so Vorstandsmitglieder von Renault, Schneider, Le Nickel, Compagnie CSF, Banque Commerciale pour l'Europe, Union Européenne Industrielle et Financière. Man sah den Generalinspekteur im Ministerium für Ausrüstung, Jacques Eisenmann, die Herren Jean Pierre Saltiel, Georges Sokolow und Gerard Thirion vom Zentrum des Nationalen Außenhandels und das Mitglied der Zentralleitung der französischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft UNR-UDT Jean-Michel Royer.

Zu den anwesenden Initiatoren der Table Ronde zählten der sozialdemokratische belgische Senator Henri Rolin, Staatsminister; Sir Philip Noel-Baker, früherer englischer Minister und UNO-Beauftragter, zur Zeit Vorsitzender der parlamentarischen Arbeitsgruppe der Labour-Party für auswärtige Angelegenheiten und Mitglied des Exekutivausschusses des Vereinigten Königreiches; Ilja Ehrenburg, Schriftsteller und Mitglied des Obersten Sowjets; und Giorgio La Pira, langjähriger Oberbürgermeister von Florenz.

Aus Großbritannien waren weiter anwesend die Unterhausmitglieder Colonel Douglas Dodds-Parker (Kons.), John Mendelson, Jan Mikardo und Konni

Zilliakus (Labour), der Schatzmeister des Britischen Rates für die Entwicklung des Internationalen Handels, Alec Horsley, und das Mitglied des Rates P. A. Timberlake. Aus Belgien nahmen der frühere Minister Reymond Scheyven (Christl.-Soz. Abgeordneter) und der Außenhandelsdirektor der Union Chimique, Jacques Rulot, teil. Unter den Italienern befanden sich der Repräsentant der Fiat-Werke Dr. Vittorino Chiusano und Dr. Francesco Terraneo vom Italienischen Industrie-Verband, der christlich-demokratische Senator Giuseppe Bartolommei, die Abgeordneten Riccardo Lombardi (Zentralvorstand der Sozialistischen Partei), Silvio Leonardo (Forschungszentrum für Wirtschaft und Politik), Dr. Berchet Pinna (Institut für Außenhandel) und der erste Beigeordnete der Internationalen Sektion der Sozialistischen Partei Italiens, Gianni Finocchiaro. Es seien genannt aus Dänemark die Abgeordneten Erling Olsen (Sozialdem.) und Frau Else Merete Ross (Soz.-Lib), aus Schweden die Abgeordneten Torsten Bengtson (Zentrum, UNO-Delegierter), Walter Kristenson (Sozialdemokrat, Präsident der Zentralorganisation der Gewerkschaften, Göteborg), Frau Ingrid Wiberg-Segerstedt (Senatorin, Liberale Partei), der Subdirektor der Skandinaviska Banken und Präsident der Schwedischen permanenten Kommission für das Kreditwesen, Carl-Göran Regnell (konserv. Abgeordneter) und der Direktor der Enskilda Banken, Bengt Uggla. Aus Norwegen sah man den ersten Vorsitzenden der Sozialliberalen Partei, Gunnar Garbo, Mitglied des Stortings und des Beratenden Ausschusses der Regierung für die Abrüstung, und den früheren Minister Rakel Severin (sozialdemokr. Abgeordneter). Aus Finnland kam Göran von Bonsdorff, Prof. der politischen Wissenschaften, aus Griechenland der Abgeordnete Stamatis Mercouris (unabhäng.), aus Kanada das Mitglied des Ausschusses des Parlaments für Auswärtige Angelegenheiten und für die Verteidigung Andrew Brewin, Abgeordneter der Neuen Demokratischen Partei.

Die ganze Last der Vorbereitung und der Organisation der Konferenzen lag in den Händen von Herrn Hjalmar Mehr, Stadtrat und Präsident der Finanzkommission von Stockhom und Präsident der Vereinigung der Schwedischen Magistrate. Er wurde dabei von seiner Gattin und seinem Landsmann Herrn Bengtson unterstützt.

Die sozialistischen Staaten Europas waren auf der Konferenz durch eine Reihe führender Perönlichkeiten vertreten. Von sowjetischer Seite nahmen unter anderem teil Professor Nicolai Talenski, General und langjähriger Berater der Genfer Abrüstungskonferenzen; der Präsident der Agentur APN, Boris Burkov; der Professor der Wirtschaftswissenschaften Nikolaj Lubimov (Institut für auswärtige Beziehungen) und der Direktor des Sowjetischen Instituts für Konjunkturforschung, Nicolai Orlow. Aus Jugoslawien waren neben dem früheren Botschafter in Bonn und Präsidenten der Volkskammer, Mladen Ivekovic, mehrere Leiter von Industrie- und Bankbetrieben und der Abgeordnete Lazar Mojsow gekommen. Überhaupt lag das Schwergewicht der Beteiligung des Ostens offensichtlich auf der ökonomischen Seite. So war der Handelsattaché der Bulgarischen Botschaft in Paris, Stephan Staykov, erschienen, ferner aus Prag drei leitende Persönlichkeiten der Handelskammer, des Außenministeriums und des Außenhandelsministeriums, Vilem Navratil, Jiri Orsal und Miroslav Vuoucek, und der Generaldirektor des Tschechischen Fernsehens, der Abgeordnete Jiri Pelikan, und die Abgeordnete Gertruda Sekaninova-Cakrtova. Der ungarische frühere Außenminister Endre Sik kam zusammen mit dem Direktor des Instituts für Markt- und Wirtschaftsforschung, Jenö Redai. Polen war an den Beratungen beteiligt durch den Direktor des Instituts für Internationale An-

gelegenheiten, den Abgeordneten Adam Kruczkowski, und den Direktor des Instituts für Planung, Dipl. Volkswirt Josef Pajestka. Aus Rumänien waren anwesend der Ordinarius der Mathematischen Fakultät der Universität Bukarest und Präsident des Internationalen Forschungszentrums in Rumänien, Prof. Dr. Nicolae Theodorescu, und der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts der Rumänischen Akademie, Prof. Dr. Constantin Grigorescu. Die Nennung der Namen möge darauf hinweisen, welches Interesse und welche Bedeutung man in den Staaten Europas diesem Forum beimißt. Und man wird fragen, wie die Vertretung der deutschen Seite auf diesen Konferenzen aussah. Offensichtlich befinden sich unsere Ämter und Parteileitungen noch mitten im Kalten Krieg und stehen interessierte Kreise der Wirtschaft und der Öffentlichkeit noch unter dem Eindruck diffamierender Berieselung, die nach wie vor gern am Fließen gehalten wird. Es hat den Anschein, als stelle man im Hintergrund die Hebel auf „Nichtbeteiligung", weil man das Dahinschwinden von Tabus fürchtet. Dieses unzeitgemäße Verhalten erregte nicht nur die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer, sondern es wirkt sich zweifellos politisch und mehr wohl noch wirtschaftlich zum Nachteil für die Bundesrepublik und ihre Probleme aus. Man muß dabei bedenken, daß die hier zu Tage tretende Einstellung einer grundsätzlichen Haltung entspricht und nach allen Seiten gleicherweise so gehandhabt wird. Dies wird umso unverständlicher, als die Table Ronde wertvolle Informationen über die Möglichkeiten der Kooperation aus erster Hand vermittelt und es um keinerlei Bindungen oder Abmachungen konkreter Art geht. So nahmen von westdeutscher Seite in Paris nur zwei Bundesbürger teil, der Professor der Staatswissenschaften an der Universität Würzburg, Dr. Franz Paul Schneider, und der Erstatter dieses Berichts. Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Mitglied der Table Ronde, war durch die Vorbereitung für sein neues Lehramt als o. ö. Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik an der Universität in Gießen an der Teilnahme verhindert. Im übrigen hatte das NATO-Einreisebüro in West-Berlin Teilnehmern aus der DDR die Einreise nach Frankreich verweigert. Am Tisch der ökonomischen Konferenz ohne westdeutsche Beteiligung saß Herr Walter Brunner von der Handelsvertretung der DDR in Paris. Von westdeutscher Seite wurde das Bedauern über diese Tatsachen in der politischen Konferenz zum Ausdruck gebracht.

In ihren Empfehlungen und Vorschlägen geht die Table Ronde davon aus, dort anzusetzen, wo bereits gewisse Übereinstimmungen vorhanden sind oder sich Lösungen abzeichnen. Dieser Realismus bestimmte auch die Pariser Tage. So wurde — in Anlehnung an frühere Aussprachen und deren Ergebnisse — konstatiert, daß Lösungen und Pläne für die technische Abwicklung der verschiedenen den Regierungen und Parlamenten vorliegenden Entwürfe für ein militärisches Disengagement in Europa bereits durchdiskutiert sind, gleich ob es sich um das Einfrosten, die Minderung oder Entfernung von atomaren Waffensystemen aus bestimmten Gebieten, um die Errichtung von kontrollierten Zonen verdünnter konventioneller Bewaffnung, um eine Abrüstungskontrolle oder die permanente Kontrolle vereinbarter Rüstungsbegrenzungen handelt. Alle damit zusammenhängenden Probleme sind lösbar sowohl in Hinsicht auf die technische Durchführung solcher Entspannungsmaßnahmen ohne Verschiebung der balance of power als auch in bezug auf Kontrollsysteme, die der Spionage keinen Raum geben.

Die tatsächliche Durchführung der Abrüstung ist kein militärisches, sondern ein politisches Problem. Es muß auch von den Staatsmännern und Parlamen-

tariern vorrangig als solches betrachtet werden. Die Verantwortlichen, sofern sie wirklich als vom Vertrauen der Völker Berufene handeln, wissen nur zu gut, daß die modernen militärischen Apparaturen kein Mittel sind, um damit im Sinne antiquierten Denkens Politik zu machen oder politische Wirkungen zu erzielen. Ihr Mißbrauch als politisches Druckmittel in Verbindung mit Macht- und Blockdenken führt zum Anwachsen der Spannungen und zum Fortbestand des Kalten Krieges und vergrößert die Gefahr eines dann „nicht mehr aufzuhaltenden" Krieges durch eine Verkettung von Zufällen, durch Emotion, Provokation oder durch von kleineren Mächten ausgelöste Faktoren, in die die großen Mächte sich verwickeln. Mit Sicherheit werden dann, sind die Dinge erst einmal in Bewegung, die in der theoretischen (und im Prinzip heute so hilflosen) militärischen strategischen Planung festgelegten „Pausen" der Eskalation übersprungen werden. Unsere Sicherheit in Europa liegt deshalb nicht in der weiteren Steigerung der Rüstung, in der Vergrößerung der Armeen und in der Erstellung totaler Notstandsstaaten, sondern in politischen und wirtschaftlichen kooperativen Übereinkünften und der Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten im Leben der Völker auf der Grundlage der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen. Eine solche Politik dient einem vernünftigen Zusammenleben der Völker in Europa, mindert die gegenseitige Furcht vor Gewaltaktionen und befähigt die Völker unseres Erdteils, ihren Beitrag zu den Anstrengungen zu leisten, die nötig sind, um die Zukunft der Menschheit zu meistern. In einer Resolution stellen die Teilnehmer der Pariser Table Ronde mit Beunruhigung fest, daß die Ausweitung und Verlängerung des Krieges in Vietnam nicht nur für das vietnamesische Volk eine Kette unaussprechlicher Leiden ist, sondern durch das Anwachsen der internationalen Spannung die Möglichkeiten der Abrüstung hinausschiebt und den Weltfrieden mehr und mehr gefährdet. Die Teilnehmer verlangen die sofortige Einstellung der völkerrechtswidrigen Bombardements in Nord-Vietnam und eine strikte Rückkehr zu den Grundlagen des Genfer Vietnam-Vertrages, in dem die Einheit des Landes, die Durchführung von Wahlen und der Abzug aller ausländischen militärischen Streitkräfte vereinbart wurden. Konsequenterweise ist es notwendig, militärische Operationen und Interventionen in Süd-Vietnam zu stoppen und Verhandlungen mit allen Beteiligten zu beginnen, eingeschlossen die NLF, die Nationale Befreiungsfront (Vietkong) in Süd-Vietnam.

Eine Resolution zur Sicherheit und Kooperation in Europa begrüßt eingangs, daß trotz der gespannten internationalen Situation die Normalisierung der Beziehungen der Völker Europas Fortschritte macht und die Basis friedlicher Koexistenz sich verbessert hat. In der Resolution wird es für möglich und wünschenswert gehalten, durch Vereinbarungen auf der Grundlage strikter völkerrechtlicher Gleichheit und in Übereinstimmung mit der Charta der UNO die wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit in Europa neu zu ordnen. Als erstes wird der Abschluß eines Nichtangriffspaktes und eines Vertrages über die friedliche Regelung von Differenzen zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes empfohlen, der allen anderen Völkern Europas ebenfalls offensteht. Weiter wird die Errichtung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems angeregt, ausgestattet mit einer geeigneten Organisation und eine bindende Klausel enthaltend, durch welche die kontraktierenden Parteien sich verpflichten, ihre gegenwärtigen kollektiven Verteidigungsverpflichtungen aufmerksam zu prüfen in Hinsicht auf die Übereinstimmung mit den in Artikel 53 der UNO-Charta festgelegten Bedingungen. (Dieser Artikel

definiert die Sonderbehandlung der deutschen Frage als Ergebnis des Krieges von 1939/45). Schließlich wird in der Resolution vorgeschlagen, daß sowohl West- als auch Ostdeutschland an der Arbeit der Wirtschaftskommission der UNO in Europa beteiligt werden durch Repräsentanten ihrer Wirtschaft, um so die bestmögliche Entfaltung des Wirtschaftsaustausches zwischen Ost- und Westeuropa und innerhalb Deutschlands zu fördern. Mit dem Wunsche, daß eine Konferenz der europäischen Regierungen zustande kommt, um die Probleme der Sicherheit und der Kooperation zu diskutieren, begrüßt die Konferenz die von verschiedenen Parlamenten eingeleiteten Initiativen zu einer diesem Zweck dienenden konsultativen Konferenz ihrer Repräsentanten in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Vereinten Nationen. In diesem Zusammenhang wird es in der Resolution für nötig erachtet, daß gleichzeitig in kürzester Frist ein Kongreß repräsentativer Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Politik aus allen Ländern Europas und aller Richtungen dazu beiträgt, ein neues europäisches Selbstbewußtsein zu begründen.

In einer Entschließung stellen die Teilnehmer der ökonomischen Konferenz, indem sie die anhaltende Verbesserung des Ost-West-Handels begrüßen, bebesonders die Wichtigkeit der Intensivierung konkreter Formen der industriellen und technischen Zusammenarbeit heraus, wie den Austausch von Lizenzen und von technischem Wissen, die gemeinsame finanzielle Planung, die gemeinsame Aktivität und Zusammenarbeit in Hinsicht auf dritte Märkte, auf dem Gebiet der Forschung und der Entwicklung.

Die Entschließung verweist auf das Erfordernis, gewisse Methoden der Restriktionen, Beschränkungen und Diskriminierung im Ost-West-Handel zu beseitigen und andererseits bessere Möglichkeiten für den Austausch von Informationen zu schaffen über finanzielle Fragen, Produktionsquellen, Marktbedürfnisse, über Vorschriften bei Patenten und Lizenzen und über Methoden der Fertigung und der Betriebsführung in Ost und West. Es wird eine Kontaktstelle vorgeschlagen, welche die engere Verbindung der Betriebe des Westens und der kompetenten Organisationen des Ostens fördert und auf der Ebene der Industrie und der Technik die Zusammenarbeit begünstigt. Dabei ist es zum Nutzen der Steigerung des Handels notwendig, daß die Betriebe des Ostens und des Westens den Fortschritt der Industrialisierung in den sozialistischen Ländern mehr in ihre Beachtung einbeziehen. Diese Steigerung des Handelsaustausches sollte begleitet sein von einer weiteren Liberalisierung des Handels von seiten der westlichen Länder und von korrespondierenden Maßnahmen der östlichen Länder, so daß sich auf den verschiedenen Märkten mehr Einkaufsmöglichkeiten und bessere Zahlungsmöglichkeiten ergeben. Die Teilnehmer bekunden, daß es wünschenswert sei, die Diskussion in Einzelheiten bald fortzusetzen, und regen an, daß die internationalen Organisationen in Europa die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer industriellen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit eingehend untersuchen und daß die Möglichkeit für einen permanenten Informationsaustausch zur Erleichterung der wirtschaftlichen Kooperation geschaffen wird.

Das Ergebnis einer eingehenden Aussprache über die politische und militärische Situation in Europa, die Sicherheit in Europa und die Nichtausbreitung atomarer Waffen ist in einer diesen Fragen gewidmeten besonderen Resolution der Politischen Konferenz der Table Ronde enthalten. In der Diskussion standen hierbei die deutschen Fragen oft im Mittelpunkt. Die überwiegende Auffassung der Teilnehmer

ging dahin, daß die Probleme der Sicherheit in Europa und der militärische Status in Mitteleuropa eine Angelegenheit aller beteiligten Völker ist, während die Entwicklung der Annäherung der beiden Teile Deutschlands und die Normalisierung auf vielen Gebieten innerhalb Deutschlands eine Angelegenheit von innerdeutschem Charakter ist.

Die Resolution betont eingangs, daß eine umfassende Sicherheit in Europa ohne eine allgemeine und vollständige Abrüstung nicht erreichbar ist und daß diese trotz der Fortschritte in der UNO und auf der Genfer Konferenz der Achtzehn zur Zeit nicht in Sicht ist. Angesichts der Gefahr der schnellen Ausbreitung von Atomwaffen auf immer mehr Länder ist zumindest ein Abkommen über die Einfrostung der vorhandenen nuklearen Bewaffnung notwendig, gefolgt von anderen vorbeugenden Teilmaßnahmen derart, daß die verschiedenen Stufen der Abrüstung miteinander verbunden sind und einander ohne Unterbrechung folgen. Trotz der darauf gesetzten Hoffnungen hat der Moskauer Vertrag über die Einstellung atomarer Versuchsexplosionen diesen progressiven Effekt nicht hervorgerufen. Die Konferenz hofft, daß dieser Vertrag in Genf auf die unterirdischen Versuchsexplosionen ausgedehnt wird. Dies würde auch Staaten, die den Vertrag bisher nicht unterzeichneten, ermöglichen, dies nun zu tun. Als Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung und der Rüstungsbegrenzung sollten so bald als möglich durchgeführt werden: Die Unterzeichnung eines Vertrages, in dem die Staaten, die Atomwaffen besitzen, sich verpflichten, solche Waffen anderen Staaten oder Gruppen von Staaten nicht zur Verfügung zu stellen, weder direkt noch indirekt und zu welchen Bedingungen oder in welcher Form es auch sei. Dem soll sich ein Vertrag anschließen, in dem die Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, sich verpflichten, keine atomaren Waffen zu produzieren oder, unter welcher Bedingung auch immer, im Besitz zu haben, und die Staaten gleicherweise sich verpflichten, solche Waffen auf ihrem Territorium nicht für irgendwelche andere Macht oder unter der Kontrolle irgendeiner anderen Macht zu stationieren oder zu lagern. Diese Verträge müßten ergänzt werden durch eine Konvention, durch die die Atommächte sich verpflichten, atomare Waffen selbst im Fall eines Krieges nicht gegen solche Staaten einzusetzen, die nicht im Besitz von Atomwaffen sind, sie nicht produzieren und die Vereinbarungen über die Freiheit ihres Territoriums von atomaren Waffen eingehalten haben. In Hinsicht auf die Minderung der Konfliktmöglichkeiten in Europa und die Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens und als Beitrag zur Sicherheit aller Völker in Europa wird vorgeschlagen, denuklearisierte Zonen durch gemeinsames Übereinkommen der hieran interessierten Staaten zu errichten und weiter radikalen Widerstand gegen jedwede nukleare Bewaffnung der beiden Teile Deutschlands zu leisten, in welcher Form auch immer. Die Konferenz fordert, daß man diesem Punkte angesichts der Stimmung in den Nachbarländern Deutschlands, welche durch die Erklärungen bestimmter Politiker und durch die Renaissance eines gewissen Militarismus in Deutschland hervorgerufen wurde, besondere Beachtung schenkt. Die Teilnehmer meinen, daß die Sicherheit zwischen Deutschland und seinen Nachbarn durch eine international kontrollierte Abrüstung und durch die Garantie der großen Mächte erreicht werden muß, und nicht dadurch, daß den Deutschen erlaubt wird, Zugang zu Atomwaffen zu haben. Die Konferenz gibt in der Resolution sodann dem Gedanken Ausdruck, daß es denkbar sei, daß eine künftige Wiedervereinigung Deutschlands unter den folgenden Voraussetzungen möglich ist: im Rahmen eines substantiellen Fortschrittes in der Abrüstung und in bezug auf das Nachlassen der internationalen Spannung,

ferner durch eine frei gewünschte Annäherung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland, deren Teilung eine bekannte Tatsache unserer internationalen Situation ist, schließlich in der Respektierung und der Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen. Die Table Ronde sieht in der Entwicklung der ökonomischen und politischen Kooperation auf allen Stufen in Europa das Mittel, um diese Ziele leichter zu erreichen.

Die nüchterne und von großer Sachkenntnis getragene Arbeitsweise der Table Ronde und ihre Anregungen und Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit in Europa und zur Verbesserung der Bedingungen und des Klimas für das Zusammenleben der Völker in diesem Erdteil können von allen Bürgern Deutschlands, die eine friedliche und auf den Grundlagen der Demokratie beruhende Zukunft ersehen, mit Genugtuung beachtet werden. Es wäre wünschenswert, daß eine Session der Table Ronde einmal in der Bundesrepublik stattfindet.

Manfred Pahl-Rugenstein

Apartheid-Propagandist Strauß

Die Afrikareise von Franz Josef Strauß wirft ein interessantes Schlaglicht auf die Bonner Politik. Der CSU-Vorsitzende erklärte zwar, einen Informationsbesuch in Südafrika und Rhodesien absolviert zu haben, „worüber ich dem Bundeskanzler berichten werde", aber die Bedeutung, die man in Johannesburg und Salisbury — sowie in der englischen Presse — der Visite beimaß, war die eines kaum kaschierten Staatsbesuchs. Strauß, dem man in Bonn bei seiner Abreise Zurückhaltung in Äußerungen und möglichst unauffällige Abwicklung seiner delikaten Mission nahegelegt hatte, ließ es sich nicht nehmen, dem früheren „Spiegel"- und heutigen „Welt"-Korrespondenten Hans Germani laufend umfangreiche Erklärungen zu geben, die in der Springerpresse zum Anlaß eines neuen Feldzuges für die Apartheid-Politik und für die weiße Rebellenregierung Smith in Rhodesien genommen wurden. In die Zeit des Aufenthaltes von Strauß in Südafrika fiel auch — worauf die britische Presse mit bitteren Kommentaren hinwies — die Gründung einer „deutsch-rhodesischen Handelsagentur", deren offenkundiges Ziel es ist, dem Regime in Salisbury unter Umgehung der von Großbritannien verhängten, von der UNO gebilligten Sanktionen Wirtschafts- und Finanzhilfe zukommen zu lassen.

Daß sich ein Vorsitzender einer Bonner Regierungspartei zum Anwalt der Politik der Rassentrennung in Südafrika macht, ist wohl auch eines der Zeichen dafür, was man in Bonn unter dem „Ende der Nachkriegszeit" versteht. „Südafrika und die Bundesrepublik sind in einer ähnlichen Lage", erklärte Strauß nach seinen Konferenzen mit den Apartheidspolitikern in Johannesburg. „Sie sind beide Opfer einer Entstellungskampagne." Während die Bundesrepublik einer kriegerischen Aufrüstung bezichtigt werde, beschuldige man Südafrika der Unterdrückung seiner schwarzen Bevölkerung. Beides völlig zu Unrecht. Die Frage, warum die Menschenrechte der schwarzen Mehrheit in Südafrika vorenthalten werden, interessierte Strauß nicht. Er machte statt dessen folgende Rechnung auf: „Ich habe festgestellt, daß sich zwar — wie behauptet — 85 Prozent des Landes in weißer, 15 Prozent in schwarzer Hand befinden, daß aber die weißen Gebiete zum großen Teil Halbsteppe sind, wo auf mehrere Hektar ein paar Schafe kommen, während der gute Boden in den Händen der Schwarzen ist." Welches Recht zur Meinungs-

äußerung die Farbigen haben, welchen Aufstiegsbeschränkungen und persönlichen Diskriminierungen sie unterworfen sind, das ließ Strauß auf sich beruhen. Auch stört ihn in Südafrika keineswegs, daß der Mehrheit das Wahlrecht vorenthalten wird und daß ihre politischen und religiösen Repräsentanten in Konzentrationslagern sitzen oder zumindest an ihrem Wohnsitz unter Polizeiüberwachung stehen.

In Salisbury sprach Strauß ausführlich unter vier Augen mit Jan Smith, dessen Außenminister Lord Graham ihn am Flugplatz empfing. Smith meinte nach der Unterredung mit Strauß: „Mehrere solcher Besuche, und man wird im Ausland ein klares Bild von Rhodesien bekommen." Von Salisbury flog Strauß dann zu abschließenden Gesprächen nach Johannesburg zurück, wo er nochmals mit Verwoerd und dessen Ministern konferierte.

Zwischenzeitlich äußerte Strauß sich noch mißbilligend zu dem Vorhaben der SPD-Führung, auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der SED in der DDR zu sprechen. Die DDR, so erklärte Strauß, sei kein Staat, und es bestehe die Gefahr, daß durch solche Besuche „in Chemnitz oder anderswo in der Zone" diese sogenannte DDR „aufgewertet" werde. Das beschwöre Gefahren für das „Alleinvertretungsrecht" der Bundesrepublik herauf. Britische Pressekommentatoren ließen es sich nicht entgehen, solche Erklärungen von Franz Josef Strauß zur Deutschlandpolitik, abgegeben an exponiertem Ort, als Ausdruck einer „Zweigleisigkeit" — so der „Guardian" — von Straußens politischem Bewußtsein zu werten. Einerseits wolle er der Opposition in der Bundesrepublik Vorschriften machen, nicht mit Politikern aus dem anderen Teil Deutschlands zu reden. Andererseits verstoße er, als Chef einer der drei Bonner Regierungsparteien, gegen die von der Bundesregierung gebilligten Sanktionen bezüglich Rhodesiens und berufe sich gar auf das Informationsverlangen des Bundeskanzlers für seine Gespräche mit dem als unrechtmäßig amtierend auch von der Bundesregierung bezeichneten Regime Smith. Ganz abgesehen davon, daß er damit gegen Treu und Glauben zwischen verbündeten Ländern, der Bundesrepublik und Großbritannien, handle.

Zweifellos konnte Strauß sich für seine Erörterungen von Recht und Unrecht im Dialog zwischen SPD und SED keine herausforderndere Position wählen als die des Befürworters der Gewaltsamkeiten gegenüber der farbigen Bevölkerung in Südafrika und Rhodesien. Freilich vergaß Strauß weder in Salisbury noch in Johannesburg, hervorzuheben, er werde allen, die es noch nicht wüßten, klarmachen, welche „Eckpfeiler gegen sowjetische und chinesische Infiltration in Afrika" die weißen Minderheits-Regierungen in Südafrika und Rhodesien seien. Investitionen großer Wirtschaftsunternehmen und einiger Großbanken, wobei Herr Abs eine maßgebliche Rolle spielt, kommen Südafrika und Rhodesien seit langem aus der Bundesrepublik zugute. Der Plan, Rhodesien und Südafrika als „weißes Bollwerk" gegen die unabhängigen afrikanischen Staaten in ihrem Zusammenwirken zu fördern und die internationalen Sanktionen gegen Rhodesien mit allen Kräften unwirksam zu machen, beherrscht die Vorstellungen interessierter Unternehmenskreise und der ihnen verbundenen Bundesregierung. Strauß hatte in diesem Rahmen die Sondermission, zu einem für Rhodesiens Regime kritischen Zeitpunkt neue großzügige Hilfsmaßnahmen an Ort und Stelle zu vereinbaren, die über Südafrika Rhodesien erreichen sollen. Smith konnte nach diesem Besuch aufatmen. Von Interesse dürfte auch sein, daß zwischen den einstigen Rivalen Strauß und Schröder inzwischen soweit (nach erfolgreicher Vermittlung des stellvertretenden Spiegel-Chefredak-

teurs Conrad Ahlers) ein rationales Zusammenwirken vereinbart ist, daß Strauß seine Südafrikareise nach ausgiebiger Konsultation mit dem Auswärtigen Amt antrat.

Damit setzt — entsprechend der wirtschaftlichen Interessenlage — die Bundesregierung in Afrika auf einen harten Kurs, dessen Verbündete die übriggebliebenen kolonialen Regime sind: Portugal, Rhodesien, Südafrika. Das kann nicht ohne Auswirkungen auf das Bonner Verhältnis zu den freien Staaten Afrikas bleiben. Ein Wirtschaftsmachtstandpunkt wird hier durchexerziert, der sich auch vor der Identifizierung mit einer Rassenideologie nicht mehr scheut, die unter Schlagworten wie der „Aufrechterhaltung der Ordnung" den Herrenmenschen wieder offiziell in die deutsche Afrika-Politik als Größe gegenüber der farbigen Bevölkerung einführt.

Josef Oertgen

Claudia Wolff

Die Formierer gehen pragmatisch vor

I

Im vergangenen Herbst, vor den Wahlen noch, analysierte Reinhard Opitz für diese Zeitschrift des Kanzlers „Vision" von der Formierten Gesellschaft. [1]) Erhard strebe, so stellte Opitz damals fest, mit seinem ominösen Konzept nichts weniger an, als die der CDU und den ihr nahestehenden Wirtschaftskreisen offenbar nicht länger zuträgliche demokratische Verfassung auf dem Schleichweg zu liquidieren — zugunsten einer forcierten wirtschaftlichen Expansion, die eine Veränderung des gegenwärtigen weltpolitischen Kräftegleichgewichts herbeiführen und damit der in ihrer Zielrichtung unverändert gebliebenen westdeutschen Außenpolitik neue Chancen eröffnen solle.

Inzwischen haben sich alle verharmlosenden Deutungen, die in der Formierungs-Propaganda nur wahltaktisches Wortgeplänkel ohne ernsten politischen Hintergrund sehen wollten, von selbst erledigt. Während Erhards Regierungserklärung die Diagnose Punkt für Punkt bestätigte, mußte seine große Parteitagsrede auch die letzten Zweifel darüber ausräumen, daß alle von der CDU-Regierung gegenwärtig unternommenen innenpolitischen Anstrengungen am Ziel des „autoritäten

[1]) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 9/1965.

Leistungsstaates" (Eugen Kogon) [2]) orientiert sind. Mit anderen Worten: das Formierungs-Instrumentarium ist inzwischen aus dem Konstruktionsbüro in die Produktion gelaufen.

Am 10. November 1965 hat der Bundeskanzler die Formierte Gesellschaft zum integrierenden Bestandteil seiner Politik erklärt. Das vieldeutige Wort vom „Ende der Nachkriegszeit" ist in die Regierungserklärung ebenso eingegangen wie „die Frage, ob wir eingetretene Verkrustungen dieser Ordnung lösen, bislang außerhalb der sozialen Marktwirtschaft gebliebene Schutzbereiche in den Fortschrittsprozeß organisch einbeziehen". Den „Fortschritt" garantiert die Fixierung politischer Prioritäten, an deren Spitze optimales Wirtschaftswachstum zu stehen hat und zu denen die Sozialleistungen, oder, wie es neuerdings abwertend heißt, der „Sozialkonsum" sichtlich nicht gehören. Es ist folgerichtig, daß die Polemik gegen diejenigen Verbände, die die sozialen Interessen der einzelnen Gruppen zu vertreten haben, mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt wird. Getreu der in Deutschland bewährten Praxis, reale Tatbestände und konkrete politische Ziele dadurch zu verschleiern, daß man zu allererst terminologische Verwirrung stiftet, operiert Erhard mit den Vokabeln „Freiheit" und „Kollektiv" auf eine schamlos demagogische Weise. Zugunsten eines die „Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft" fördernden Freiheitsbegriffs umgibt er das Programm eines möglichst umfassenden sozialen Sicherungssystems mit der negativen Aura des Totalitären. Die Formierte Gesellschaft fordert die Isolierung des einzelnen, seine sozialpolitische Machtlosigkeit, und nennt das „Freiheit". Sie „will den selbstbewußten Bürger, der nicht aus Bequemlichkeit oder mangelnder Zivilcourage sich willenlos dem Kollektiv unterordnet und damit das menschliche Gewissen in sich erstickt." [3]) Es ist deshalb „eine Ordnung zu setzen, die den einzelnen Staatsbürger — wo immer er steht — gegenüber der organisierten Macht frei und unabhängig sein läßt." [4])

Daß es in erster Linie die Gewerkschaften sind, die das menschliche Gewissen ersticken, solange sie sich nicht „an objektiven Maßstäben und gesamtgesellschaftlichen Zielen orientieren", [5]) ist daraus unschwer zu entnehmen. Der humane Erhard will „ein ungewolltes Hineingleiten des einzelnen in die immer stärkere Abhängigkeit vom Staat vermeiden".[6]) Er will auch verhindern, daß sich „die klassischen Prinzipien der Sozialpolitik in einem allgemeinen, umfassenden gesellschaftlichen Versicherungsprinzip verdichten" [7]) — denn in diesem Staat haben die Verdichtungen an anderer Stelle sich zu begeben. „Die Bundesregierung lehnt die Einführung eines derartigen staatlichen Totalversicherungssystems aus grundsätzlichen Erwägungen ab." [8]) Man sieht, wie gefährlich sich das Totale gerade auf dem Sektor der Sozialleistungen ausnimmt. Nicht die permanent geforderte Konzentration der politischen Führung, nicht die totale paramilitärische Erfassung aller Bevölkerungskreise durch die Notstandsgesetze beeinträchtigen die Unabhängigkeit des einzelnen, sondern es beeinträchtigt diese Unabhängigkeit eine Entwicklung, in der die sozialen Gruppen „zunehmend bloß Objekte staatlicher Fürsorge" [9]) sind.

---

2) Eugen Kogon, Der Ausbau des autoritären Leistungsstaates in der Bundesrepublik, in: „Frankfurter Hefte", Heft 4/1966.
3) Rede Ludwig Erhards vor dem Bundesparteitag der CDU in Bonn am 22. II. 1966.
4) ebenda.
5) Regierungserklärung vom 10. XI. 1965.
6) ebenda.
7) ebenda.
8) ebenda.
9) ebenda.

Solche Äußerungen rücken das Panorama der, laut Erhards Parteitagsrede, bereits „eingeleiteten gesellschaftlichen und sozialen Neuordnung" ins hellste Licht. Wenn die Verbände „ihre subjektiven Vorstellungen ... den Erfordernissen der Gemeinschaft ein- oder unterzuordnen" [10]) haben, dann sind freilich „liebgewordene Vorstellungen und Tabus der Vergangenheit aufzugeben" [11]) — sofern ja die „gesamtgesellschaftlichen Ziele" nicht die kompromißbedingte Summierung diverser Gruppeninteressen darstellt. Erhards pathetischer Ausruf: „Wer etwa glaubt, man könne über unser Geld zweimal verfügen, trägt zur Geldentwertung bei und versündigt sich an den Menschen in Deutschland" [12]) — dieser Ausruf heißt, ins Deutsche übersetzt, nichts anders als dies: Wer das „Gemeinwohl" nicht im Hinblick auf kraftsteigernde Investitionskanäle interpretiert, der versündigt sich an der deutschen Wirtschaft. Um dieser Rangordnung willen möchte Erhard „die staatliche Autorität soweit stärken, daß notwendige Reformen und die Festsetzung von Prioritäten bei der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben Anerkennung finden und dadurch möglich werden".[13]) Bemerkenswert die Kausalstruktur dieses Satzes: Die Autorität ist nicht eine Folge der Einsicht, sondern die Einsicht eine Folge der Autorität.

Hat man begriffen, daß Erhards Gemeinwohl offenbar ein institutionalisiertes Gemeinopfer beinhaltet, so sollte man sich mit tautologischen Gemeinwohldefinitionen nicht länger zufriedengeben, ohne dem Sinn des mit Pathos verlangten Opfers, ohne den „höheren Zielen" nachzufragen.

Die Regierungserklärung bekennt freimütig, „daß die starke wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik, ihre Leistungskraft und handelspolitische Geltung der deutschen Außenpolitik ein besonders wirksames Instrument an die Hand geben. Wirtschaftliche Kraft münzt sich um in politische Stärke ..." — die eben bisher nicht ausreichte. Unsere „Handlungsfähigkeit in der Welt" und die „Verteidigung deutscher Lebensinteressen" setzen ein „sozial stabiles und wirtschaftlich lebenskräftiges Deutschland voraus". Zwar sind wir „wieder etwas geworden", zwar hat „das deutsche Kräftepotential ... innerhalb des Bündnisses Gewicht erlangt", was „auch im gegnerischen Lager, wenn auch mit anderen Vorzeichen, registriert" wird — aber mit der „Durchsetzung der politischen Anliegen unseres gespaltenen Landes" ist es nicht vorangegangen. Strauß, der von Erhard systematisch wieder aufgebaut wird, ergänzte in der Debatte das Nötige: „Wirtschaftliche Kraft", sagte er, „münzt sich nur dann in politische Stärke um, wenn eine entschlossene Politik wirtschaftliche Kraft und politische Stärke so kombiniert, daß das eine dem anderen entspricht ... Man kann sich auf die Dauer nicht als wirtschaftlichen Riesen in Anspruch nehmen und als politischen Zwerg behandeln lassen." Die Aussichten sind desto günstiger, je entschiedener die Wirtschaftsexpansion vorangetrieben wird, denn Strauß hat, was er dem Parlament triumphierend mitteilt, beim Kernphysiker Fuchs gelesen, „daß ... in zwanzig Jahren militärische Macht und wirtschaftliche Macht im großen und ganzen gleich sein werden".

Man wird an dieser Stelle dem Einwand zu begegnen haben, es seien die militanten Töne durch den Überraschungscoup der „Friedensnote" inzwischen überholt. Erhard selbst hat auf dem CDU-Parteitag eine solche Vermutung eindeutig

10) Rede Ludwig Erhards vor dem Bundesparteitag der CDU in Bonn am 22. III. 1966.
11) ebenda.
12) ebenda.
13) Regierungserklärung vom 10. XI. 1965.

ad absurdum geführt, so daß es genügt, den außenpolitischen Teil seiner Rede kurz zu referieren:

Oberstes Ziel der deutschen Außenpolitik bleiben Bewahrung und Sicherung des Friedens, aber wir können „eines wahren Friedens ohne Freiheit niemals sicher sein". Eine Friedensregelung, die auf dem Status quo basierte, „wäre nur ein Scheinfrieden und muß deshalb im Interesse aller für Sicherheit und Frieden eintretenden Mächte verhindert werden". Die Erfüllung des deutschen Strebens nach Selbstbestimmung, sprich: die Erfüllung der Forderungen der westdeutschen Bundesregierung, stellt „die geradezu unerläßliche Voraussetzung für eine befriedete festgefügte Ordnung in Europa dar".

Eine auf andere Weise sich etablierende Ordnung wird durch das Kräftepotential der Bundesrepublik zu verhindern sein. Die deutsche Friedenspolitik besteht darin, „die aggressivexpansive, imperialistische Sowjetunion" für die „ungesunden politischen Verhältnisse" verantwortlich zu machen und sie mit Ansprüchen zu konfrontieren, ohne deren Befriedigung es keine Entspannung geben könne. Erhard: „Es liegt tatsächlich und zuerst an der Sowjetunion, Beweise dafür zu geben, daß es eine echte Veränderung der politischen Denkweise ist, die ihr Verhalten bestimmt... Dazu gehört nicht nur aus unserer Sicht die Zustimmung zu einer Regelung der deutschen Frage, indem sie das von ihr beherrschte Gebiet aus ihrem Machtbereich entläßt..."

Die „Vorschläge für eine konstruktive Friedenspolitik" gipfeln in „Aufforderungen" an die Sowjetunion, die Expansion der Bundesrepublik zu ermöglichen. Hinter diesen Aufforderungen steht keine unmittelbare militärische Drohung, wohl aber die Ankündigung einer weltweiten Wirtschaftsoffensive und die Warnung vor nationaler Unruhe, „da das Verlangen nach einer Lösung dieser großen nationalen Frage im deutschen Volk immer stärker und drängender wird."

Solche Zielsetzungen bereicherte neuerdings der Formierungs-Theoretiker Rüdiger Altmann um scheinbar „progressive" Varianten, die eben nur Varianten der Taktik sind und von Erhard deshalb als utopisch bezeichnet werden, weil er, genau wie im Grunde Altmann, die Sowjetunion nicht für töricht genug hält, darauf hereinzufallen. Altmanns Televisions-Schau zur Wiedervereinigung sollte das in letzter Zeit etwas lädierte Image des „unabhängigen" Publizisten aufpolieren und darüber hinaus die wahren Konsequenzen der wie immer vorangetriebenen Wiedervereinigungswünsche hinter dem spaktakulär wirkenden Sturm auf offizielle Tabus der Deutschlandpolitik verbergen. In der Tat ist nicht zu bezweifeln, daß die Bundesregierung über die Oder-Neiße-Grenze zu sprechen bereit wäre, wenn es ihr gleichzeitig gelänge, die DDR mittels „Volksbewegung" zu kassieren und die deutsche Hegemonie in Mitteleuropa sicherzustellen. Erstaunlich bleibt nur die Offenheit, mit der Altmann in der dem Film folgenden Diskussion die raffiniert projektierten Verfahrenstricks als solche preisgab und ganz klar machte, daß die Wiedervereinigung nicht ein Ergebnis von Kompromissen in der Gesellschaftspolitik und in der Konzernfrage sein könne. Vielmehr werde eine „psychologische Lawine" den Status quo unter sich begraben; eine „gesamtdeutsche spontane Willensbildung" — im Zeichen des Friedens, versteht sich — habe stattzufinden. „Und die Russen werden vor der Situation stehen, wo die 22 sowjetischen Divisionen in Mitteldeutschland nicht verhindern können, daß der Status quo lautlos einstürzt." Die Wiedervereinigung würde dann zu einem historischen Pro-

zeß, „den die Bundesregierung kontrolliert". Und ferner: „Die Bundesregierung garantiert für das friedliche Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung . . . solange, bis die DDR einem Gebäude gleicht, das von Termiten ausgefressen ist." Zum Ende half Altmann dem Vorstellungsvermögen seiner etwas begriffstutzigen Diskussionspartner mit einem Vergleich auf die Sprünge: „. . . Denken Sie mal an den Kampfsport Judo. Man gibt nach, nicht wahr, um den anderen zu schlagen, nicht?" [14]) Jeder weitere Kommentar zu diesem „kühnen Vorstoß" erübrigt sich. Bleibt die Überlegung, was das wiedervereinigte Deutschland mit seinen Energien anfangen würde. Erhard zufolge könnte es „seine geistigen und materiellen Kräfte ganz auf die Werke des Friedens in aller Welt konzentrieren" [15]) — was es im Augenblick, z. B. in Vietnam, ja sichtlich nicht kann. Denn, so Barzel vor Jahresfrist auf dem Düsseldorfer Parteitag: „Die Bundesrepublik darf und kann nicht alles, was das wiedervereinigte Deutschland können und dürfen wird." [16])

II

Das innen- und das außenpolitische Konzept der Bundesregierung bedingen einander wechselseitig. Vor diesem Hintergrund ist die Formierte Gesellschaft zu sehen, sind die zu ihrer Verwirklichung geplanten Initiativen zu bewerten. Auf Spekulationen, die pragmatische Verfahrensweise betreffend, ist man nicht länger angewiesen, seit Erhard vor dem CDU-Parteitag selbst präzisiert hat, welche Schritte den Weg in die Formierte Gesellschaft einleiten sollen, bzw. eingeleitet haben.

Die Formierte Gesellschaft, sagte der Kanzler, setze erstens eine „informierte Gesellschaft" voraus (Einsicht!) — es müsse Verständnis für die „Fakten" geweckt und „den Demagogen das Handwerk gelegt" werden. Sie setze zweitens voraus „wichtige Reformen", nämlich „Reformen unserer Haushalts- und Finanzpolitik, um die Erreichung unserer politischen Ziele (siehe oben! C. W.) langfristig sicherzustellen", ferner „Reformen unserer parlamentarischen Arbeit und der Regierungstätigkeit". Sie setze drittens voraus die Unterordnung der Verbände, viertens und fünftens die eingangs beschriebene neue „Freiheits"-Ideologie und „die Anerkennung von Wertmaßstäben". Schließlich, klipp und klar: „Die Gestaltung der öffentlichen Haushalte wird . . . zu einer großangelegten, weitgreifenden Zentralaufgabe der Politik der Bundesregierung, der Landesregierungen und aller Parlamente. Diese Neuorientierung, die — wie auch das Finanzreform-Gutachten deutlich gemacht hat — eine neue Form der Zusammenarbeit von Bund und Ländern erfordert, ist ein entscheidender Schritt zu einer Strukturänderung unserer inneren Politik überhaupt." Dazu Rüdiger Altmann: „Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse, die sich in der Verteilung des Sozialprodukts miteinander verknüpfen und in neue Beziehungen treten, werden nur dann in Struktur gebracht werden können, wenn der Haushaltsplan das Logbuch einer Formierten Gesellschaft ist." [17])

Wer den qua „Strukturänderung" und „Logbuch" angestrebten Typ der nicht länger demokratisch zu nennenden „Leistungsgemeinschaft" ablehnt, muß sich dem-

---

14) Sämtliche Zitate nach: Ein Weg zur deutschen Einheit — Bericht über eine kühne Idee, in: „Stern", Nr. 16/1966.

15) Rede Ludwig Erhards vor dem Bundesparteitag der CDU in Bonn am 22. III. 1966.

16) Rede Rainer Barzels auf dem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 31. III. 1965.

17) *** (= Rüdiger Altmann), Die Formierte Gesellschaft, Privatdruck des Seewald Verlages, Stuttgart 1965, S. 20.

nach auch den finanzpolitischen Ermächtigungen, die die Bundesregierung für sich anstrebt, aufs entschiedenste widersetzen. Daß der „Industriekurier" die Aussicht auf solche Ermächtigungen bejubelt, kann nicht überraschen: „Die Voraussetzungen, den Haushalt zum Angelpunkt aller Programme von Regierung und Parlament zu machen, sind günstiger denn je." [18])

Des Kanzlers Bedürfnis nach Autorität wird — sieht man einmal von den geplanten Ermächtigungen ab, auch die Abschreibungs- und Steuersätze durch Rechtsverordnung gemäß der konjunkturellen Situation zu ändern — von führenden Wirtschaftskreisen begrüßt, weil sie — trotz gewisser wirtschaftspolitischer Differenzen innerhalb der CDU — mit Interventionen zugunsten einer Umverteilung des Sozialprodukts nicht rechnen müssen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag, als dessen stellvertretender Hauptgeschäftsführer Formierungs-Promoter Rüdiger Altmann figuriert, bestätigt in seinem jüngsten Jahresbericht, daß es eben vornehmlich um die Beschneidung der Interventionsmöglichkeiten sozial orientierter Parlamente geht. Laut DIHT können, wie der „Spiegel" am 7. März unter der maliziösen Überschrift „Großes im Sinn" zu berichten wußte, „langfristige Entscheidungen über den Etat nicht im Bundesfinanzministerium fallen". Wörtlich aus dem Jahresbericht: „Eine so zentrale Aufgabe kann nur der Regierungschef selbst wahrnehmen." Und: „Eine Haushaltspolitik neuen Stils setzt ... auf der einen Seite die Reorganisation der Regierung voraus. Auf der anderen Seite erzwingt sie eine Reform des Parlamentarismus. Im ganzen handelt es sich darum, das überkommene System der parlamentarischen Demokratie den Notwendigkeiten des modernen Wirtschafts- und Sozialstaats anzupassen." [19])

Die Finanzreform ist in der Tat einer der wesentlichen Hebel zur Anpassung des „überkommenen Systems der parlamentarischen Demokratie" an die Bedürfnisse der Wirtschaft. Sie erscheint den Konzernen geeignet, das in ihrem Sinne verstandene „Ende der Nachkriegszeit" beschleunigt herbeizuführen. Schon vor Jahresfrist erläuterte Erhard, auch die Finanzverfassung gehöre zu jenen überholten Relikten, die „uns weitgehend von den Besatzungsmächten auferlegt worden" sind, „um den Zentralstaat, d. h. die Bundesgewalt zu schwächen". [20]) Vor einigen Monaten schließlich ließ Staatssekretär Hettlage, Mitglied der Kommission für die Neuordnung der Finanzverfassung, vollends die Katze aus dem Sack — in welchem sie sich ohnehin nur noch unzureichend verbarg, seit die „Gesellschaftspolitischen Kommentare" Götz Briefs' Polemik gegen die von den Besatzungsmächten betriebene „Restauration" der Demokratie publizierten. Hettlage klagte laut „Frankfurter Rundschau", „daß die jetzige Finanzverfassung durch eine grobe Einmischung der Besatzungsmächte in die deutsche Verfassungsgesetzgebung zustandegekommen sei. Sie basiere auf einer Kompetenzschmälerung des Bundes und beruhe auf dem Einspruch de Gaulles gegen eine Stärkung der Zentralmacht (Rüstungsfinanzierung)." [21])

Die unter dem Motto „kooperativer Föderalismus" lancierten „Reformen" würden die Rechte der Länder und Gemeinden aufs empfindlichste beschneiden. „Eine neue Verfassungsvorschrift soll", so „Die Welt", „die Möglichkeit eröffnen, durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats bestimmte Aufgaben, die bisher

---

18) „Industriekurier" v. 8. III. 1966.
19) Deutscher Industrie- und Handelstag, Tätigkeitsbericht 1965, S. 16.
20) „Bulletin der Bundesregierung" v. 10. IV. 1965.
21) „Frankfurter Rundschau" v. 11. II. 1966.

in die Zuständigkeit der Länder fielen, zu Gemeinschaftsaufgaben zu machen".[22]) Unter die Gemeinschaftsaufgaben fielen fortan zum Beispiel der Neu- und Ausbau wissenschaftlicher Hochschulen, die Förderung von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, der Ausbau von Verkehrseinrichtungen, Maßnahmen zur Verbesserung der Agrar-Struktur, Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik. In all diesen Bereichen gibt die geplante Verfassungsänderung dem christdemokratisch beherrschten Bund Kompetenzen, die einschneidende politische Folgen haben müßten. Die Bundesregierung kauft sich durch Übernahme von 50 % der bei den Gemeinschaftsaufgaben entstehenden Kosten die Richtlinienkompetenz; die Länder werden zu ausführenden Organen.

Die dann nur scheinbar noch „föderalistische" Kooperation würde sich innerhalb einer erweiterten Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes abspielen. Nach dem Entwurf der Kommission für Art. 109 Abs. 2 des Grundgesetzes legt die Bundesregierung „ihrer Haushaltsführung einen mehrjährigen Finanzplan zugrunde mit dem Ziel, Umfang und Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und deren Finanzierung mit den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und Wachstums in Einklang zu halten".[23]) Daß sich das Parlament mit Verabschiedung des mehrjährigen Gesamtplans auf Jahre hinaus weitgehend entmündigen würde, zumal seine Einflußmöglichkeiten durch die vorgesehene Änderung des Art. 113 weiter geschmälert werden, hat unlängst „Der Spiegel" mit der „Formierten Gesellschaft" und der „Reform der Demokratie" skeptisch in Verbindung gebracht. „Am Ende", so fragten „Spiegel"-Leute den Rainer Barzel etwas naiv, „am Ende rührt das doch an die Rechte des Parlaments. Macht Ihnen das als Chef der größten Bundestagsfraktion nicht Sorgen?" Barzel sorgte sich keineswegs. Er verwies listig darauf, daß das Parlament die neuen Ermächtigungen ja selbst zu bestätigen hätte.[24])

Freilich können sich Bundestag und Länderparlamente über die ihnen zugedachte Rolle aus des Kanzlers eigenem Mund informieren. Zwar wird das „Deutsche Gemeinschaftswerk" in der Parteitagsrede als zu verwirklichender Programmpunkt nicht ausdrücklich mehr aufgeführt — dies aber möglicherweise nur deshalb, weil die zentralistische Verordnung von Prioritäten, die es hätte gewährleisten sollen, durch die Finanzreform allein zu bewerkstelligen ist. Sollte Erhard die Idee des Gemeinschaftswerks fallenlassen, so erhofft er, was er sich von diesem Institut versprach, nun von der Reform: nämlich die Garantie dafür, „daß kein Parlament in der Lage ist, . . . billige politische Geschäfte zu machen". [25])

Vielerorts hat man, in Ländern und Gemeinden, erkannt, was hier gespielt wird. Der bayerische Finanzminister Pöhner (CSU) erhob namens aller Bundesländer energisch Einspruch gegen die im Finanzgutachten vorgesehene Unterordnung der Länder unter den Bundeswillen: „Damit wäre den Ländern die letzte Entscheidung über ihren Haushalt genommen. Die Bundesregierung darf nicht das bundesstaatliche Gleichgewicht stören und zum Schiedsrichter über die Landeshaushalte werden." [26]) Erfahrene Kommunalpolitiker, wie etwa der ehemalige Hamburger Bürgermeister Paul Nevermann, warnen öffentlich davor, sich dem im Gutachten erhobenen politischen Machtanspruch zu beugen: „Was soll es, daß jetzt die Län-

22) „Die Welt" v. 14. 2. 1966.
23) Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland, S. 132, § 491.
24) Spiegel-Gespräch mit Rainer Barzel in: „Der Spiegel" v. 28. III. 1966.
25) „Bulletin der Bundesregierung" v. 10. IV. 1965.
26) „Die Welt" v. 17. III. 1966.

der einen höheren Anteil der Einkommensteuer an den Bund zahlen müssen, und dann finanziert der Bund damit Länderaufgaben?" [27])

Was das „soll", ist ebenso durchsichtig wie Erhards Eifer, „billige politische Geschäfte", die seine eigene, auf Wahlgeschenke spezialisierte Partei bislang virtuos zu betreiben verstand, als Schreckgespenst an die Wand zu malen: Parlamente, die maximales Wirtschaftswachstum, bzw. die Interessen der Wirtschaft an „Strukturwandel" und „Raumordnung" als oberste Richtschnur nicht anerkennen mögen, sind zu entmündigen. Weil die Gefahr besteht, daß die Mehrheit den von der Regierung verordneten gemeinwohlbedingten Opfergang auf die Dauer nicht mitzumachen gesonnen ist, muß die Gesellschaft durch Formierung vor demokratischen Mehrheitsentscheidungen geschützt werden.

Erst dieser Zusammenhang verhilft den Forderungen nach einer „langfristigen Gesamtplanung", nach „Prioritäten" und einer „erweiterten Rahmengesetzgebungskompetenz" zu ihrem konkreten politischen Sinn. Ein flüchtiger Beobachter könnte auf den Gedanken kommen, es gehe bei der langfristigen Gesamtplanung um die in der Tat notwendige „rationale und demokratiegerechte Organisation staatlicher Wirtschaftsverwaltung und -politik" (Helmut Ridder), wie sie von den Gewerkschaften seit langem gefordert wird. Gerade darum aber handelt sich's, das zeigen die antidemokratischen Modalitäten, keineswegs. Helmut Ridder bemerkt treffend: „Der unmittelbare Zugang zum exekutivischen Machthaber wird von nur wenigen Großen oligopolisiert." [28])

Warum sich vorwiegend die wenigen Großen von der „Verbesserung" des haushaltspolitischen „Instrumentariums" Nutz und Frommen versprechen dürfen, kommentierte „Die Welt" mit vielleicht unfreiwilliger Deutlichkeit. Der Bundeskanzler habe dafür zu sorgen, daß der in zwei Jahrzehnten „brüchiger" gewordene Verfassungs-„Anzug" durch „ein neues Kleid" ersetzt werde. Es folgt dann ein Kernsatz: „Die Hauptforderung an den neuen Anzug lautet, daß wir den Stürmen der Konkurrenz auf den internationalen Märkten trotzen können. Wie wir dann die Erträge verteilen, ist eine Sache für sich." [29])

Nach dieser unmißverständlichen Prioritäten-Definition wirkt es nicht gerade eindrucksvoll, wenn das Gutachten neben Stabilität und gleichmäßigem Wirtschaftswachstum zu den „bestimmten Zielsetzungen" moderner Industriestaaten auch die Notwendigkeit „einer gewissen Verringerung der Ungleichmäßigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung" rechnet.[30])

Solch verschämt applizierten Gummipuffern setzt die „Bonner Wirtschaftsredaktion" der FAZ eine erfrischende Rücksichtslosigkeit entgegen.[31]) Sie stellt unter der Schlagzeile „Politik ohne Gefälligkeiten", scheinbar in eigener Regie, „Forderungen für die neue Legislaturperiode" auf. In Wirklichkeit entsprechen diese „Forderungen" bis in Formulierungsdetails weitestgehend den Vorstellungen der Bundesregierung (des Erhard-Flügels der Bundesregierung) und denen des Gutachtergremiums.

---

27) „Vorwärts" v. 30. III. 1966.
28) Helmut Ridder, Notstand '66, Köln 1966, S. 17 f.
29) „Die Welt" v. 5. III. 1966.
30) Gutachten über die Finanzreform, S. 17, § 58.
31) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 22. I. 1966.

In erster Linie gilt auch der FAZ-Kampf dem „Gefälligkeitsstaat", der „den Wettbewerb denaturiert". Es muß deshalb der Wettbewerb forciert werden, „bis auch die geschützten Bereiche von ihm stärker erfaßt werden" — das heißt, keinerlei Rücksichtnahme soll mehr dem Trend zur Konzentration im Wege stehen.

Die Ausdehnung des Wettbewerbs betrifft vorab den Agrarsektor. Agrarschutz ist dem BDI schon lange ein Dorn im Auge, sofern er das reibungslose Funktionieren des Gemeinsamen Markts und damit das Exportgeschäft beeinträchtigt. (Nicht umsonst hatte Fritz Berg die Getreidepreissenkung schon am 25. März 1964 gefordert!) Erhards einstiger Hinweis auf die „Bedeutung des Mittelstands und die Notwendigkeit seiner Erhaltung und Festigung" (Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963) scheint ebenso wenig mehr relevant zu sein wie sein Versprechen, „die Erhaltung einer breiten Schicht eigentumsbejahender und heimatverbundener Bauern" zu begünstigen.[32]) Es muß ein Ende damit haben, daß, wie die FAZ lamentiert, „der wirtschaftliche Strukturwandel in Watte verpackt" wird und seine Risiken „nach Möglichkeit auf den Staat übergewälzt" werden. Die Familie soll deshalb wieder auf „Solidarhaftung" angewiesen sein: man muß „auch bei den Sozialleistungen sparen". Was das Rentensystem und die Krankenversicherung anlangt, so huldigt die „Bonner Wirtschaftsredaktion" demselben aparten Freiheitsbegriff wie der Bundeskanzler: der Staat möge die Freiheit des Bürgers nicht mehr mit Vollsicherungen, sondern nur noch mit Grundsicherungen bedrohen. „Die nachhaltige Verschlechterung der Altersstruktur der Bevölkerung zwingt zu neuen Überlegungen", meint die FAZ zum Thema Rentendynamik, und sie folgert daraus, es könnte schließlich „auch für den Beitragszahler zweckmäßiger sein, sich über Sparleistungen ein zusätzliches Vermögen (!!!) aufzubauen, als über Beitragszahlungen oder neue Steuern höhere Rentenansprüche zu erwerben." Desgleichen muß sich bei der Absicherung des Krankheitsrisikos „die Sozialpolitik auf vernünftige Grundsätze besinnen". Dem Arbeitnehmer wird suggeriert, er habe, da er keine Hungerlöhne mehr verdiene, eine Vollversicherung nicht nötig. Man redet ihm ein, ein gewisser Konsum-Verzicht (innerhalb der konsumorientierten Wettbewerbswirtschaft!) könne ihm zu „Vermögen" verhelfen — eine Vokabel übrigens, die etwa in Verbindung mit dem 312-Mark-Gesetz nur dem Zyniker glatt über die Lippen will. Daß ein vierwöchiger Krankenhausaufenthalt mit Operationskosten das allenfalls mögliche Sparguthaben eines mittleren Angestellten vollständig aufzehren würde, daß weiter die geforderte rasche Beseitigung der „Reste der Bewirtschaftung" auf dem Wohnungsmarkt schon jetzt unerträgliche Härten in den „Weißen Kreisen" mit sich bringt, das müßte der „Bonner Wirtschaftsredaktion" bekannt sein — es wäre auch aus dem „Gespräch mit den Gruppen" zu erfahren. Aber, so dekretiert die „Allgemeine Zeitung für Deutschland", „die Bundesregierung sollte den Dialog mit den Gruppen nur dann suchen, wenn sie ein klares Ziel vor Augen hat. . .". Das heißt, die Bedürfnisse der Gruppen (ausgenommen natürlich der Industrie-„Gruppe") dürfen die Ziele der Bundesregierung nicht ernsthaft beeinflussen: „Der Kompromiß darf nicht zur Richtschnur der Sozialpolitik werden." Was aber sonst? Das „Gemeinwohl".

An den Schluß dieses Kapitels gehört freilich der Hinweis darauf, daß Erhards Gemeinwohlinterpretation auch in den Reihen der CDU auf massiven Widerstand stößt, der allerdings bis jetzt kaum eine Chance hat, sich durchzusetzen. Unzufrieden ist der seines Sprechers Katzer beraubte Arbeitnehmerflügel, besorgt sind die

32) Vgl. dazu: Hans Volz, Erhaltung und Festigung des Mittelstandes — Konzentration in der Landwirtschaft, in: Politik ohne Vernunft, Reinbek 1965.

katholischen Mittelstandspolitiker der Union, die die „christliche Basis" der Partei gefährdet sehen. Ex-Familienminister Wuermeling hat zum Auftakt des Parteitags im „Rheinischen Merkur" vor dem Trend zur liberalen Wirtschaftspartei gewarnt und sich darüber beklagt, „daß man die Opfer gerade den Schutzbedürftigen zudiktierte." Frage Wuermelings: „Steht Wirtschaftsdenken über allen anderen politischen Bereichen?" [33])

Das Menetekel der Spaltung im Blick, beschwor deshalb Erhard auf dem CDU-Parteitag in einer regelrechten Parforce-Tour die Einheit der Union. Er sagte auch keineswegs die Unwahrheit, wenn er versicherte, die CDU sei keine liberalistische Wirtschaftspartei: Angesichts der faktischen Symbiose zwischen Regierung und Konzerngruppe kann sie das, im Hinblick auf die kleineren und mittleren Wirtschaftsunternehmen, auch gar nicht sein. Ein „der Diskussion entzogenes Gesinnungschristentum" warf Erhard prophylaktisch denjenigen vor, die es weiterhin wagen sollten, die christlich-geistig-sittlich-religiös etc. festgefügten Fundamente der Union anzuzweifeln.

Um mißvergnügliche Katholiken, die sich an fortschrittliche Tendenzen des Konzils erinnern könnten, ein für allemal den Mund zu stopfen, arbeitet der Formierungs-Flügel mit erstaunlicher Energie an dem Nachweis, die Formierte Gesellschaft habe ihre entscheidende Plattform in der katholischen Soziallehre, die päpstlichen Sozialenzykliken (einschließlich von „Mater et magistra") zielten konsequent auf die Formierte Gesellschaft, die „evangelische Sozialethik und die katholische Soziallehre" tendierten „von Anfang an in eine Richtung".[34]) — „Es ist deshalb kein Wunder, daß heute der evangelische deutsche Kanzler die Formierte Gesellschaft gestaltet, in der gerade die katholisch-soziale Richtung die Erfüllung ihres geschichtlichen Ringens erblickt." [35]) Damit geht die Frage an die sozial progressiv orientierten katholischen Gruppen, ob sie mit dieser „Erfüllung" ihres „Ringens" sich einverstanden erklären können, ob sie es zulassen wollen, daß Johannes XXIII. für die gesellschaftspolitischen Interessen der Konzerne in Anpruch genommen wird.

III

In der jüngsten Parteitagsrede hat Erhard es aus durchsichtigen Gründen unterlassen, den Notstandskomplex dem Formierungs-Instrumentarium zuzurechnen: Die Perspektiven, die sich aus diesem völlig einleuchtenden Zusammenhang ergeben, sind so ungeheuerlich, daß es der Bundesregierung zweckmäßig erscheinen muß, sie mit allen Mitteln zu verschleiern.

Unsere „Sicherheit" nicht auf Marktwirtschaft und Wettbewerb allein zu gründen, sofern deren Funktionieren von der Mitarbeit unzureichend „integrierter" Gruppen abhängt, legt ja die Gleichung Wirtschaftskraft ist gleich Verteidigungskraft nahe. Daß auf der einen Seite die bisherigen sozialen Schutzbereiche beschleunigt in die Marktwirtschaft übergeführt werden sollen, während auf der

---

33) Franz-Josef Wuermeling, Nur noch Wirtschaftspartei?, in: „Rheinischer Merkur" v. 18. III. 1966.

34) Gesunde Wurzeln der CSU — kranke Wurzeln der SPD, in: „CSU-Korrespondenz" v. 2. IX. 1965.

35) ebenda; vgl. dazu Walter Althamer, Katholische Soziallehre und formierte Gesellschaft, in: „CSU-Korrespondenz" v. 2. IX. 1965.

anderen Seite mit der Notstandsgesetzgebung planwirtschaftliche Ermächtigungen ungeahnten Ausmaßes bereitstehen, sind nur zwei Aspekte ein- und derselben Sache. „Der Mann", kommentiert Helmut Ridder, „der nunmehr den Schalthebel nach Belieben auf Staatsinterventionismus umlegen kann, darf sich gar, des Beifalls planungsfeindlicher Romantiker- und demokratiefeindlicher Industriellenseelen gewiß, im Bundestag (in der 9. Sitzung vom 1. Dezember 1965) weiter damit brüsten, stets gegen die Planifikation zu Felde gezogen zu sein." [36]) Details des Notstandskomplexes, der zur Formierung unabdingbar gehört, können hier nicht ausführlich erörtert werden; es sei auf die einschlägigen Publikationen [37]), vor allem auch auf Ridders „Notstand 66" verwiesen; in dieser Broschüre legt ein kompetenter Professor der Jurisprudenz die Konsequenzen der in der letzten Legislaturperiode noch rasch sang- und klanglos verabschiedeten sogenannten „einfachen" Notstandsgesetze sehr einläßlich dar. Der Katalog der bereits verabschiedeten wie der noch vorgesehenen Notstands-Normierungen drängt, wie es zusammenfassend Wolfgang Abendroth formuliert, „das Grundgesetz in eine Richtung . . ., die den schleichenden Staatsstreich geradezu legitimiert. Das soll nicht heißen, daß der Staatsstreich bereits in Situationen beginnt, in denen man ihn gar nicht nötig hat. Er wird erst dann erfolgen, wenn . . . die Konformität der mit den ‚normalen' Mitteln manipulierten öffentlichen Meinung mit der Entscheidung der Spitzengruppen des Managements, der Regierung, der Bürokratie gefährdet erscheint".[38])

Die Notstandsverfassung läßt sich von den Formierungsplänen nicht ablösen, sie ist ein zentraler Bestandteil der „Reform der Demokratie" und mit allen anderen Planungen zur Herstellung einer neuen inneren Ordnung, die nicht mehr „der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischen System" (Rüdiger Altmann) [39]) sein wird, unzertrennlich und auf vielfache Art verknüpft. Damit aber wird auch jeder Widerstand der Länderregierungen gegen die Finanzreform in der jetzt vorgeschlagenen Fassung, der Parlamente gegen ihre Entmündigung, der Verbände und Gewerkschaften gegen die Schwächung ihrer Stellung im Staat zu einem ebenso notwendigen Akt der Abwehr der Formierten Gesellschaft wie der öffentliche Widerstand gegen alle Notstandspläne. Durch die Verhandlungseinbrüche, die Innenminister Lücke in den letzten Wochen offenbar zu erzielen vermochte, fällt in diesem Punkte den Gewerkschaften eine kaum zu überschätzende Verantwortung zu: Sie würden ihr politisches Todesurteil unterschreiben, sollten sie in ihrem Druck auf die SPD nachlassen und etwa tatenlos zusehen, wie auch noch der letzte Rest des Notstandspakets verabschiedet wird.

IV

Daß die SPD diesen Druck aus dem außerparlamentarischen Raum braucht, dafür liefert sie täglich Beweise. Man muß versuchen, diejenigen Gruppen in der Partei, die Wehners opportunistischen Weg nicht mitzugehen gedenken, auf jede nur mögliche Weise zu unterstützen. Die innenpolitische Gemeinsamkeit von Regierungs- und Oppositionspartei ist ja in den Reihen der SPD so unumstritten nicht,

---

36) Helmut Ridder, a. a. O., S. 16.

37) Wichtig sind u. a.: Hans Heinz Holz/Paul Neuhöffer, Griff nach der Diktatur?, Köln 1965; Hannover/Seifert/Kogon/Abendroth/Ridder, Der totale Notstandsstaat, Frankfurt 1965; Helmut Ridder, Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht, Frankfurt 1965.

38) Abendroth, a. a. O., S. 28.

39) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, München 1963, S. 138.

wie das Wehner und Helmut Schmidt gerne wahrhaben möchten. Der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, Joachim Steffen, etwa hat sehr konkrete gesellschaftspolitische Vorstellungen entwickelt und damit für seinen Landesverband den Formierungsplänen den Kampf angesagt. Beim außerordentlichen Landesparteitag der norddeutschen Sozialdemokraten am 8. und 22. Januar in Eutin gab es nicht nur eine sehr scharf gefaßte allgemeine politische Entschließung, sondern auch eine spezielle Entschließung Nr. 2 zum Thema „Gesellschaft". In diesem von Steffen verfaßten Papier widerfährt der Wirtschafts-Konzeption, zu deren Exponenten sich Erhard bereitwillig machen läßt, das angemessene Porträt. Steffen beschreibt die herrschende Machtverteilung, die alle die Gruppen benachteilige, denen aus sozialwirtschaftlichen Gründen die Möglichkeit fehle, in Fragen der Wettbewerbs-Regelung, der Subventionsbewilligung und der Strukturverbesserung auf den Staat einzuwirken, während die vorherrschenden Wirtschaftskreise bei der Verteilung und Umverteilung des Sozialprodukts eine ihnen genehme „Mitbestimmung" praktizieren. „Das ist ein Stück ‚formierter Gesellschaft' seit der Währungsreform", heißt es in der Eutiner Entschließung wörtlich. „Wer heute über eine ‚formierte Gesellschaft' nur redet, ohne zugleich die deformierenden Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft anzuprangern, der will diese ungerechten Machtverhältnisse stabilisieren". Als SPD-Ziel proklamiert Steffen Veränderungen der Macht- und Herrschaftspyramide, Garantie der Mitwirkungschance der organisierten Gruppen im politischen Leben, gleichberechtigte Mitbestimmung im Bereich des täglichen Arbeitslebens.

Derartig avantgardistische Töne sind in der obersten Etage der Parteihierarchie verpönt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion zumindest hat das Mißtrauen gründlich verlernt; sie zappelt an der Leimrute jenes imaginären Gemeinwohls, von dessen Fetischisierung sich beispielsweise Helmut Schmidt in eine grotesk anmutende staatstragende Beflissenheit hineinmanövrieren läßt; Rudolf Augstein gegenüber brachte er es fertig, ausgerechnet die Erfahrungen aus der Spiegel-Affäre als Argument für die Notstandsverfassung ins Feld zu führen.

Liest man außerdem die Debatte über die Regierungserklärung nach, so erscheint, was SPD-Sprecher auf Erhards unverhüllt vorgetragenes Formierungs-Konzept zu replizieren wußten, als ein niederschmetterndes Zeugnis der Entmannung. Einzig Gustav Heinemann stellte — erfolglos freilich — konkrete Fragen nach der Grundgesetzlichkeit, nach der demokratischen Legitimation der Erhardschen Ordnungsvision, und schloß: „Das Grundgesetz ist kein Verschiebebahnhof." [40]) Solcher Entschiedenheit ausgesetzt, rührten die Parteioberen Schmidt, Erler und Wehner zum Beifall keine Hand. Dafür rückte Wehner am nächsten Tag die Maßstäbe zurecht: Statt Motiv und Ziel der vorgesehenen Verfassungsänderungen kritisch zu untersuchen, verbrachte er ein Drittel seiner Redezeit damit, der CDU an Hand eines Adenauer-Zitats vorzuhalten, sie brauche die SPD zu diesen Verfassungsänderungen ja doch und müsse deshalb schon ein bißchen netter sein.

Das ist die Situation im Deutschen Bundestag: Während der Regierungschef ordnungspolitische Konzepte „für den ganzen Erdteil" verkündet, ergeht sich der stellvertretende Oppositionsvorsitzende in rhetorischem Leerlauf à la Barzel. Der christdemokratische Kronprinz hat die Verwandtschaft längst erkannt: Er feierte Wehners Rede als „eine große Rede und eine große Stunde für das ganze Haus." Hapert es schon so sehr an der Hellhörigkeit der sozialdemokratischen Vorder-

40) Rede Gustav Heinemanns im Deutschen Bundestag am 1. XII. 1965.

bänkler, daß sie der Phraseologie des Bundeskanzlers tieferen Sinn nicht abzugewinnen vermögen — es hätte interpretierende Hilfsliteratur zur Verfügung gestanden. Niemand aber hat den Kanzler gefragt, was er denn von den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" und der darin propagierten, an Carl Schmitt erinnernden „Demokratie"-Theorie des Götz Briefs halte. Verständnislos steht man dem Phänomen gegenüber, daß kein SPD-Abgeordneter — wenn schon Berufs-Politologen vom Rang Carlo Schmids zu Auskünften sich nicht bereit fanden — auf die Idee kam, das wohlfeile Fischer-Lexikon „Staat und Politik" oder auch ein Standardwerk wie Ernst Fraenkels „Deutschland und die westlichen Demokratien" (1964) über Demokratie zu konsultieren. Einiges an Erkenntnis, die Formierte Gesellschaft betreffend, könnte dem Informationsbedürftigen aus solcher Lektüre zuwachsen. Etwa dies: „Alles Geschrei über den pluralistischen Charakter unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir nicht an einem über-, sondern an einem unterentwickelten Pluralismus leiden — stets vorausgesetzt, daß man unter Pluralismus nicht das Nebeneinander einer Vielzahl bürokratisierter Apparate, sondern das Mit- und Gegeneinander von autonomen Gruppen mit einem lebendigen Gruppeninteresse, einem ausgeprägten Gruppenbewußtsein und einem hochentwickelten Gruppenstolz der Gruppenmitglieder versteht". Und zwei Seiten weiter das schlagende Fazit: „Wir bewegen uns nicht auf dem Boden der ‚iffies', wenn wir fragen, was geworden wäre, wenn man im Jahre 1932 das Experiment gemacht hätte, den pluralistischen durch den autoritären Staat zu ersetzen. Der Versuch ist unter Papen unternommen worden. Wir kennen das Resultat." [41])

Für die deutsche Sozialdemokratie stellt sich die Frage, ob sie dieses Resultat endgültig aus dem Bewußtsein verdrängen möchte, oder ob sie den Mut aufbringt, zu durchschauen, was hinter dem industriellen Herrschaftsanspruch ohne Zweifel steckt. Bei demokratischen Gruppen sich breitmachende Skepsis zwingt ja die Formierungs-Strategen, in zunehmendem Maß taktisch vorsichtiger zu operieren, also das bereits zu leichtfertig offenbarte politische Endziel verschwinden zu lassen hinter dem Bemühen, die zur Formierung führenden Gesetzgebungswerke praktisch durchzusetzen. Man hofft, den längst klar zu Tage getretenen Zusammenhang zwischen den schon in Angriff genommenen Einzelinitiativen und dem Gesamtplan wieder verschleiern zu können, um die notwendigen Verfassungsänderungen mit Hilfe einer willentlich oder unwillentlich ahnungslosen SPD über die Bühne zu bringen. In diesem Sinn lassen sich alle verbalen Rückzugsgefechte als Scheingefechte unschwer verstehen. Die Vorbereitungen sind bis zu einem Grade gediehen, der es dem Altmann-Cercle ermöglichen würde, in absehbarer Zeit sogar das Etikett Formierte Gesellschaft, das sich als eher abschreckend erwiesen hat, mit überlegener Nonchalance fallen zu lassen.

Selbst dem Pluralismus, den alle Demokraten, wie man richtig erkennt, mit Zähnen und Klauen zu verteidigen bereit sind, erweist der agile Altmann neuerdings ironisch seine Reverenz. Er legt damit einen Köder aus, auf den hereinzufallen man die Öffentlichkeit nur dringend warnen kann. Der kaltschnäuzigelitäre Sprachgestus einer anonym erschienenen, Altmanns Feder entstammenden Broschüre, die der gesinnungsverwandten Geistes-Aristokratie zugedacht ist, enthüllt mit unverschämtem Zynismus das faschistische Modell. Nur der „überentwickelte Pluralismus", konstatiert Altmann, „bildet den Störungsherd".[42]) Das Interesse

---

[41]) Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 66 und 68.
[42]) *** (= Rüdiger Altmann), Die Formierte Gesellschaft, Stuttgart 1965, S. 17.

der Formierten Gesellschaft richtet sich deshalb „keineswegs auf die Gleichschaltung der pluralistischen Kräfte . . ." [43]) Vielmehr bedarf — anders läßt sich Altmanns Beweisführung gar nicht verstehen — der Bonner Staat eines „Pluralismus", wie ihn auch der NS-Staat aufrechterhielt. Denn, so erläutert Altmann: „Es ist ein verbreiteter Irrtum, daß die totalitäre Diktatur den gesellschaftlichen Pluralismus aufheben könne. Das Dritte Reich jedenfalls bedurfte seiner. Die eigentlich politischen Verbände reichten zur Organisation und Kontrolle der Gesellschaft nicht aus. So wurden die Interessengruppen nach ihrer Gleichschaltung zwar ideologisch narkotisiert, zugleich aber straffer, umfassender und zentralistischer organisiert."[44])

Wie Altmann hier und an anderer Stelle mit Entschiedenheit klarstellt, konnte das faschistische Experiment zunächst nur deshalb gelingen, weil die Strategie des Ausgleichs, die Formierung der Gruppen, schon in der Weimarer Republik bis zu einem gewissen Punkt gediehen war. An diese Tendenz, die sich nach Altmanns eigener Version Hitler zunutze machte, soll jetzt auch der Bonner Staat anknüpfen: „Was sich in der Republik von Weimar erst in vagen Umrissen gezeigt hatte, wird jetzt bewußt und energisch von einer Regierung ausgebaut, die das pluralistische Ensemble zur Durchsetzung ihrer parlamentarischen Majorität wie der Herrschaft über sie braucht.")[45] Das „pluralistische Ensemble" ist aber nur brauchbar, wenn es sich der Regierung anpaßt: Nicht dürfen sich Parlament und Parteien dem Pluralismus assimilieren.

Damit erfährt der „Pluralismus", dessen die Formierte Gesellschaft bedarf, eine ausreichend präzise Charakteristik: Die Verbände werden nicht abgeschafft, wohl aber an den vom Kanzler formulierten politischen Prioritätenkatalog gebunden, das heißt, zu Instrumenten der Kontrolle und der Propaganda umorganisiert. Integration ist das Synonym dafür, daß die Möglichkeit der demokratischen Willensbildung von unten nach oben ausgeschaltet, jede Interessenvertretung illusorisch wird. Aus dem Interessenverband macht man einen Erfassungsapparat, über dessen ins „Staatsganze" integrierte Spitze sich jene „informierte Gesellschaft", wie sie Erhard vorschwebt, ohne weiteres verwirklichen läßt.

„Wenn sie nur will", verrät Altmann, „stehen der Regierung genügend Sozialtechniken zur Verfügung, um den Konfliktsgegenstand zu fixieren und das Feld der Auseinandersetzung abzugrenzen. Wenn sie es nicht will, kann ihr kein Verband ein ius informandi aufzwingen, keiner kann ihr das ius informationis bestreiten. Die Regierung im Verteilerstaat hat mehr Recht auf Autorität als frühere parlamentarische Regierungen." [46])

Die über die Formierte Gesellschaft herrschende Regierung wird als parlamentarisch nicht einmal mehr ausgegeben. Ihre „Handlungsfähigkeit heißt zu allererst Autorität. Bevor man weiterfragt, ziemt es sich, die berühmte Formel des Hobbes zu notieren: ‚auctoritas non veritas facit legem.' " [47])

Das ist deutlich und bedarf einer scharfen, unmißverständlichen Antwort. Die SPD zu allererst hätte diese Antwort auf dem bevorstehenden Parteitag der Sozial-

43) a.a.O., S. 10.
44) a.a.O., S. 15.
45) a.a.O., S. 16.
46) a.a.O., S. 21.
47) a.a.O., S. 11.

demokraten zu geben. Fritz Erler, der über den Pluralismus sprechen wird, müßte sich der Aufgabe stellen, das Konzept der Formierer als ein Konzept modern-faschistischer Provenienz zu entlarven. Er müßte es tun — aber gegenwärtig sprechen beängstigend viele Indizien dafür, daß er sich auf verharmlosende Detailkritik und das Thema verfehlende Rhetorik beschränken könnte. Das geschähe in einem Augenblick, da der Angriff der Exekutive auf die Demokratie bereits generalstabsmäßig geplant ist, die Formierungs-Strategie offen zu Tage liegt, die Barrieren des Grundgesetzes, die gestürmt werden sollen, sichtbar für jedermann markiert sind und es keine Illusion mehr darüber geben darf, daß die rigorose Vollendung der Formierten Gesellschaft zu einem leicht lösbaren Problem wird, sobald diese Verfassungsbarrieren aus dem Weg geräumt sind.

Auch an die Adresse der Sozialdemokraten, die nun wirklich am Scheideweg stehen, richtet sich Eugen Kogons beschwörender Appell: „Der Ausbau des autoritären Leistungsstaates ist unbezweifelbar und voll im Gang. Gibt es keine Abhilfe dagegen? Es könnte sie geben: — wenn die Gewerkschaften nicht durch große Worte über „notwendige Verantwortung" sich von ihrer wahren Verantwortung ablenken lassen; — wenn die SPD-Führung einsieht, daß sie die Parole ‚Formiert Euch!' zum Anlaß nehmen könnte, in weitesten Kreisen der Bevölkerung den Sinn für ein anderes Konzept von Staat und Gesellschaft wachzurufen; — wenn der wahrhaft liberale Teil der FDP nicht kapituliert; — wenn der sogenannte ‚linke Flügel' der CDU den Prozeß seiner Besinnung durch die Präsentation parteiinterner Forderungen intensiviert und beschleunigt; — wenn die Hochschullehrer, die die Bedeutung der Stunde erkannt haben, sich weiter ohne falsche Rücksichtnahmen engagieren; — wenn die freie Intelligenz nicht müde wird, auf die Öffentliche Meinung aufklärend einzuwirken; — wenn die politisch produktiven studentischen Unruhegruppen fortfahren, zu den umstrittensten Problemen sich unmißverständlich zu äußern; — wenn die wachen und einsichtigen Journalisten der Tagespresse sich nicht von den konformistischen (und arroganten) Snobs in ihren Reihen abtun lassen; — wenn die Redakteure und Mitarbeiter im Hörfunk und Fernsehen dafür sorgen, daß in den so überaus wichtigen Senderäumen die Freiheit ihre Zufluchtsstätte und den Ort ihres mächtigsten Einflusses behält; — wenn die kritische und avantgardistische Publizistik unentwegt ‚am Mann bleibt'; — wenn die Millionen und Abermillionen derer, die nicht wollen, daß die Bundesrepublik ein Staat der wirtschaftsagilen, schutzgedrillten Gefolgsleute wird, sich entschließen, von einigen ihrer jetzt noch verwirklichbaren Rechte Gebrauch zu machen; — wenn das erstaunliche Potential von Möglichkeiten, über das die Freiheit, wie man sieht, in dieser Republik noch immer verfügt, angewandt wird, dann gibt es Abhilfe gegen den nun systematisch vorgehenden und sich ausbreitenden Autoritarismus." [48])

Kritische Stimmen zur Formierten Gesellschaft

In der Öffentlichkeit hat die kritische Rezeption des Formierungs-Planes begonnen. In der oben gegebenen Darstellung war nicht der Raum, einen Überblick über die Vielzahl der inzwischen bekanntgewordenen warnenden Stimmen zu vermit-

---

[48]) Eugen Kogon, a.a.O., S. 236 f.

teln. Auch an dieser Stelle ist eine Aufzählung, die nur annähernd vollständig wäre, nicht möglich. Es sei jedoch im folgenden noch auf einige Stellungnahmen hingewiesen:

Prof. Helge Pross, Soziologin an der Universität Gießen, am 30. Januar 1966 im Ersten Programm des Westdeutschen Rundfunks (Titel der Sendung: „Die neue Volksgemeinschaft — des Kanzlers ‚Formierte Gesellschaft' "):

„‚Formierte Gesellschaft' bezeichnet nach den Vorstellungen derer, die sie herbeiführen wollen, ein System, das die gegenwärtige eher pluralistische Sozialverfassung und die bestehende Form der parlamentarischen Demokratie von rechts überholt ... Das Programm für eine Formierte Gesellschaft, das von seinen Anwälten für modern ausgegeben wird, ist in Wahrheit alt. Es steht in einer charakteristisch deutschen Tradition autoritärer Ideologie. Diese Tradition richtete sich von Anfang an auf die Unabhängigkeit des Staates von der Gesellschaft, genauer: der Regierung und der sie stützenden Kasten von allen anderen Schichten ... Das war z. B. die Absicht der Theorien von Carl Schmitt, die auch bei der Geburt des Formierungsprogramms Pate standen. Schmitt, berühmter Staatsrechtslehrer, polemisierte in den zwanziger Jahren mit anderem Vokabular, aber den gleichen Scheinargumenten wie seine Nachfolger in der Gegenwart gegen den in seinen Kompetenzen beschränkten liberal-demokratischen Staat. Dieser Staat sei, so hieß es damals schon, Beute egoistischer Interessen."

Prof. Erwin Scheuch, Soziologe an der Universität Köln, auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr, nach einem Bericht der „Deutschen Volkszeitung" vom 4. März 1966:

„Scheuch wies anhand vorliegender Schriften und Äußerungen der Theoretiker der ‚Formierten Gesellschaft' nach, daß man es hier mit einem großangelegten Anschlag auf das Wirksamwerden der demokratischen Kontrollrechte des Wählers zu tun habe."

Bayerischer Rundfunk am 10. Januar 1966 in einem sozialpolitischen Kommentar von Peter Kritzer (Titel: „Unbehagen an der Formierten Gesellschaft"):

„Kommt also die Zeit herauf, da auch bei uns die Unterordnung unter ein von der Obrigkeit dekretiertes Gemeinwohl Pflicht wird? Soll die wirtschaftliche Mehrleistung höchstes Ziel der gesellschaftlichen Organisation sein? Diese gedankliche Voraussetzung, so scheint es mir, ist vor allem zu bekämpfen."

Rolf Spaethen, Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) nach einem Bericht in „Der Angestellte/Der Techniker", Februar 1966 („Gewerkschaftsrat tagte: Spaethen warnt vor der Formierten Gesellschaft"):

„Das bedeute, erklärte Spaethen, ‚die Gewerkschaften dürfen nicht mehr Anwalt der sozialen Forderungen ihrer Mitglieder sein, sondern Verbände zur Aufklärung ihrer Mitglieder über die Unangemessenheit ihrer Forderungen, also völlige Umkehrung der Aufgabenstellung.' Die Marktwirtschaft werde zu einem obersten Maßstab und inneren Wesensmerkmal der Gesellschaft (der ‚formierten' nämlich), der Unternehmer zu einer Schlüsselgestalt der gesellschaftlichen Ordnung ..."

„Die Quelle", Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Februar 1966 (Horst Helbing: Der Formierte Klassenkampf):

„Diesem Angriff auf die Demokratie, dem formierten Klassenkampf von oben, der mit pseudowissenschaftlichen Argumenten und allen Tricks der Werbepsychologie geführt wird, müssen die Gewerkschaften entschlossener als bisher entgegentreten."

„Holzarbeiterzeitung" (HZ), Monatzeitschrift der Gewerkschaft Holz, Dezember 1965 (Friedhelm Baukloh: Sind zwanzig Jahre Demokratie genug?):

„An welchem Punkt man auch ansetzt, die Formierte Gesellschaft ist der neue gesamtgesellschaftliche Herr-im-Haus-Anspruch der deutschen Großindustrie, die sich mit dem Staat identifiziert und mit Ludwig Erhard den Ideologen als Kanzler präsentiert, der schon 1939 in seinem Aufsatz ‚Voraussetzungen und Prinzipien der Marktforschung' . . . die Sätze schrieb: ‚Mit der Ordnung des Marktes unlösbar verbunden ist zugleich die Aufgabe, auch die ökonomisch-gesellschaftlichen Beziehungen unter ein Ordnungsprinzip zu stellen . . .' "

Professoren-Appell an die Gewerkschaften vom 10. März 1966:

„Wir halten uns für verpflichtet, Sie daran zu erinnern, daß die Gefahren einer Notstandsgesetzgebung, wie sie einst die Weimarer Republik aufzulösen half, inzwischen durch das Bekenntnis führender Politiker und Vertreter der ‚Wirtschaft' zur ‚Formierten Gesellschaft' noch klarer hervorgetreten sind."

Dr. Günther Schreiber

Katholiken und die neuformierte CDU

Anpassungskurs trotz Machtverlust

Für den politischen Katholizismus in der Bundesrepublik bedeutet die Übernahme des CDU-Vorsitzes durch Ludwig Erhard, die neuerliche Vereinigung von Kanzleramt und Parteiführung in einer Hand, diesmal aber nicht mehr in der Hand eines Katholiken, einen bitteren Verlust an Macht und Einfluß, der mit dem Abtritt Adenauers als Kanzler einsetzte und nun endgültig besiegelt ist. Es ist kein Geheimnis, daß katholische Kräfte bemüht waren, die Position des Parteichefs der CDU einem katholischen Kandidaten offenzuhalten. Freilich war der katholische Kandidat niemals ernstlich Barzel — diese Aktion kam zu spät, als die Würfel

Unsere Zeit wird Geschichte

Fünfzehn Historiker deuten die Zeitgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Fünfzehn Historiker schreiben heute unsere Geschichte von morgen original für dtv.

---

dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts in 15 Taschenbüchern

Helmut Heiber:
Die Republik von Weimar
WG Band 3 (4003··/DM 3,80)

Thilo Vogelsang:
Das geteilte Deutschland
WG Band 11 (4011··/ DM 3,80)

Noch 1966 erscheinen:

Ernst Nolte:
Die faschistischen Bewegungen
WG Band 4 (4004···)

Erich Angermann:
Die Vereinigten Staaten von Amerika
WG Band 7 (4007··)

Karl Heinz Ruffmann:
Sowjetrussland
WG Band 8 (4008···)

Lothar Gruchmann:
Der Zweite Weltkrieg
WG Band 10 (4010···)

Franz Ansprenger:
Auflösung der Kolonialreiche
WG Band 13 (4013··)

---

dtv

Deutscher Taschenbuch Verlag

längst gefallen waren, und wurde bereits, wie Barzel richtig bemerkt hat, von der kirchlichen Hierarchie nicht mehr unterstützt. Aber auf Dufhues hatte man doch gehofft.[1]) Von seinem plötzlichen Verzicht war man in den Ordinariaten in Köln, Paderborn, München und im Katholischen Büro in Bonn nicht nur völlig überrascht. Man fühlte sich schier überrumpelt. Dufhues, der von Beruf Industrieanwalt ist, wurde von seinen Klienten dringend zur Stabilisierung der CDU-Herrschaft im von der Bergbaukrise geschüttelten Nordrhein-Westfalen benötigt, wo ihn der Unternehmerflügel der CDU inzwischen als Landtagspräsident dem eigenwilligen Ministerpräsidenten Meyers vor die Nase setzte. Mit der sofortigen Nominierung von Familienminister Heck zum Koordinator der CDU-Parteiarbeit behielten die Katholiken freilich auch unter Erhards Vorsitz organisatorisch die Zügel in der Hand. Der Unterschied ist jedoch, daß mit Dufhues gleichsam das Selbstbewußtsein der Partei dem Kanzler entgegengetreten wäre und daß dieser Dialog Erhard und die Unternehmerseite von Fall zu Fall zum Kompromiß genötigt hätte, während Heck nicht auf gleicher Ebene mit seinem Kanzler sprechen kann, sondern Zugeständnisse an die katholische Seite durch parteiorganisatorische Erfolge sich verdienen muß, damit sie ihm, mit Maßen, vom Partei- und Regierungschef gewährt werden. Die CDU ist somit auf dem Weg zur Wirtschaftspartei recht munter vorangeschritten, die Katholiken folgen diesem Trend und dürfen sich dabei im zweiten Glied organisationstechnisch bewähren.

Neue kirchliche Generallinie

Zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht die dem deutschen und österreichischen Episkopat nahestehende Zeitschrift „Wort und Wahrheit" einen mit drei Sternen gezeichneten Artikel, eine, wie es in den Anmerkungen heißt, „Gemeinschaftsarbeit von Herausgebern und Redaktion" mit dem gerade aus dieser offiziösen Quelle alarmierenden Titel „Das Ende des politischen Katholizismus".[2]) Dieser Beitrag ist eine Darstellung der Überlegungen, die man in der kirchlichen Hierarchie und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken sowie bei den katholischen Verbänden in einer etwa seit 1963 geführten Diskussion angestellt hat, in welcher Form der katholische Einfluß im Staat, in der Bundesrepublik nach Adenauers Abtritt gewahrt werden kann. Mitverfasser des Memorandums soll, wie gewöhnlich gutinformierte katholische Kreise verlauten ließen, der geistliche Leiter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prälat Bernhard Haussler, sein. Der Grundsatzartikel in „Wort und Wahrheit" beginnt mit der Diagnose: „Es ist nicht zu bezweifeln, daß sowohl die Tendenz der Entwicklung des kirchlichen Bewußtseins wie die Intentionen im Episkopat (!) auf eine parteipolitische Neutralität der Kirche hinauslaufen, zumindest was die großen demokratischen Parteien betrifft."[3])

Das Weisungsrecht der Kirche

Parteipolitische Neutralität freilich solle und dürfe nicht bedeuten, daß die katholische Kirche auf eine Teilnahme am politischen Geschehen und auf das Geltendmachen ihres Einflusses zu verzichten gedenke. „Es wird daran festgehalten, daß

---

1) Vgl. Dr. Günther Schreiber, Neuformierung der CDU, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 2/1966.

2) „Wort und Wahrheit", Freiburg-Wien, Heft 3/1966.

3) Dies und alle folgenden Zitate a.a.O.

die Katholiken sich an jene Prinzipien einer Gemeinschaftsethik halten müssen, die nach dem jeweiligen Stand des religiösen Bewußtseins als gesichert gelten können. Dabei wird das kirchliche Lehr- und Hirtenamt durch seine Weisungen dem christlichen Gewissen Hilfe leisten." Es wird also, auch nach dem Konzil, das Weisungsrecht des kirchlichen Lehr- und Hirtenamtes in allen gravierenden Fragen des gesellschaftlichen Verhaltens bekräftigt, und zwar situationsethisch, „nach dem jeweiligen Stand des religiösen Bewußtseins". Es geht keineswegs darum, daß den Katholiken hiermit eine politische Wahlfreiheit schlechthin durch die vom Klerus ernstlich erwogene parteipolitische Neutralität anheimgestellt werden soll. Die Frage, vor der die politisch aktiven Führungsgruppen der katholischen Kirche stehen, stellt sich vielmehr den hochgestellten Artikelschreibern in „Wort und Wahrheit" konsequent so: „Sollen aber die Katholiken im geschlossenen Verband oder als einzelne in Politik und Gesellschaft wirken? Soll die acies ordinata von neuem formiert werden oder soll sie sich in Einzelkämpfer auflösen? Ist vielleicht eine Kombination beider Methoden möglich?" Wie man bei dem abwägenden Denken solcher Gremien voraussehen kann, fällt die Entscheidung zugunsten der dritten Möglichkeit, einer „Kombination".

Die katholischen Verbände werden dabei in ihrem derzeitigen Organisationsstatus fortbestehen. Sie bleiben damit im „freigesellschaftlichen Raum" direkte Machtmittel außerparlamentarischer Art, die dem Katholizismus zur Verfügung stehen.

Parteipolitisch wird darauf hingewiesen, daß die Katholiken in der CDU/CSU dem Evangelischen Arbeitskreis keinen Katholischen Arbeitskreis entgegengesetzt haben. Durch diese „strategische Askese" sei „eine der Parteieinheit abträgliche Aufgliederung verhindert" worden.

Es wird betont, daß man an dieser strategischen Askese auch festhalten will, „wenn die Unionsparteien sich noch weiter liberalisieren oder entideologisieren, so daß sie schließlich zu einer rein pragmatischen Volkspartei würden". Dieses richtungweisende Wort wendet sich, unausgesprochen, eindeutig gegen Bestrebungen in den Sozialausschüssen der CDU, der vornehmlich katholischen Arbeitnehmerorganisation der Union, sich von der „Wirtschaftspartei" (Wuermeling im „Rheinischen Merkur") zu distanzieren. Diese Kreise würden gern unter Berufung auf ihre Kirchentreue Erhard den Kampf ansagen, aber die kirchliche Hierarchie verweigert ihnen dazu von vornherein und unzweideutig den Segen.

Die Grundsatzdiskussion im katholischen Raum, ob die Katholiken auch einer zur pragmatischen Wirtschaftspartei endgültig gemauserten CDU die Treue halten sollten, wird, soweit es der neu eingenommene Status der „parteipolitischen Neutralität" dem Klerus erlaubt — im wesentlichen bejaht, nämlich durch die Absage an jede Ersatz- oder Neugründung für die sich heimatlos fühlenden katholischen Arbeiter.

„Gemeinschaftsethik" statt Soziallehre

Für die Schwierigkeiten mit dem katholischen Arbeitnehmerflügel, dem die Anpassung an Erhards Formierte Gesellschaft von industriekonformem Zuschnitt so offensichtliche Schwierigkeiten bereitet — verstärkt durch die Ablehung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer seitens der Regierungskoalition —, macht die

Analyse in „Wort und Wahrheit" gewisse Unzulänglichkeiten der katholischen Soziallehre verantwortlich, die nach Meinung der Artikelschreiber dringend einer Neufassung und Neuakzentuierung bedarf.

Diese Stelle gehört zu den aufschlußreichsten des informationsträchtigen Grundsatzartikels, weil sie nämlich die Wendung jener katholischen Kreise nunmehr, am Ende der Adenauerschen Übergangszeit der „Teile-und-Herrsche-Sozialpolitik" klarlegt. Zur Zeit bestehe eine „Krise des sekundären Naturrechts". „Man gibt sich heute Rechenschaft darüber, daß die Deduktionen aus den wenigen sicheren Sätzen des primären Naturrechts zu weit vorgetrieben worden sind. Aus solchen Deduktionen ist aber das ganze ausgearbeitete System der katholischen Soziallehre konstruiert. Die Ableitungen bis ins Detail der Kommunität geraten ins Schwanken. Besonders augenfällig wird das an dem Gegensatz zwischen den beiden wichtigsten Zentren der katholischen Sozialwissenschaft in Deutschland, Frankfurt-St. Georgen und Mönchengladbach. Der Streit um die Auslegung der auf die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bezüglichen Sätze des Konzilschemas XIII ist exemplarisch für die Unsicherheit sogar im Prinzipiellen. Die katholische Sozialdoktrin hat sozusagen ihre Naivität, ihre Unschuld verloren. Sie wird auf weite Strecken problematisch und dadurch geschwächt. Wie soll sie in diesem Zustand die innere Geschlossenheit der einzelnen Katholiken im öffentlichen Leben fundieren? Ganz abgesehen davon, daß auch die katholische Verbandsideologie mit dem sekundären Naturrecht in eine Krise eintreten muß."

Es muß, mit dem Blick auf das Vermächtnis von Johannes XXIII., manche Beobachter erstaunen, wie die gerade von diesem Papst in seiner Sozialenzyklika „Mater et Magistra" so beziehungsreich für die Industriegesellschaft geöffnete katholische Soziallehre nun der „Unsicherheit sogar im Prinzipiellen" beschuldigt wird. Der Streit zwischen Frankfurt-St. Georgen (also der Lehrstätte von Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ) und Mönchengladbach (wo der Berater von Pius XII. Prof. Gundlach eine Sozialdoktrin geschaffen hat, die freilich mehr autoritären Charakter besaß) wird nicht als der Kampf zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Ghettohaltung und Öffnung zur gesamten Arbeitnehmerschaft gewertet, sondern energisch mißbilligt. Das kommt praktisch einem Veto gegen die Mitbestimmung und gegen die Demokratisierung der Wirtschaft gleich. Indem die katholische Soziallehre verbindlich wurde in der Frage der Gleichsetzung von Arbeitsleistung und Eigentum, verlor sie nach Meinung der Artikelschreiber „ihre Naivität, ihre Unschuld", wurde zum Gegenstand des Zwistes (zwischen dem Bund katholischer Unternehmer und der Katholischen Arbeiter-Bewegung) und verdient deshalb ausgeklammert zu werden. Hiermit stellen sich die Artikelschreiber auf die Seite des Bundes katholischer Unternehmer, der in Rom intervenierte, um eine päpstliche Stellungnahme gegen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu erwirken. Vom Vatikan ist dieses Ansinnen abgelehnt worden. In Rom denkt man nicht daran, die Beschlüsse des Konzils zugunsten des Bündnisses gewisser deutscher katholischer Führungkreise mit der deutschen Industrie zu revidieren. Denn ein solches päpstliches Machtwort müßte die katholischen Arbeiter in aller Welt brüskieren und würde ihr Vertrauen aufs schwerste enttäuschen.

Was wird an Stelle der Weisungen des Konzils den deutschen Katholiken in der Monatsschrift empfohlen? „Auf den Ausbau des politischen Teils der katholischen Soziallehre" muß „in Zukunft besonderer Wert gelegt werden. Sie hat den Staat bisher mit weit weniger Engagement und Ausführlichkeit behandelt als die Ge-

sellschaftsordnung unter dem Aspekt der Gerechtigkeit. Dieser Rückstand muß aufgeholt werden, die katholische Gemeinschaftsethik muß sich nun mit aller Energie den Problemen des Staates und der Politik zuwenden."

Man möchte also das Wort Soziallehre möglichst ganz in die Versenkung verschwinden lassen. Der Begriff Gemeinschaftethik kommt allerdings dem entgegen, was Erhard unter Formierter Gesellschaft versteht, eben der obrigkeitlichen Bändigung aller antagonistischen Kräfte der offenen demokratischen Gesellschaft in einem geschlossenen Herrschaftssystem. In der Tat enthüllt sich, gerade an der bemerkenswerten Demontage der Soziallehre, die Anpassung an das neue Erhardsche Obrigkeits-Staatsmodell. Hier wie dort wird Geschlossenheit erstrebt, jeder Streit der Meinungen als verderblich angesehen und das Engagement für eine Volks-Gemeinschafts-Ethik über den bisher von der Soziallehre verfolgten „Aspekt der Gerechtigkeit" gestellt.

„Welchen praktischen Zweck hat aber die Geschlossenheit der Katholiken in der Politik?" Die Frage erfährt eine offene Antwort: „Es ist natürlich Macht, und es wäre verlogen, wenn man das verdunkeln wollte." Ist aber die Macht nicht gerade, im Übergang Adenauer-Erhard, weithin „verspielt worden", wie das ein katholischer Politiker unlängst nannte? Das wird eingeräumt. Deshalb muß sie auf andere Weise zurückgewonnen werden. Durch das „Prinzip der Infiltration". Von daher erscheint auch die proklamierte „parteipolitische Neutralität" des Episkopats im gemeinten Sinnbezug.

Das Prinzip der Infiltration

Um es kurz zusammenzufassen, was der strategische Plan ist: Man will in alle neutralen Verbände und Organisationen, vor allem in die „Massenmedien", man will ebenso in Führungspositionen der CDU wie der SPD Katholiken aus dem Kader der Katholischen Aktion hineinbringen, gleichsam abordnen, die dort — in enger Tuchfühlung miteinander und nach den Weisungen des Lehr- und Hirtenamtes — katholischen Grundsätzen, Wünschen und Meinungen zum Erfolg verhelfen sollen. Man meint, daß dieser Gesellschaft der Bundesrepublik in der Ära Erhard mit dem „unsichtbaren Zusammenhalt" der Katholiken beizukommen sei und daß die Gemeinschaftsethik der Formierten Gesellschaft schließlich doch katholische Züge tragen werde. „Die Katholiken, die sich zum Beispiel für die Sozialdemokratie entschieden haben, müßten also dort nicht nur zur Entlastung ihres Gewissens — Dixi et salvati animam meam —, sondern um sich faktisch durchzusetzen, also um Macht zu erlangen, einzeln und dennoch „geschlossen" dafür wirken, daß der demokratische Sozialismus endlich aufhört, der Idee einer innerweltlichen Selbsterlösung des Menschen durch Perfektion der sozialen Verhältnisse anzuhängen." Und ebenso muß das „Prinzip der Infiltration" befolgt werden „in Gewerkschaften" (Leber gilt hier als Beispiel wie Nellens Tätigkeit in der SPD), „bei Versicherungsträgern, in den Kriegsopfer-, Vertriebenen-, Bauern-Mittelstands-, Industriellenverbänden, in Redaktionen, Sendern, Universitäten, Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, als einzelne und doch geschlossen". Es muß also eine politische Leitlinie am besten vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken als der für alle Laienarbeit zuständigen Instanz ausgearbeitet werden, nach der sich jeder kirchentreue politische Katholik, in welchem Verband, welcher Partei er auch tätig ist, zu richten hat. Diese Leitlinie könnte sich

dann am Ende als das einigende ideologische Band der Formierten Gesellschaft erweisen, ohne nach außen katholisch zu wirken. So erstrebt man, naturrechtlich argumentierend, eine Rationalisierung der katholischen Sachwünsche. „Der gegenwärtige Einfluß der Kirche beruht auf einer unverbindlichen Konvention", heißt es. Das sei zu vage, zu wenig. Wenn, wie derzeit, der Wind sich politisch stärker noch als bisher zugunsten der Industrie dreht, kann der Katholizismus schlagartig plötzlich in Staat und Regierungspartei wichtige Positionen verlieren. Man wünscht sich deshalb „durch einsetzbare Sozialmacht" der katholischen Funktionäre in allen wichtigen Parteien und Verbänden „gedeckte Sicherung des Öffentlichkeitsrechts der Kirche". Nüchtern bilanziert man: „Alles spricht dafür, daß heute Aktionsgruppen, Teams, Zentren leichter zustandezubringen und kraft ihrer Mobilität wirksamer sind als schwerfällig, wegen des Interessenmangels (des katholischen Fußvolkes) nur mühsam in Gang zu haltende Massenorganisationen.

Dieses perfekte Rezept der Infiltration bedeutet freilich nicht, daß man auf die Breitenwirkung, auf die „Mobilisierung der Massen" für katholische Interessen verzichten will. Soweit soll auch die „parteipolitische Neutralität" der Kirche nicht führen. Denn: „Es bleibt wahr, daß in der pluralen Gesellschaft die Masse im Hintergrund nötig ist, um das Wirken der aktiven Minderheit aussichtsreich zu machen. Die Mobilisierung der katholischen Massen, wenn auch nur zu einem bestimmten Wahlvotum, muß als ultima ratio immer präsent sein, wenn Widerstände überwunden werden müssen." Diese Mobilisierung der katholischen Massen wird darum wie eh und je bei wichtigen Wahlentscheidungen zugunsten der CDU erfolgen.

Die Macht behaupten — aber wie?

Die erstaunliche Direktheit dieses Planes zur Neuformierung des politischen Katholizismus in Deutschland leitet sich ab von der Schwäche und Unsicherheit, von den Sorgen und Nöten der Verfasser und der ihnen Nahestehenden.

Es wird heute so viel von Geschlossenheit im deutschen Katholizismus gesprochen, als wolle man sie dadurch herbeirufen. Ein geschlossen wirkender politischer Katholizismus war in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren anzutreffen, solange Adenauer die Szene des Kalten Krieges beherrschte. Das war ein Katholizismus auf der Höhe seiner politischen Verfügungsgewalt, auch in Rechtsprechung und Auswärtigem Amt, in Bundeswehr und ultramontaner Wirtschaftsverflechtung tonangebend — was ihm seit Bismarck im Deutschen Reich versagt war. Dieser politische Katholizismus der für ihn so goldenen fünfziger Jahre gab sich in seinem öffentlichen Auftreten betont pluralistisch, in Gruppen und Interessen aufgefächert, in innenpolitische und staatstheoretische Zukunfts-Erörterungen verstrickt (homogenes katholisches Kleineuropa, oder heterogene westliche Allianz ausbauen?). Von einer kleinen Schar christlich-sozialer Katholiken abgesehen, war man sich aber im wesentlichen durchaus einig: die Macht zu behaupten in Staat und Gesellschaft. Und schon von daher war man allergisch gegen alles „Wiedergutmachungsgerede". Das sei unrealistisch, weil die Sowjetunion sich dazu nicht bereit finde und Moskaus Noten nur böse Verlockungen darstellten, aus der einträglichen Allianz des Westens neutralisiert entlassen zu werden. In den sechziger Jahren erst kam der härtere Bestandteil der Union zum Durch-

bruch, der sich im CDU-Wirtschaftsrat machtmäßig organisierte, die Kraft des Unternehmerflügels. Der Kampf Adenauers gegen den Nachfolger Erhard, den er nicht wünschte, war ein Kampf des katholisch-autoritären Politikers des Rheinbundesstaates gegen die neuen Herren aus der deutschnationalen Industrie, gegen das in neuer Form wiederkehrende vertraute Herrschaftssystem des Obrigkeitsstaates, repräsentiert durch Erhard, Schröder und Stoltenberg, zusammen mit dem ehemaligen Kolonialisten v. Hassel. Diese Mannschaft bewirkte nach dem Soziologen Dahrendorf die Re-Etablierung der „traditionellen deutschen Oberschicht in ihrer klassischen Zusammensetzung" [4]). Die Katholiken haben, so meinte unlängst ein maßgeblicher geistlicher Berater nicht ohne Selbstkritik, die ganze Zeit, in der sie dominierten, ihre Einflußzone gegen die Opposition verteidigt und Liberale, Sozialisten, Kommunisten bekämpft. Daß sie zur gegebenen Stunde, wenn nämlich die deutschnationalen Kräfte in den Unionsparteien das „Ende der Nachkriegszeit" wittern würden, dieser „alten Oberschicht" wieder die Spitzenpositionen räumen müßten, darauf allein, so meinte jener Geistliche, waren die Katholiken seltsamerweise nicht vorbereitet.

Das „gaullistische" Interesse

Man versuchte zunächst, den konfessionellen Gegensatz nicht offen auszuspielen, sondern den Widerstand gegen die Erhardmannschaft zu rationalisieren, ihm außen- und innenpolitische Alternativhaltungen abzugewinnen. Gegen das deutliche Drängen auf die deutsch-amerikanische Allianz stellten sich die betont katholischen Politiker als „Gaullisten", wobei Franz Josef Strauß der Wortführer, die CSU das Hauptlager war. Die deutschen „Gaullisten" haben indes, aus innenpolitischen Motiven opponierend, gegen den verhaßten Inbegriff der neuen „atlantischen" — im Kern richtig als deutschnational erkannten — Machtpolitik, gegen Außenminister Gerhard Schröder, nie so recht begriffen, daß de Gaulle ihre Politik des westeuropäischen Antikommunismus gar nicht wollte und aus französischem Interesse gar nicht wollen konnte. Die deutschen Katholiken um Strauß und Adenauer, Guttenberg und Jaeger, die diesem „Gaullismus" ganz unfranzösischer Prägung zuneigten, wollten sich aber auch gar nicht im einzelnen auseinandersetzen mit den neuen internationalen Lageanalysen aus Paris (was ihnen gutgetan hätte). Emil Franzel hat einmal, mit Billigung von Strauß, offen gesagt, worum es diesem selbsternannten „Gaullismus" aufgestörter deutscher Katholiken ging: „Unter den Gaullisten außerhalb Frankreichs gibt es zwei Gruppen: erstens die realpolitischen Anhänger der de Gaulleschen Politik. Sie sind die weniger interessante. Und zweitens die Zeitgenossen, für die es ein Trost ist, in zerfallenden Zeiten, deren Tendenz zwischen Monopolmacht und antistaatlicher Anarchie schwankt, noch den einen oder anderen lebendigen Menschen am Werke zu sehen, in dem sich natürliche Schöpfungsmacht verkörpert. Es ist nicht wichtig, ob man mit solchen Persönlichkeiten immer einig geht — wie oft hatte man Grund, mit Churchill nicht einverstanden zu sein! —, es ist wichtig, daß sie da sind. Es sind die Stellen, an denen das Feurigflüssige unmittelbarer Kraft aus dem Irrationalen in die Welt einströmt." [5])

De Gaulle wird also zum Idol des persönlichen autoritären Regiments aus katholischer Substanz, in der hymnischen Sprache Franzels „lebendiger Schöpfungskraft" gleichzusetzen. Der überschwengliche Ton sollte nicht dazu verführen, ein

---

4) Ralph Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, München 1965, S. 263.
5) „Deutsche Tagespost", Würzburg, v. 10. XI. 1965.

solches Votum — nach der Erkenntnis, daß Meinungen auch Tatsachen sind — etwa als Phantasterei abzutun. Die monarchische Sehnsucht im konservativen deutschen Katholizismus sah in de Gaulle gleichsam eine karolingische Gestalt des Einigers des Westens und in der Bedrängnis durch die alte nichtkatholische deutsche Oberschicht nunmehr auch einen rettenden Roland gegenüber der von Rheinbundesdenken leergefegten Szene des deutsch-amerikanischen Militärbündnisses. Der deutsche Gaullismus trug recht deutlich die Spuren katholischen politischen Ressentiments. Das machte ihn blind gegenüber einer Sicht der Tatsachen von de Gaulles Politik. Der Gaullismus als Waffe in der deutschen Innenpolitik war stumpf. Die katholischen Massen, soweit sie von der Kirche noch zu mobilisieren sind, hatten die komplizierte Oppositionsrolle gegenüber Erhard, die Opposition innerhalb der Union, nicht so schnell begriffen, wie das dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken lieb gewesen wäre. Man hatte ihnen zu lange und zu suggestiv die CDU als Volkspartei, in der Protestanten und Liberale am „christlichen Staat" mitarbeiteten, ins Bewußtsein gesenkt. Von diesem Leitbild kamen sie nicht recht los. Außerdem verfügt der politische Katholizismus nicht mehr über eine nennenswerte Tagespresse, nachdem er seine früheren Zeitungen weithin der CDU auslieferte, um im Vertrauen auf die immerwährende Dominanz in den Unionsparteien auch über den katholischen Raum hinaus zu wirken. So blieb zur Akzentuierung der „gaullistischen" Oppositionshaltung lediglich die CSU-Presse, angeführt vom „Bayernkurier", während die CDU-Presse, in Anpassung an den neuen Kurs in Bonn, Strauß und seinen Mannen mehr oder minder eine Störenfriedrolle bescheinigte, die nach der „Spiegel"-Affäre und dem dadurch erzwungenen Sturz als Verteidigungsminister Strauß auch tatsächlich in seinem persönlichen Auftreten bestimmte.

Spätestens, als de Gaulle erkennen ließ, daß er die Revision des Blockdenkens auch auf die NATO auszuweiten und damit zu exakter Konsequenz zu führen gedachte, kam der katholische Gaullismus in die Schere zwischen seiner Anbetung der charismatisch-autoritären Persönlichkeit des Generals und dem eigenen ideologisch zum unaufweichlichen Stereotyp gewordenen Antikommunismus. Da räumte man denn die Stellung der anti-atlantischen Fronde und gab erschrokken Treueversicherungen für die NATO ab.

Die Industrie hat ein eigenes Leitbild

Die Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wollen die Anpassung an die Erhard-Ära bis zur Durchdringung mit katholischen Leitbildern, katholischen Vorstellungen von Gemeinschaftsethik, in jeweils neutraler Verpackung, treiben. Doch die listenreiche Rechnung, deren Posten wir eingangs aufführten, ist schief. Denn längst hat die Industrie ihre exakte Kalkulation für die Formierte Gesellschaft getroffen. Es ist nicht wahr, daß die Industrie wertfrei argumentiert, daß sie keine Leitlinien für das menschliche Verhalten außerhalb von machtbedingten Zweckmäßigkeitserwägungen anzubieten hat, daß hier ein geistiges Vakuum entsteht, das vom politischen Katholizismus ausgefüllt werden kann. Das Bild der industriekonformen Leistungshierarchie, wie es in der Erhard-Ära angestrebt wird, beinhaltet eine Funktionalisierung des ganzen Menschen, einschließlich seines konsumgesteuerten Freizeitverhaltens. Die Industriekreise, die in der CDU die Macht erobert haben, werden katholische Ansätze nur als Dekor, aber nicht substantiell dulden. Die Besetzung des Wissenschaftsministe-

riums durch Gerhard Stoltenberg, den Krupp-Direktor (nachdem der Katholik Paul Mikat sich weigerte, das Ministerium anzunehmen, da er die Bedingungen nicht akzeptierte, unter denen er es führen sollte: den Zentralismus und die industriekonforme Ausrichtung) hat verdeutlicht, daß gerade auf dem Bildungssektor die Industrie keinerlei fremde Hilfe benötigt oder vertragen kann. Mikat jedenfalls war sich darüber klar, daß in dem Rahmen, in dem heute das Wissenschaftsministerium für Industrie, Militär und Staatszentralismus aktiviert wird, keine Chance für das „Prinzip der Infiltration" katholischer Auffassungen bestand. Genauso, wie er sich klar war, was man in Sachen Notstandsgesetze von ihm erwartete, als er das Bundesinnenministerium, das zweite Angebot von Erhards Westrick (der in ihm gern einen jungen attraktiven katholischen Appeaser in der Bundesregierung herausgestellt hätte) ebenfalls von sich wies und lieber in Düsseldorf Kultusminister blieb.

Die föderalistische Opposition

Mikat gehört zu jenen katholischen Föderalisten, die heute, im Zeichen des Erhardkurses, gegenüber dem Bund die Macht der Länder zu stärken suchen und in ihnen die Bastion gegen eine industriekonforme Gleichschaltung sehen, wie sie von der Bonner Zentrale im Zeichen der Formierten Gesellschaft angestrebt wird. Ähnlich wie Mikat schlug bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung 1965 auch Kurt Georg Kiesinger ein Bonner Ministeramt aus, dem Vernehmen nach das Amt des Außenministers. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat sich seitdem mehrfach als ein energischer Fürsprecher des föderalistischen Prinzips zu erkennen gegeben. Seine enge Beziehung zur kirchlichen Hierarchie ist bekannt. Um Kiesinger scharen sich heute diejenigen Katholiken, die dem Wirtschaftsrat der CDU folgende Gegenrechnung präsentieren: Der deutsche politische Katholizismus läßt sich nicht ohne weiteres auf den Wink von Wirtschaftsmagnaten im Staat ins zweite Glied drängen. Dieser Staat ist ein Bundesstaat, und die katholischen süd- und südwestdeutschen Länderministerpräsidenten können, unter Umständen zusammen mit ihren sozialdemokratischen Kollegen, der Allmacht der Bonner Zentrale recht empfindlich entgegenwirken. Die von Bonn geplante Finanzreform, die tiefgreifende Einschnitte in die Länderbefugnisse verlangt, kann nicht ohne die Zustimmung des Bundesrats vollzogen werden. CDU-Katholiken und Sozialdemokraten sind aber durchaus in der Lage, im Bundesrat die Finanzreform zu Fall zu bringen, selbst wenn sich im Plenum des Bundestages mit Billigung von Sozialdemokraten eine verfassungsändernde Mehrheit dafür als Frucht der Fraktionstaktik finden sollte. Der Bundesrat als Korrektiv einer zentralistischen Gleichschaltungspolitik harrt noch auf seine Stunde. Wenn beispielsweise so unterschiedliche Politiker wie Kiesinger und Zinn sich heute bereits zur Verteidigung des Föderalismus gegen das Attentat der Finanzreform finden, dann zeigt dies, daß im politischen Katholizismus — und in der CDU — eine Strömung an Boden gewinnt, die ihre wachsende Unzufriedenheit mit der „Wirtschaftspartei", zu der die CDU in Bonn sich gemausert hat, in aktive demokratische Aktion umzusetzen gewillt ist. Dazu zählen, neben einigen „Landesvätern", die verschiedensten Gruppen im Katholizismus, vor allem die „Europäer" und die christlich-sozialen Arbeitnehmergruppen. Ihre Delegierten, gut ein Drittel aller Parteitagsdelegierten, stimmten gegen Erhard bei der Wahl des Parteivorsitzenden. Der Arbeitnehmerabgeordnete Mick nannte den Industriekurs, wie er in Bonn die CDU nunmehr beherrsche, eine Krankheit, „schlimmer als Herzinfarkt", infolge der einseitigen Frontstellung gegen die Arbeiterschaft. Ähn-

lich hatte sich zuvor im „Rheinischen Merkur" der frühere CDU-Familienminister Wuermeling geäußert. Die Christliche Bergarbeitergewerkschaft an der Saar und der Christliche Metallarbeiterverband — die, noch aus der Zeit der Saar-Autonomie, die einzigen nennenswerten Stützen der Christlichen Gewerkschaften in der Bundesrepublik waren — lösten sich auf und empfahlen ihren Mitgliedern den Beitritt zum Deutschen Gewerkschaftsbund, weil die wirtschaftspolitische Frontstellung der Erhard-CDU, und die kirchliche Zustimmung dazu, es ihnen notwendig erscheinen ließ, zu demonstrieren, daß sie sich solidarisch mit der gesamten Arbeiterbewegung im Kampf für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer fühlen. Die Kirche bekam damit einen drastischen Anschauungsunterricht, daß ihre Haltung gegen die vom Konzil gebilligte Forderung nach Mitbestimmung sie der Arbeitnehmerschaft in Deutschland weiter entfremdet.

Doch auch außenpolitisch und in der Deutschlandpolitik haben sich im Lager der katholischen Föderalisten Vorstellungen gebildet, die, wenn sie beherzt vertreten werden, eine ernsthafte, aufs Grundsätzliche zielende Opposition zu dem bisher katholischerseits mehr emotional bekämpften Schröderkurs darstellen können. Daß die amerikanische Orientierung der Bonner Politik im Rahmen der internationalen Entwicklung auf eine Achse hinausläuft, die Westdeutschland vom übrigen Europa zu isolieren droht, hat man gerade in diesen Kreisen schmerzlich empfunden, wo man so große Hoffnungen auf den deutsch-französischen Freundschafts- und Konsultationsvertrag setzte. Es dauerte aber seine Zeit, bis man auch begriff, daß die deutsch-französische Freundschaft nur dann ein politischer Faktor bleiben kann, wenn sie eingebettet ist in eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik. Als nun der Dialog zwischen SPD und SED die Möglichkeiten einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten wieder ins Gespräch brachte, erinnerte man sich daran, daß auf katholisch-föderalistischer Seite dieser Plan — unter dem Gesichtspunkt eines konföderierten Bundes deutscher Länder zunächst bei Wahrung der Eigenstaatlichkeit von Bundesrepublik und DDR — schon in den fünfziger Jahren im Gespräch war. Das neue Interesse, das solche Erwägungen auch in Paris finden, ließ es dem Publizisten Paul Wilhelm Wenger — der zu Kiesingers Freundeskreis zählt — geraten erscheinen, den Konföderationsplan erneut zu debattieren als Alternative zur jede Deutschlandinitiative ablehnenden starren Bonner Außenpolitik. Eine französisch-russisch-italienische Politik der europäischen Sicherheit, die auch im Vatikan ernsthafte Resonanz findet, wie nicht erst der Besuch Gromykos bei Paul VI. zeigte, muß die außenpolitischen Ideen Wengers und Kiesingers gerade im katholischen Deutschland fördern und brächte somit zur gesellschaftspolitischen die europapolitische Komponente, womit sich diese Position und ihre Vertretung entschieden abrunden würde. Heck und seine Freunde, die indes zumindest vorerst weiterhin die offizielle Leitlinie des politischen Katholizismus in Anpassung an den Wirtschaftsrat der CDU und in Unterordnung unter den Industriedirigismus repräsentieren, mobilisieren gegen solche selbständigen Regungen den antikommunistischen Affekt.

Funktion des Antikommunismus

Dazu hat sich Guttenberg in Bamberg apodiktisch vor den katholischen Männern geäußert: „In ständig wachsendem Maße hören wir leider aus unserem eigenen Land und aus dem Bereich unserer Freunde im Westen den Ruf nach einem Wandel unserer Deutschlandpolitik. Man rät uns — direkt oder indirekt, offen oder versteckt —, die Kommunisten in der Zone wie unsere gleichberechtigten Partner

zu behandeln. Und ich sage leider nicht zuviel, wenn ich feststelle, daß solche abwegigen Ratschläge sogar da und dort in unseren eigenen Reihen Nachbeter finden." Dazu aber entgegnet Guttenberg, „daß wir mehr denn je und lauter denn je in die Welt hinausrufen, daß uns an der Freiheit unseres Volkes zuerst und vor allem liegt — nicht aber an irgendwelchen Einheits-Konstruktionen, die diese Freiheit nur weiter gefährden können. Deshalb sind wir heute diejenigen, die sich mit aller Kraft dagegen wehren, daß den kommunistischen Unterdrückern unseres Volkes drüben das Recht zugestanden werden soll, einen deutschen Staat zu repräsentieren." Guttenberg möchte einen Wettlauf mit der Erhardmannschaft, wer den strammsten Antikommunismus und die unversöhnlichste Haltung einnimmt.

Augstein hat einmal in einem Streitgespräch dem Baron vorgeworfen, er verkrampfe sich, er leide an einem Trauma, wenn er auf seinen Antikommunismus zu sprechen komme; es sei der Abscheu des Standesherrn gegen den Sozialismus schlechthin. Guttenberg antwortete gereizt, diese Unterstellung nehme er nicht an. Es gehe gar nicht um die soziale Frage, die sei in der Bundesrepublik glänzend gelöst, es gehe immer nur um den ideologischen Kampf. Dieser Kampf steht für Guttenberg nach wie vor unter dem Zeichen einer Kreuzzugspflicht, zu der ihn offenbar aus der Tiefe der eigenen geschichtlichen Position seine Ahnen noch armieren. Aber wie das Syndrom sich auch gebildet haben mag, es ist vorhanden. Guttenberg hat es auf das deutsche Episkopat — nicht auf alle seine Exzellenzen und Eminenzen gewiß, aber doch auf die wesentlichen, die bestimmenden — übertragen können. Es gibt keine Aussprache über politische Fragen mit führenden deutschen katholischen Klerikern, wo man sich nicht auf den Baron von Guttenberg beruft.

Die heutige katholische Position

Wie stellt sich demnach die katholische Position heute dar? Es gibt etwa sechzig bis achtzig katholische Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU, die gegen die jetzige Bonner Koalition eingestellt sind. Davon gehören etwa vierzig bis fünfzig Abgeordnete den Sozialausschüssen der CDU/CSU an, die übrigen kommen meist aus Führungspositionen katholischer Verbände und Institutionen. Die anderen Katholiken im Bundestag folgen, vertrauend auf den Organisator Heck und auf Exponenten wie Jaeger, Lücke und Katzer im Kabinett, dem Erhardkurs. Wie schon einmal in seinem bewegten Leben ist Sonderminister Heinrich Krone auch heute wieder, im Zusammenspiel mit dem gleichfalls katholisch getauften Erhard-Adlatus Westrick, mit der Liquidation der verblichenen Führungsrolle der Katholiken in Bonn beschäftigt und bei der Eingliederung der Katholiken ins zweite Glied der Formierten Gesellschaft Heck und Barzel behilflich.

Eine Tagung der Katholischen Akademie Bayerns in München, die unter der Leitung von Monsignore Forster als Treffpunkt von Gesprächspartnern aus Kirche, Wirtschaft und Politik besondere Bedeutung gewann, hat kürzlich ein besonders prägnantes Beispiel für das von Bonn befürwortete Bündnis des Katholizismus mit der Industrie- und Finanzwelt im Zeichen des Erhardkurses geliefert. Staatssekretär Prof. Hettlage sagte dabei, der „sogenannte Pluralismus" unserer Demokratie „hemmt die politische Entscheidungen" [6]). Er plädierte für die Formierte Gesellschaft, da sie die „Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft" erbringen werde. Prof. Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, lang-

[6]) Dies und folgende Zitate: „Saarbrücker Landeszeitung", Saarbrücken, v. 30. III. 1966.

jähriger Staatssekretär Erhards, ergänzte Hettlage. Müller-Armack, der sich heute neben seiner akademischen Lehrtätigkeit in Köln ganz auf die Beratung des Erhard-teams in gesellschaftspolitischen Grundfragen konzentriert, sagte in München: „Die Wohlstandsgesellschaft ist in ihrem Bestand gefährdet, wenn nicht die geistige und religiöse Grundhaltung einen Damm gegen den politischen und weltanschaulichen Nihilismus bildet." Er betonte, die Formierte Gesellschaft ermögliche erst, daß der Staat als „Regler der Gruppeninteressen auftritt". Hier wird der Katholizismus angesprochen in seiner ihm zugedachten Funktion, bei der „geregelten" Abschaffung der pluralistischen Demokratie die weltanschauliche Absicherung mitzuübernehmen. Dabei sollte den Katholiken aber bewußt bleiben, daß eine Gleichsetzung von Staat, Gesellschaft und Industriehierarchie das Gegenteil einer subsidiären Gesellschaftsordnung ist, wie sie katholischem Ordnungsdenken entprechen müßte.

Kann der deutsche Katholizismus, kann insbesondere die heute noch weitgehend der Bonner CDU folgende kirchliche Hierarchie sich auf die Dauer immun machen gegen die Belastung von zwei Seiten, der ihre industriekonforme Zustimmung zur Formierten Gesellschaft ausgesetzt ist? Kann sie in der Hoffnung, das ideologische Band für diese Formierte Gesellschaft darzustellen und somit erneut als Helferin deutsch-nationaler, allenfalls deutsch-amerikanischer Machtpolitik eine „unentbehrliche" Rolle zu spielen, sich in einen Gegensatz zu der um Überwindung des Blockdenkens bemühten Politik des Vatikans und der von Frankreich mitinitiierten europäischen Sicherheitspolitik stellen? Kann sie sich für eine Politik, welche die Arbeitnehmer aus der Mitbestimmung an Politik und Wirtschaft ausklammern will, gegen die fortschrittlichen Erkenntnisse des Konzils bedingungslos stark machen? Wird im deutschen Katholizismus der vielfältige Groll gegen eine in allen wesentlichen Punkten mit katholischen Auffassungen kollidierende Gesellschafts- und Militärmachtpolitik allein durch die Beschwörung eines fanatischen Antikommunismus zu überspielen sein? Das sind die Fragen. Die Zuversicht von Heck, Barzel und den geistlichen Befürwortern dieses Kurses gründet auf dem Gehorsam deutscher Katholiken gegenüber autoritären Weisungen. Aber Kirche und Wirtschaftsgesellschaft, sagt Prof. von Nell-Breuning, verbindet nur dann ein demokratischer Impuls, wenn sie auf die Mündigkeit des Menschen abzielen, in allen seinen Lebensbezügen. Wird man stattdessen wie Carl Amery in seinem Buch über die autoritären Neigungen, die Kirche und Nationalsozialismus zusammenbrachten, auch über das kommende Kapitel des deutschen Katholizismus schreiben müssen: Die Kapitulation?

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

für die Notwendigkeit einer neuen Außenpolitik der Bundesrepublik zu finden. Kommen wird es zu einer neuen Außenpolitik aber nur dann, wenn der Öffentlichkeit die Freiheiten erhalten bleiben, die sie zur Einflußnahme auf die Entscheidungen der Regierung braucht, die ihr aber gerade durch die Notstandsgesetze genommen werden sollen. — Gelingt die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung nicht, dann ziehen diese Gesetze den Schlußstrich unter den zweiten Versuch zu einer deutschen Demokratie. Den Kräften, die aus der Geschichte offenbar nichts gelernt haben, stände im Innern unseres Landes kein ernstliches Hindernis mehr im Wege. Die Tür zur totalen Militarisierung und zu neuen Abenteuern stände dann offen.

Abgeschlossen am 2. Mai 1966

Kurt Beutler

Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik

Prof. Wolfgang Abendroth zu seinem 60. Geburtstag am 2. Mai gewidmet

„Es gibt zwei Wege, ein Volk zu gestalten: die Politik und die Pädagogik" [1]). Dieser Satz von Hermann Nohl aus dem Vorwort zur 2. Auflage seines Hauptwerks vom Jahr 1935 enthält zwei Behauptungen: 1. daß Pädagogik und Politik offenbar um ein und denselben Gegenstand konkurrieren, und 2. daß das Verhältnis dieser beiden Bereiche nicht vermittelt ist. Die nachfolgenden Sätze Nohls erhärten diesen Doppelaspekt: „Was in diesem Buch dargestellt wird, ist die Geschichte der leidenschaftlichen Anstrengung unserer Nation seit dem Wissen um die Kulturkrise, das Problem ihres neuen Volkswerdens auf dem pädagogischen Wege zu lösen. Dieser Versuch ist nicht geglückt — jeder Ansatz endete mit dem Zerfall in die Parteien, der gerade überwunden werden sollte, und die Politik nahm schließlich die Aufgabe in ihre Hände [2])".

Wenn man bedenkt, welche Aktivität sowohl in die pädagogische Theorie als auch in die pädagogische Praxis seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1933 investiert wurde [3]), so müssen Nohls Sätze als nichts weniger denn das Eingeständnis in die völlige Nutzlosigkeit der pädagogischen Bemühungen gewertet werden. Die erste Behauptung bricht mit der herrschenden Lehre der

---

1) Herman Nohl: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Zitiert nach der unveränderten 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1961. S. 228.

2) Ebenda, S. 228.

3) Vgl. Albert Reble: Geschichte der Pädagogik. 4. Aufl., Stuttgart 1959. S. 291.

Erziehungswissenschaft bis 1933, während die zweite noch ganz der Tradition einer Erziehungstheorie verpflichtet ist, die einen spezifisch pädagogischen Gegenstand postuliert und die mit Nohls Begriff des „pädagogischen Bezugs" [4]) glaubt, eine ihrer wissenschaftskonstituierenden Grundkategorien gefunden zu haben.

Trotz Pestalozzi, trotz Fichte und trotz Schleiermacher war die deutsche Erziehungstheorie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts so sehr der einseitig individualistischen Perspektive verfallen, daß sie dem politischen Ereignis von 1933 nichts entgegenzustellen hatte. Alle individualistischen Kräfte gliederten sich ohne Eigenwillen der politischen Massenbewegung aktiv oder passiv ein. Es bedurfte nicht einmal einer Transformation, denn emotionale Eigenschaften wie Begeisterungsfähigkeit und Idealstreben, Führertum und Gefolgschaft waren im pädagogischen Feld schon vorgebildet, am ausgeprägtesten in der Jugendbewegung [5]). Und die Vorstellung einer „Autonomie" der Pädagogik, wie sie Georg Geißler richtungweisend für die pädagogische Theorie entwickelt hatte [6]), erwies sich als schlichte Selbsttäuschung, die ihren Grund in dem zwar bis heute von der herrschenden Lehre innerhalb der Erziehungswissenschaft nicht eingestandenen, aber eben tatsächlich vorhandenen moralischen Normcharakter der Pädagogik hatte. Das zeigten Nohls obige Sätze eklatant, indem sie den Bereich der Politik als den Mitbewerber um den bis dahin doch als spezifisch pädagogisch behaupteten Gegenstand zu erkennen geben, andererseits aber im Festhalten an der unvermittelten Alternative konsequent den Individualitätsirrtum zu Ende führen.

Was Nohl, Weniger, Spranger und andere pädagogische Theoretiker vor 1933 „verstehend" im Sinne Diltheys und vermeintlich realistisch zu beschreiben meinten, erhält nun sein normatives Eingeständnis, zugleich auch die ausdrückliche Unterordnung der „autonomen" Pädagogik unter das Diktat einer faschistischen Politik: „Damit ist der große Sinn dieser Bewegung und ihr echter Wille aber nicht vergebens gewesen. Wenn unser neuer Staat mit gutem Grund sein erstes und entscheidendes Mittel in einer diktatorischen Massenführung hat, die auch den Letzten noch national erweckt und bewußt macht und unserm Volk die Einheit seines Gefüges wiedergibt, wobei dann ganz neue pädagogische Aufgaben und Möglichkeiten erscheinen, so werden die wahren Einsichten der pädagogischen Bewegung in irgendeiner Gestalt doch in diese Arbeit eingehen müssen [7])."

Die pädagogische Theorie hatte eine Flucht in die Illusion vollzogen, sie meinte durch die Definition eines besonderen Bereichs des Pädagogischen „das Politische" verbannt zu haben. Statt die Realität der Politik zu konstatieren und ihren Einfluß auf die Pädagogik zu untersuchen, um dann auch die Gefahren

---

4) Nohl, a.a.O., S. 130—140.

5) Vgl. Harry Pross: Jugend. Eros. Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände. Bern, München, Wien 1964, insbes. S. 345—361.

6) Vgl. Georg Geißler: Die Autonomie der Pädagogik. (Göttinger Studien zur Pädagogik, Heft 13). Berlin und Leipzig 1929. An diesem Autonomiebegriff ändert sich auch nichts in seiner qualitativen Aussage, wenn Erich Weniger mit der Bezeichnung „Relative Autonomie" (vgl. Erich Weniger: Die Autonomie der Pädagogik [Aufsatz von 1929, wieder abgedruckt] in: Erich Weniger, Die Eigenständigkeit der Erziehung in Theorie und Praxis. Probleme der akademischen Lehrerbildung. Weinheim/Bergstraße o. J. [1952], S. 71—87.) arbeitet und ihm darin die Mehrheit der Universitätspädagogen gefolgt ist, denn mit „relativ" soll nur gesagt werden, daß „innerhalb der menschlichen Ordnungen kein Absolutheitsanspruch erhoben werden kann" (Weniger, a.a.O., S. 72), was aber dadurch umso mehr die Abgrenzung gegenüber anderen „relativ autonomen" Bereichen wie z. B. der Politik und Gesellschaft festlegt und gerade die Interdependenz der Phänomene bestreitet.

7) Nohl, a.a.O., S. 228

Karl Jaspers

Wohin treibt die Bundesrepublik ?

Tatsachen Gefahren Chancen

288 Seiten. Broschiert

DM 9.80

Ein konservativer, aufs Bewahren europäischer Traditionen gerichteter Geist wägt das Erreichte und findet es zu leicht ... (Rudolf Augstein)

Piper

antidemokratischer Tendenz bestimmter kultur- und schulpolitischer Vorgänge — dort ist ja unleugbar die Verkettung von Pädagogik und Politik gegeben (allerdings nicht nur dort) — aufzudecken, begnügten sich die führenden Pädagogen in den vagen Versicherungen einer spezifisch pädagogischen Sphäre. Das Verhängnis besteht in einem rational unkontrollierten Verdrängungsvorgang von Realitäten, deren Kenntnisnahme zu verhindern gesucht wird, weil sie zu unangenehmen Einsichten und Konsequenzen hätte führen müssen. Aber das Ignorieren von Tatbeständen hat noch niemals diese beseitigt, sondern ihnen nur den Weg zu ihrer uneingeschränkten Wirkung vorbereitet.

Die Illusion des pädagogischen Konservativismus erhielt sich auch über das Jahr 1945 hinaus bis heute, und Erich Weniger formuliert nur den Standpunkt der orthodoxen Lehre, wenn er prätentiert: „Denken, Tun und Ethos stehen in einem strukturierten Zusammenhang, der durch die Geschichte hindurchgreift. Dabei bleibt aber doch die menschliche Freiheit bestehen, als Freiheit des Gewissens, als Freiheit der Wahl, vor allem als Freiheit der Entscheidung in der konkreten Situation im Heute und Hier [8])." Die Frage, wo diese Freiheiten zwischen 1933 und 1945 geblieben sind, wird nicht gestellt, statt dessen wird nur um so starrer am alten Autonomie-Prinzip festgehalten.

Peter Roeder gibt in seiner Kritik des in der Erziehungswissenschaft gängigen, der realen Erfahrung entrückten Bildungsbegriffs [9]) eine treffende Erklärung für die ungerechtfertigte Legitimation des „Autonomie"-Begriffs: „Das Trauma, das bedingungslose Anpassung an den autoritären Staat hinterlassen hat, wird Vorwurf gegen die Soziologie, die diesen Prozeß ans Licht hebt; die Analyse, die die Manipulierbarkeit des Individuums erweist, selbst als Manipulation verworfen. In diesem Verzicht auf die Reflexion der gesellschaftlichen Vermittlung individuellen Lebens liegt die Gefahr, der nicht einmal mehr bedachten Anpassung um so blinder anheimzufallen. Er führt zu leicht dazu, die Tatsache der Unterdrückung durch den Schein der als Bildung erlangten Autonomie zu vergolden [10])."

Daß die Erziehungswissenschaft nach 1945 zu keinem Neubeginn fand, sondern aus ihrem Versagen nichts lernte, im Gegenteil, gedanklich genau dort ansetzte, wo die Weimarer Republik aufgehört hatte (bzw. auch das Dritte Reich), gehört zum Erstaunlichsten, was sich innerhalb der deutschen Universität kundgetan hat. Aber im Grunde ist es nur für denjenigen erstaunlich, der meint, wissenschaftliche Theorie entwickele sich unabhängig von der politischen Realtität. Das Gegenteil ist der Fall: Soviel sich die Wissenschaft darauf zugute hält, von der gerade praktizierten Politik unabhängig zu sein, so sehr versteht es umgekehrt diese Politik (die sich ganz anders „autonom" dünkt), auf die Wissenschaft Einfluß zu nehmen. Und das nicht ohne Erfolg, denn bei theoretischer Aufrechterhaltung des Unabhängigkeitsprinzips vollzieht sich gleichzeitig, und das jetzt nicht mehr theoretisch reflektiert, die Aufnahme politischer Zielsetzungen in die wissenschaftliche Forschung. Die geleugnete Abhängigkeit von der Politik vollzieht sich nun um so totaler insofern, als das ideologische Dogma das falsche Bewußtsein der Autonomie erhält. Es findet ein Anpassungsprozeß statt.

---

8) Erich Weniger: Die Pädagogik in ihrem Selbstverständnis heute [Vortrag von 1950, wieder abgedruckt] in: Erich Weniger: Die Eigenständigkeit der Erziehung in Theorie und Praxis. Probleme der akademischen Lehrerbildung. Weinheim/Bergstraße o.J. [1952], S. 170.

9) Peter Roeder: Bildung und Lernen, in: Pädagogische Rundschau, 16. Jg. (1962), H. 4, S. 258 ff.

10) Ebenda, S. 264.

Daher vollzog sich im Jahr der „nationalen Erhebung" der Übergang für viele Wissenschaftler auch so reibungslos, wie übrigens der Wandel zwölf Jahre später, als die importierte Demokratie ebenso schnell amalgamiert wurde.

Unterstützend wirkte auf diesen geradezu selbstverständlich und fast unauffällig vollzogenen Anpassungsvorgang die Terminologie, die mit ihren hoch abstrakten, der empirischen Realität entzogenen Chiffren zur unpolitischen Pose geradezu aufforderte. So konnte es zu keiner selbstkritischen Verarbeitung der Vergangenheit kommen, und die maßgeblichen erziehungswissenschaftlichen Theorien wehren wie eh und je soziale und politische Aspekte als nichtpädagogisch, „soziologistisch" ab. Statt dessen werden das Individuum und die kleine Gemeinschaft des Ich-Du-Bezugs im „Dialog" und in der „Begegnung" von neuem als die „eigentliche" Realität beschrieben, die die „vordergründige", empirisch wahrnehmbare metaphysisch überragt und vergessen läßt. Das Vokabular wurde lediglich durch einige Heidegger-Existentialismen ergänzt [11]). Nur eine kleine Minderheit jüngerer pädagogischer Forscher wendet sich gegen die empiriefeindliche, philosophisch-theologisch fundierte Mehrheits-Pädagogik [12]), so Klaus Mollenhauer, wenn er schreibt: „Die Geschichte hat gezeigt, daß der Optimismus ungerechtfertigt war. Die Kombination von rationalem, gesellschaftskritischem Engagement und vorpolitischer Kultivierung der Individualität wurde widersprüchlich in einer gesellschaftlichen Situation, in der das zweite Moment nur zu retten war, wenn man auf die kritisch-rationale Bewältigung des Verhältnisses von Subjekt und Gesellschaft verzichtete, d. h. wenn man unpolitisch wurde und alle soziologischen Implikationen aus der Bildungstheorie entließ. Und eben dies trat ein ... Die ursprünglich in den Bildungsbegriff investierte Rationalität wurde aufgegeben zugunsten einer Assoziation mit konservativ-bürgerlichen Ideologien. Die Praxis flüchtete in die Geborgenheit der unpolitischen pädagogischen Provinz; die Theorie in eine Explikation des nun irrationalistischen Restbegriffs von Bildung [13])."

Wichtig erscheint uns an der Kritik Roeders und Mollenhauers, daß sie zeigt, wie eine Theorie der Pädagogik, die Bildung jenseits der sozialen Wirklichkeit im „Individuum" verankert, den von Menschen in verschiedenen Gruppen vollzogenen Wechselbezug von Sozialität und Individualität gegenständlich nicht erfaßt.

Daß die meisten pädagogischen Klassiker ihre Auffassung nicht als „genuin" erzieherische entwickelt haben, sondern zu ihren rein pädagogisch scheinenden Konzeptionen fanden, nachdem sie keine Möglichkeit sahen, ihre Grundfrage nach der richtigen Gestaltung der Gesellschaft auf der politisch-sozialen Ebene in Angriff zu nehmen, wird von der Erziehungswissenschaft bis zur Gegenwart nur ausnahmsweise zugegeben. Nicht daß pädagogische Vorstellungen bei ursprünglichen Sozialtheoretikern und Sozialreformern außerhalb des Gedankenkreises gelegen hätten, wohl aber waren sie in ihrem Ursprung relativiert durch das politisch-soziale Konzept.

Rousseau ist hierfür das klassische Beispiel, weil bei ihm der gesellschaftliche Aspekt und der pädagogische Gesichtspunkt noch geradezu gleichgewichtig

---

11) Vgl. zur sprachlichen Seite dieses Vorgangs die Kritik von Theodor W. Adorno: Jargon der Eigentlichkeit, in: Neue Rundschau. 74. Jg. (1963), H. 3, S. 371 ff.

12) Vgl. Wilhelm Flitner: Das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft in der Gegenwart. 2. Aufl., Heidelberg 1958. Die Abschnitte über die empirische Forschung (S. 8—13) liefern ein gar nicht selten vorkommendes Beispiel des anti-empirischen und zugleich anti-rationalen Wissenschaftsstandpunktes.

13) Klaus Mollenhauer: Pädagogik und Rationalität, in: Die deutsche Schule, 56. Jg. (1964), H. 12, S. 671.

erscheinen können, denn ihm ist es trotz nachheriger Bücherverbrennung möglich, als „Citoyen de Genève", wie er sich mit republikanischem Bürgerstolz nennt, seine Vorstellungen über Staat und Gesellschaft zu formulieren, denn die politischen Bedingungen sind für ihn verhältnismäßig günstig. Das muß selbst Heinrich Weinstock in der Einleitung zu einer deutschen Ausgabe des „Contrat Social" zugeben: „Nun ist es freilich so, daß die beiden Aufgaben von Erziehungs- und Gesellschaftsreform nur gesondert auszuarbeiten und darzustellen sind. Aber da Gesellschaftlichkeit ein konstituierender Bezug der Individualität ist, muß doch die um die Person besorgte Erziehung sich der sozialen Verantwortung und die um die Gesellschaftsordnung bemühte Politik sich der personellen Rücksicht bewußt sein, also die je andere Seite ständig mitbedenken, wenn nicht beide Bemühungen grund- und haltlos werden wollen [14])."

Für Pestalozzi gilt im Prinzip das gleiche. Auch wenn die bisherige Pestalozzi-Forschung den Eindruck erzeugt, als seien Pestalozzis sozialreformerische Absichten, die er vor 1800 neben pädagogischen Darlegungen äußert, nur periphere und nur den pädagogischen Entwurf verwirrende Gedanken eines „genialen", nicht streng systematischen Denkers, so gesteht doch dieselbe Pestalozzi-Forschung ein immerhin sozialpädagogisches Anliegen zu. Daß das politische Konzept Pestalozzis weitgehend unentdeckt blieb, liegt nur zum geringeren Teil an der Schwierigkeit, das zunächst sehr verworren aussehende Werk Pestalozzis aufzuschlüsseln, mehr an dem teils phänomenologischen, teils ideengeschichtlichen Ansatz der Pestalozzi-Forschung. Alfred Rufer [15]) und Hans Barth [16]) haben den politischen Aspekt Pestalozzis betont. Auf ihre Vorarbeit stützt sich Adalbert Rang, der mit der durchgehend angewandten realgeschichtlichen Methode eine Neuorientierung für die Interpretation und Beurteilung Pestalozzis gebracht hat [17]). So kann Rang in seiner sorgfältigen Analyse nicht nur nachweisen, daß in Pestalozzis Werk pädagogische und politische Gesichtspunkte ständig ineinandergreifen, sondern auch, warum in der frühen vorrevolutionären Phase der politische Aspekt gleichgewichtig mit dem pädagogischen erscheint, während in der mittleren Periode der politische, in der späten Periode der pädagogische vorherrscht.

Entscheidend bleibt für unsere Betrachtung der Wechselbezug von Pädagogik und Politik, so wenn Adalbert Rang am Ende der Arbeit als eine seiner Thesen formuliert: „Es gehört zu Pestalozzis Größe, daß in seinem Denken nicht nur das Öffentliche am Individuellen, sondern umgekehrt auch das Individuelle am Politisch-Gesellschaftlichen ein Korrektiv hat [18])." „Die Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, daß jede Tendenz, die politisch ‚äußere' ebenso wie die individualistisch ‚innerliche', die andere ausschließen müßte, sobald sie konsequent bis ans Ende durchgeführt würde. Jeweils durch die andere vor eben dieser Konsequenz bewahrt, sind beide im Werk Pestalozzis, ohne daß dies von ihm beabsichtigt wäre, als wechselseitige Korrektive aufeinander verwiesen [19])." Aber genau diese wechselseitigen Korrektive bei Pestalozzi und den anderen

---

14) J. J. Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes. Hrsg. und eingeleitet von Heinrich Weinstock. Stuttgart 1958. S. 8 f.

15) Alfred Rufer: Pestalozzi, die französische Revolution und die Helvetik. Bern 1928.

16) Hans Barth: Pestalozzis Philosophie der Politik. Erlenbach und Zürich 1954.

17) Adalbert Rang: Pestalozzi und die Revolution. Zum Verhältnis politischen und pädagogischen Denkens bei Pestalozzi. Phil. Diss. (MS) Frankfurt a. M. 1963.

18) Ebenda, S. 259.

19) Rang, a.a.O., S. 257

pädagogischen Klassikern aufzuzeigen, hat die historische Forschung dieser Erziehungswissenschaft weitgehend versäumt, weil das Autonomie-Verdikt auch hier einer Erweiterung der Perspektive entgegenstand.

Der historischen Verengung entspricht bei der systematischen Argumentation die einseitige Akzentuierung des individuellen Aspekts, und zwar einmal methodisch, zum anderen als Ziel des Gegenstands.

Es wird ein spezifisch pädagogisches Denken behauptet, gerne auch als „engagiertes Denken" bezeichnet[20]), ohne daß dieses durch den Nachweis eigener Methoden begründet werden würde. Tatsächlich bestimmen dieses Denken wesentlich Methoden, wie sie in manchen anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen auch angewandt, ja von diesen sogar entlehnt worden sind: die phänomenologische, die ideengeschichtliche und die spekulative. So erweist sich die „Autonomie" demnach auch methodologisch als eine Chimäre.

Und dort, wo sich das „spezifisch pädagogische" Denken zu seinem Gegenstand und zu den diesem zugeordneten Zielen äußert, meint es das „pädagogisch Eigentliche" zugunsten sachfremder Ziele aufgeben zu müssen, denen der Zögling ausgeliefert werde, wenn politisch-gesellschaftliche Komponenten in die Betrachtung einbezogen werden würden. Der „pädagogische Bezug" als Gegenstand derart eng definiert, unterstellt eine von der gesellschaftlichen und politischen Realität getrennte Erziehungsgemeinschaft. Daran ändert auch nichts, wenn ein „Kastalien" expressis verbis geleugnet wird. Man postuliert das Tradiieren von Kultur zwar als einen Teil der Erziehung und Bildung und als ein Ziel der in „pädagogischer Verantwortung" betriebenen Tätigkeit. Aber dieses autonom gesetzte Ziel bleibt wie die Autonomie im ganzen eine trügerische Norm mit dem Anspruch auf Faktizität. Kultur bleibt dabei ein System philosophischer Ideen und antiquierter Traditionsfesseln, mit denen man — schon lange mit ihnen vertraut — sich selbst identifiziert und die man als tradiierungswert für eine neue Generation erachtet. Solche Kulturtradiierung schließt genau zu bezeichnende Realitäten aus, deren eine das politische Umfeld ist, in das der Zögling hineinwächst.

Aus diesem Grund ist es nicht nur möglich, sondern geboten, bei allen pädagogischen Überlegungen nicht-individuelle Fakten mit einzubeziehen. Pädagogisch bleibt eine Theorie auch dann, wenn sie in ihre Analyse Machtverhältnisse einbezieht, mit denen der Zögling sich auseinanderzusetzen hat. Ein Ausliefern des Zöglings an sachfremde Ziele findet nur dort statt, wo es die Pädagogik peinlich vermieden hat, dem Zögling im Bildungsvorgang die ganze Wirklichkeit, also auch die politisch-gesellschaftlichen Machtverhältnisse, zu erschließen. Das pädagogische Reinheitsmotiv entpuppt sich dann als eine Verschleierung dessen, was den Zögling erwartet, und nur dadurch wird er nicht-pädagogischen Zielen ausgeliefert. Die Chance erziehungswissenschaftlicher Kritik „der Willkür gesellschaftlicher Interessen zu überantworten, weil ihre Präzisierung mit einem puritanischen Wissenschaftsbegriff nicht mehr zu vereinbaren sei, hieße, die Wissenschaft in ihren Ergebnissen der zufälligen Normativität der Ideologien überlassen, hieße, die Rationalität an einer Stelle aufgeben, wo sie sich überhaupt erst zu bewähren hätte: die Verantwortung

---

20) Solches „engagierte Denken" ist eine der vielen existentialistischen Anleihen, um die sich die Erziehungswissenschaft nach 1945 bereichert, statt düpiert fühlt.

des Wissenschaftlers als Verantwortung für die Realisierung von Mündigkeit *schließt die Verantwortung für die Praxis mit ein* [21])."

Soll die junge Generation nicht nur als der Fortsetzer alter Irrtümer und Interessen aufwachsen, so bedarf es in Theorie und Praxis einer Pädagogik, die nicht peinlich darauf bedacht ist, ihren spezifisch eigenen Bereich zu konstituieren, d. h. einer gesellschaftskritischen Pädagogik, welche die Politik als Machtfeld sozialer Gegensätze nicht leugnet, vielmehr bewußt einbezieht. Eine kritische Überprüfung der methodischen Voraussetzungen der Erziehungswissenschaft könnte dann auch zu dem Ergebnis führen, daß diese Disziplin nicht als der bloße Reflex bestehender gesellschaftlich-politischer Verhältnisse erscheint. Dem muß im Feld pädagogischer Praxis ein Bildungsprozeß entsprechen, der sich nicht in einer ideellen, unpolitischen Sphäre vollzieht, denn unpolitisches Verhalten ist hinsichtlich seiner Wirkung keineswegs unpolitisch, sondern sanktioniert nur die existierenden Machtverhältnisse, stellt sich also — oft sogar nicht ohne Absicht — in den Dienst konservativer Gesinnung und Machtausübung. Noch und gerade in der Depravation des Verhältnisses von Pädagogik und Politik erweist sich die Vermittlung, die zwischen diesen beiden angeblich voneinander getrennten Bereichen besteht.

Es könnte nun als Einwand gegen uns formuliert werden, daß es seit 1945 in Form der politischen Bildung einen theoretisch und praktisch gestalteten Bereich gibt, in dem Pädagogik und Politik wechselseitig aufeinanderbezogen sind. Wir halten die politische Bildung durchaus für geeignet, eine neue methodologische Diskussion über die Fundierung der Erziehungswissenschaft vorzubereiten. Die der politischen Bildung innewohnende Eigengesetzlichkeit und Sachlogik drängt durchaus auf einen wechselseitigen Bezug von Pädagogik und Politik. Dies setzt aber eine sozioökonomische Betrachtungsweise innerhalb der politischen Bildung voraus, was bis jetzt noch immer der Ausnahmefall gegenüber einem ethisch-historisierenden Ansatz ist, dem eine ideologische Tendenz inhärent ist, *d. h. der selbst in Abhängigkeit von der gegenwärtigen politischen Realität*, und das heißt vor allem der Verfassungswirklichkeit, steht, ohne diese Gefahr zu reflektieren. Und damit kommt eine derartige politische Bildung methodologisch einer sich von der Politik unabhängig dünkenden Pädagogik näher als einer Pädagogik, welche ihre Abhängigkeit zu reflektieren imstande ist.

Viele Lehrbücher für Gemeinschafts-, bzw. Sozialkunde zeugen ebenso wie gewisse erziehungswissenschaftliche Theorien der politischen Bildung von realitätsbeschönigenden, im Effekt antidemokratischen Tendenzen. „Organische" Staatsvorstellungen, formal-institutionelle, und das heißt unsoziologische, Analysen sowie vom Antikomunismus affizierte Geschichtsbilder sind nicht gerade geeignet, ein kritisch-demokratisches Staatsbewußtsein bei der Jugend zu fördern.

Darüber hinaus ist es sehr die Frage, ob dieses so oft apostrophierte Ziel demokratischer Bewußtseinsbildung und Handlungsbereitschaft in Wahrheit von allen gewollt ist, die sich mit politischer Bildung beschäftigen. Die neuesten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet sind nicht dazu angetan, sich einem hoffnungsvollen Optimismus hinzugeben, so wenn Paul Röhrig für die politische Bildung empfiehlt, daß der Schüler sich der Führung „besonnener Lehrer und

[21]) Mollenhauer, a.a.O., S. 673.

Erzieher und schließlich dem Zuspruch des Seins anvertraut" [22]). Eine solche auf autoritäre Potenzen gestützte politische Bildung leistet in gefährlicher Weise einem antidemokratischen System Vorschub. Und wenn Rudolf Raasch meint, der Nationalsozialismus habe einem geistig-seelischen Mangelbedürfnis entsprochen, weil die Weimarer Republik nicht „die volkliche und nationale Gemeinschaft als Ort der einzelmenschlichen Selbstverwirklichung im Sinne eines überindividuellen Lebens" [23]) angeboten habe, so nützt es wenig, wenn Raasch sich gegen den Nationalsozialismus absetzt und statt dessen einem Nationalismus huldigt, der dem Faschimus nicht konträr, sondern affin zugeordnet ist.

Es ist kein Zufall, daß solche Gedanken von der Erziehungswissenschaft zu einem Zeitpunkt wieder entwickelt werden, da in der politischen Wirklichkeit engagierte Schriftsteller mit den NS-Prädikaten „zersetzend" und „entartet" bedacht werden und die Notstandsgesetzgebung eine überdeutliche Parallele zum Ermächtigungsgesetz von 1933 darstellt. Eine Wissenschaft von der Pädagogik und eine pädagogische Praxis, welche derartige Vorgänge teils stillschweigend übergeht, teils ihnen aktive Unterstützung gibt, hat nicht nur ihren Begriff des „erzieherischen Ethos" [24]) als ideologisches Element selbst entlarvt, sondern ist wieder dabei, den Weg, „ein Volk zu gestalten" [25]), völlig der Politik zu überlassen, anstatt den dialektischen Bezug von Pädagogik und Politik rational zu bewältigen.

Dr. Achim v. Borries

‚Wohin treibt die Bundesrepublik?'

Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers

I

Herausgegeben von dem Philosophen Karl Jaspers, dem Soziologen Alfred Weber und dem — damals wie heute in Leipzig lehrenden — Romanisten Werner Krauss, redaktionell betreut von Dolf Sternberger, verlegt von Lambert Schneider, erschien an der Jahreswende 1945/46 in Heidelberg das erste Heft der Monatsschrift „Die Wandlung" — heute wohl nur noch denen bekannt, die damals das große geistige Erwachen der ersten Nachkriegsjahre, die deutsche Selbstbe-

22) Paul Röhrig: Politische Bildung. Herkunft und Aufgabe. Stuttgart 1964. S. 204.
23) Rudolf Raasch: Zeitgeschichte und Nationalbewußtsein. Berlin 1964, S. 279.
24) Erich Weniger, a.a.O., S. 170.
25) Vgl. das Anfangszitat von Herman Nohl.

sinnung auf Trümmern, bewußt miterlebt haben. In seinem Geleitwort schrieb Jaspers unter anderem: „Da wir wieder frei miteinander reden können, ist die erste Aufgabe, wirklich miteinander zu reden. Das ist keineswegs leicht. Niemand von uns ist Führer, keiner ist Prophet, der giltig sagte, was ist und was zu tun sei. Alle ‚Führer' sind unheilvolle Phantome gewesen. Sie haben die Freiheit geraubt, erst innerlich, dann äußerlich. Aber sie waren möglich, weil so viele Menschen nicht mehr frei, nicht mehr selbstverantwortlich sein wollten. Heute haben wir die Folge dieses Verzichtes." [1])

Das Schicksal der „Wandlung" ist aufschlußreich. Nach der Währungsreform ging die Auflage der zunächst viel gelesenen Zeitschrift rapide zurück. Bereits Ende 1949 sah sich der Verleger gezwungen, auf eine Fortsetzung ihres Erscheinens zu verzichten.

Das letzte Heft der „Wandlung" enthielt neben anderen gewichtigen Beiträgen einen Aufsatz von Alfred Weber, der den Titel trug „Haben wir Deutschen seit 1945 versagt?" Der Heidelberger Soziologe kam zu der Feststellung, wir hätten „technisch wie geistig nur teilweise nicht versagt". Noch fehle es in Deutschland an wesentlichen Voraussetzungen einer wirklich neuen, wirklich demokratischen Ordnung. Die unerläßliche Reform des Beamtentums sei ausgeblieben, im Erziehungswesen herrsche weithin noch der traditionelle autoritäre Geist, in der Verwaltung seien die obrigkeitlichen Tendenzen weit stärker als die demokratischen. In dem kurz nach der Gründung der Bundesrepublik geschriebenen Aufsatz Webers heißt es: „Wir müssen mit der neuen Demokratie umzugehen und aus ihr etwas zu machen verstehen. Und das ist nur möglich, wenn wir nicht nur technisch lernen, mit ihr richtig zu verfahren, sondern wenn wir uns geistig so wandeln, daß sie unser praktischer seelischer Ausdruck wird."

Das soeben erschienene neue Buch von Karl Jaspers, dem heute, 83jährig, in Basel lebenden deutschen Philosophen, nimmt, sechzehn Jahre später, die Frage von 1949 auf: Haben wir Deutschen seit 1945 versagt? Es fragt nach der Realität und den Früchten jener „Wandlung", in der viele, unter ihnen Jaspers, nach dem Zusammenbruch die Voraussetzung eines sinnvollen Wiederaufbaues sahen. Aus dem Blick auf die Aufgabe von 1945 gewinnt Jaspers den Maßstab für die Beurteilung des seither, vor allem des seit 1949 Geschehenen wie die Perspektive für unser geschichtliches Morgen: „Seit 1945 war die Frage: Wird jetzt ein deutscher Staat geboren aus einer Umkehr des politischen Bewußtseins der Staatsmänner und der Bevölkerung? Oder wird er ein äußerlich gefügtes Ordnungsgebilde sein ohne Ursprung in den Herzen und Köpfen des Volkes, ohne eine neue politische Gesinnung?

Diese Entscheidungsnotwendigkeit mußte am Anfang, muß heute und immer wieder grundsätzlich durchdacht und praktisch vollzogen werden. Alles „Glück" durch die Situation, daß der freie Westen uns gegen den Osten brauchte, alle Geschicklichkeit, diese Situation auszunutzen, alle Tüchtigkeit bei der schnellen Erzeugung des „Wirtschaftswunders" konnten als solche diese Entscheidung nicht bringen. In ihnen lagen vielmehr Tendenzen, die Grundentscheidung beiseitezuschieben. Die Aufgabe der Neugründung konnte vergessen werden. Die

1) Wiederabgedruckt in dem 1965 erschienenen Bande: Karl Jaspers, Hoffnung und Sorge. Schriften zur deutschen Politik 1945—65

Folge war ein Fortdauern traditioneller Gedanken und Gefühle, ein Konglomerat von Denkklischees, im ganzen ein Treibenlassen.

Aber unsere Zukunft ist in dieser Entscheidung gegründet." (S. 67)

II

Der Titel des Japsers'schen Buches, auf das hier hingewiesen werden soll, lautet nicht: „Wo steht die Bundesrepublik?" und auch nicht: „Wohin geht die Bundesrepublik?" sondern: „Wohin treibt die Bundsrepublik?" [2]) Das besagt: der Verfasser will weniger einen Zustand beschreiben als Tendenzen aufzeigen, die in jenem Zustand angelegt sind; er versteht sich als Warner vor Gefahren, die kein unwiderrufliches Fatum darstellen, in die die Bundesrepublik aber „hineintreibt", wenn sie nicht bewußt abgewendet werden. Die Gefahren drohen, so lange wir, vertrauenswürdiger politischer Führung „oben" ebenso ermangelnd wie eines entschiedenen demokratischen Willens „unten", längst notwendigen geschichtlichen Grundentscheidungen nach wie vor ausweichen.

Die Bundesrepublik ist ihrer geschriebenen Verfassung nach ein demokratischer Staat. Aber noch ist durchaus ungewiß, ob das demokratische Experiment der zweiten deutschen Republik gelingen wird. Entspricht jener geschriebenen die wirkliche Verfassung unseres Staates, entspricht ihm die Geistes-Verfassung seiner Bürger? Jaspers beobachtet besorgt eine rückläufige Entwicklung: „Welcher Wandel vollzieht sich in der Struktur der Bundesrepublik? Es scheint: von der Demokratie zur Parteienoligarchie, von der Parteienoligarchie zur Diktatur." (S. 127) Und: „Die Staatsführung liegt in den Händen der Parteienoligarchie. Sie usurpiert den Staat." (S. 133)

Eine Tendenz zur Verselbständigung und zur faktischen Omnipotenz der Parteispitzen und des von ihnen kontrollierten bürokratischen Apparates zeichnet sich ab. Sind die Möglichkeiten politischer Mitsprache seitens der Bürger jenseits des — durch die Kandidatenauswahl von den Parteien jeweils schon vorentschiedenen — Wahlaktes ohnehin sehr beschränkt, so neigt jene Macht-Oligarchie dazu, sie noch weiter zu reduzieren, das heißt sich der demokratischen Kontrolle und Kritik von „unten" so weit wie möglich zu entziehen. Als Beispiel sei zitiert, was Jaspers über Publizität und Geheimhaltung schreibt: „Die Voraussetzung für einen freien Staat ist ein Maximum an Öffentlichkeit... Die Regierung der Bundesrepublik, die Bürokratien, auch die der Parteien, die Verbände streben dagegen ein Maximum an Geheimhaltung an." (S. 195)

Nicht um einzelne Übergriffe handelt es sich dabei, sondern um eine gefährliche Fehlentwicklung auf fast allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Autoritäres Denken greift um sich, Kritik wird denunziert. Der demokratische „Blutkreislauf" ist gestört.

Nicht von außen, sondern von innen, nicht von „unten", sondern von „oben", nicht durch einen einmaligen spektakulären „Machtergreifungs"-Akt, sondern durch eine permanente „legale" Aushöhlung sieht Jaspers die Freiheit in der Bundesrepublik bedroht: „Im Staat der Bundesrepublik gibt es kaum Staatsfeind-

---

[2]) Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? — Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966

schaft. Die Reste der NS spielen praktisch keine Rolle. Hitler wird von der überwältigenden Mehrheit des Volkes um so leichter verneint, als man ihm die ganze Schuld für das im Grunde selbstverschuldete Unheil aufbürden möchte. Aber dieser Staat selber hat in sich die Tendenzen, die ihn zu einem autoritären Gebilde machen, in dem zwar kein Monarch herrscht und auch nicht mehr begehrt wird, aber derart, daß dieser Staat sich in sich wandelt zu einem Obrigkeitsstaat mit Untertanengesinnung, weitgehend ähnlich der wilhelminischen Zeit. Dieselbe Gefahr, die in der Weimarer Republik von den gegen diesen Staat gerichteten Mächten kam, um ihn durch Umsturz zu verwandeln, liegt jetzt im Staate selber. Er ist nicht durch Gegenbewegungen gegen ihn bedroht. Nicht gegen ihn, sondern mit ihm und durch ihn selbst wird er verwandelt, wird unklar dasselbe gesucht wie damals: Obrigkeit, autoritärer Staat, Diktatur." (S. 155)

Der bisher gefährlichste Versuch, die Bundesrepublik im Namen der „Freiheit" durch eine „legale" und gleichzeitig möglichst geräuschlose Transformation in einen faktisch autoritären Staat zu verwandeln, ist nach Jaspers das Projekt der Notstandsgesetzgebung. Man wird eines der größten Verdienste des Philosophen darin sehen dürfen, daß er diese Pläne der Bundesregierung nicht isoliert und nicht als rein technisches Problem behandelt, sondern sich mit ihnen in dem bereits angedeuteten politischen Gesamtzusammenhang grundsätzlich auseinandersetzt.

Der äußere Notstand, also der Krieg, bedeutet im Atomzeitalter nichts anderes als eine unermeßliche Katastrophe. Unter diesen Umständen kommt es einzig darauf an, ihn auf politischem Wege zu verhindern: „Der Notstand dieses Krieges ist in der Tat gar nicht zu bekämpfen. Dieser Notstand darf nicht eintreten. Daher muß man bedingungslos alles tun, um den Frieden zu retten, darf man nichts tun, was zum Krieg treiben könnte. Der äußere Notstand ist allein durch ehrliche, bedingungslose Friedenspolitik zu bekämpfen." (S. 159)

Jaspers läßt keinen Zweifel daran, daß die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung nach seiner Auffassung eine solche konsequente Friedenspolitik nicht ist (Siehe unten.)

Versagen aber die Regierungen, führen sie die Völker einmal mehr an den Abgrund, dann bleibt als letzte Rettung nur mehr der Aufstand der Völker gegen diese Kriegspolitik, bleibt nur das, was Japsers den „Akt der Verwirklichung der Vernunft durch Gehorsamsverweigerung" (S. 162) nennt. Dieser Gedanke einer kollektiven Rebellion gegen die Folgen mörderischer und selbstmörderischer Politik ist einer der ungewöhnlichsten, der kühnsten des Jaspers'schen Buches: „Wenn das Volk nicht Krieg führen will — in dieser Situation unserer Zeit —, muß es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nichts helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen. Vielleicht will das Volk lieber überleben und sich unterwerfen, vielleicht mit Folgen, die gleicher Art sind, wie das, wogegen es sich gewehrt hat. Aber es will die Chance der Rettung. Diese liegt nicht in der Vergewaltigung, sondern vorher in der Politik einer Regierung, die keinen fremden Staat bedroht und die so handelt, daß kein fremder Staat sich bedroht fühlen muß, und nachher in der Chance der gemeinsamen Gehorsamsverweigerung der aufeinander gehetzten Soldaten und Völker." (S. 163)

Der innere Notstand aber ist, nach Jaspers, keine wirkliche Gefahr, sondern — ein Vorwand: „Der innere Notstand existiert nur in der Fiktion derer, die ent-

weder ihn benutzen wollen zur Konstituierung absoluter Macht, zur Beseitigung des Streikrechts im Interesse der Unternehmer, oder die Angst haben vor Auseinandersetzungen, die notwendig sind, um in der ständigen Unsicherheit die Freiheit zu behaupten gegen Maßnahmen einer vernunftwidrigen, die Grundrechte und die Legalität nicht achtenden Regierung. Eine solche Regierung übt Gewalt, die ein Volk nicht dulden kann. Daher muß das Volk Mittel haben, sich zu wehren, Mittel, die ohne militärische Waffen der Gewalt widerstehen können. Daher muß es den politischen Streik geben dürfen." (S. 164)

Die geplante Notstandsgesetzgebung soll nicht die demokratische Ordnung, sondern die gegenwärtigen innenpolitischen Machtverhältnisse stabilisieren, sie „sichert nicht das Volk, sondern die Regierenden". (S. 165) Aus dieser geradezu beschwörenden Warnung vor den Notstandsgesetzen spricht ein tiefes Mißtrauen gegenüber denen, die, als Macht-Oligarchie, an ihrer Einführung besonders interessiert sind. Es ist kein willkürliches, kein spießbürgerlich-nörglerisches Mißtrauen, sondern ein verantwortungsbewußtes, auf schwerwiegenden Erfahrungen beruhendes, diese Erfahrungen ernstnehmendes. In einem solchen aktiven, politisch engagierten Mißtrauen sieht Jaspers eine Voraussetzung für die Bewahrung und Sicherung der Freiheit in der Bundesrepublik. Gegen Schluß seines Buches sagt er einmal: „Immer wurde Vertrauen zur Regierung verlangt. Dies Vertrauen wurde moralisch gefordert. Es ist jedesmal enttäuscht worden. Auf Vorschuß einer Regierung Vertrauen zu schenken, scheint mir für Deutsche, die diese Erfahrungen nicht vergessen, unmöglich zu sein. Vertrauen muß erworben werden und kann erworben werden." (S. 278)

Ebenso kann es auch verspielt werden. Die heute Herrschenden sind nicht wirklich vertrauenswürdig. Das hat exemplarisch die „Spiegel-Affäre" gezeigt: „Daß der Mißbrauch (der Notstandsgesetze) nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, darüber belehren uns Ereignisse unserer jüngsten Geschichte. Wenn Leute wie Strauß, Adenauer, Hopf bei der Spiegelaffäre imstande waren, bei den verfolgenden Beamten eine Panik zu erzeugen, als ob der Staat in Gefahr sei, wenn der Justizminister nicht eingeweiht wurde, wenn damals Dinge geschahen „etwas außerhalb der Legalität", dann muß man fragen: Hätten denn diese Leute damals nicht, wenn es das Gesetz gegeben hätte, den Notstand erklären können und dann getan, was sie wollten? Nie darf das Bundesvolk jene Ereignisse vergessen. Die Bundesrepublik erfuhr einen Knacks, der noch nicht wieder behoben, erhielt eine Wunde, die noch nicht vernarbt ist. Bei allen Beratungen des Notstandsgesetzes müssen die Realitäten gegenwärtig sein. Die Verhinderung des Mißbrauchs verlangt den Verzicht auf Notstandsgesetze." (S. 167)

III

So wenig Karl Jaspers irgendwelcher „östlicher" Neigungen verdächtig ist, sowenig gehört er zur „heimatlosen Linken". Seine radikale Kritik an bestimmten Grundtendenzen der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik will, ausdrücklich, als eine Kritik auf dem Boden dieser Bundesrepublik verstanden werden. Gerade das gibt ihr so großes Gewicht. Jaspers sagt: „Daher ist die Voraussetzung eines sinnvollen politischen Denkens das Ja zur Bundesrepublik mit dem Willen, sie aus sich selber zu wandeln, das heißt die Revolution der Umkehr im innern Handeln der Staatsbürger, dann im Staat durch die legalen und legitimen Mittel der Demokratie zu verwirklichen. Ich verwerfe nicht den Staat, sondern die Wege, die die Regierung geht." (S. 190)

Integriert in die westlich-demokratische Welt, stellt die Bundesrepublik, nach Jaspers, noch immer die große geschichtliche Chance der Deutschen nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches dar: die Chance, die autoritären Traditionen der Vergangenheit zu überwinden und in Freiheit ein wirklich freiheitliches Gemeinwesen aufzubauen. Nur das — und nicht ein neues, wie immer begründetes Großmachtstreben mit dem Ziel, die durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges geschaffenen politischen Fakten zu revidieren — kann nach 1945 der politischen Existenz der Deutschen einen geschichtlichen Gehalt geben. Es handelt sich um eine Aufgabe, die „bis heute nicht erfüllt" ist: „Die Aufgabe von 1945 besteht fort. Sie ist nur innerhalb der institutionellen Formen zu erfüllen, durch die gegenwärtig unser Staat Bestand hat. Die Aufgabe ist schwerer als 1945 infolge des Gewichts der inzwischen konsolidierten institutionellen Realitäten, in denen Wege beschritten werden, die für unsere innere politische Verfassung und unser künftiges weltpolitisches Schicksal verhängnisvoll werden können." (S. 176)

Jaspers lehnt es ab, die vemeintliche „kommunistische Gefahr" als Rechtfertigung von Einschränkungen der Freiheit gelten zu lassen, und er ist frei von der hierzulande weitverbreiteten Neigung, gewisse Mängel der heutigen politischen Ordnung in der Bundesrepublik zwar zuzugeben — aber nur auf dem Hintergrund der „kommunistischen Zwangsherrschaft in der Zone". So werden folgenschwere Fehlentwicklungen gleichsam durch einen Trick zu bloßen „Schönheitsfehlern" verharmlost. Und Kritik an ihnen erscheint sehr bald als Konzession an den „kommunistischen Gegner"... Jaspers bejaht entschieden die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die „Freie Welt" — er beurteilt sie aber auch als Teil dieser Welt. Das heißt: er mißt sie an ihrem eigenen Anspruch. Und die Tendenzen, auf die er hinweist, legen einen Verzicht auf jede demokratische Selbstzufriedenheit und Selbstbeweihräucherung nahe!

Es bedarf einer starken Gegen-Tendenz, einer umfassenden demokratischen und demokratisierenden Aktivierung des Volkes, neuer Formen seiner bis jetzt durchaus beschränkten politischen Mitbestimmung, um die zunehmenden Machtansprüche eines sich absolut setzenden Herrschafts-Kartells in die Schranken zu weisen; über den „formalen Parlamentarismus" hinaus muß alles getan werden, die freiheitlich-demokratische Selbstbestimmung des Volkes zu fördern: „Überall ist die Aufgabe, das Volk unmittelbar zu beteiligen am Leben der Politik, sei es am Mitdenken und Miturteilen, sei es durch ihm gegebene Möglichkeiten der Mitwirkung... Daß das Volk auf den für seine Wirksamkeit geschaffenen Wegen gehen lernt, schafft heute den notwendigen Widerstand gegen die tödliche Gefahr der Parteienoligarchie." (S. 192 f.)

An dieser Stelle sei dem Rezensenten eine mehr ergänzende als kritische Anmerkung gestattet. So eindrucksvoll Jaspers' Warnung vor den zahlreichen Versuchen einer Deformation der Demokratie in der Bundesrepublik ist — die strukturelle innenpolitische Problematik, um die es dabei geht, erscheint bei ihm doch in einer gewissen, nicht ungefährlichen Verkürzung. Jaspers beschränkt sich weitgehend — nicht völlig — auf das Gegenüber von „Oben" und „Unten" im Sinne von Regierung und Parteien-Oligarchie auf der einen, dem Wähler-Volk auf der anderen Seite. Zweifellos sind Regierung und Partei-Apparate bestrebt, sich von demokratischer Kontrolle und Kritik möglichst weitgehend zu emanzipieren. Doch uns scheint, als drohe nicht allein von dieser Seite eine Art Schrumpfung der zumindest tendenziell freiheitlichen zu einer nur mehr autoritären Demokratie. Wir erinnern nur an jene wirtschaftlichen und konfessionellen Mächte,

die, wie die Bürokratien auf allen Ebenen, in ihrem Einflußbereich autoritäres und hierarchisches Denken institutionalisiert haben. Und die ganz bewußt jene evolutionäre Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft blockieren, ohne die die politische Demokratie in einem Lande ohne wirksame demokratische und mit nur allzuviel anti-demokratischer Tradition stets gefährdet sein dürfte.

IV

Karl Jaspers zählt nicht zu jenen „Kritikern der ersten Stunde", die schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik vor einer nach ihrer Auffassung verhängnisvollen außen- und militärpolitischen Weichenstellung gewarnt haben. Die West-Bindung der Bundesrepublik und die aus ihr folgende Wiederaufrüstung als solche stellt Jaspers auch heute nicht grundsätzlich in Frage. Um so schärfer verurteilt er den Versuch Bonns, mit Hilfe der Westmächte eine Revision der 1945 geschaffenen Macht- und Territorial-Verhältnisse zu erreichen. Das heißt: seine Kritik gilt nicht allein den Methoden und Mitteln der Bonner Außenpolitik, sondern deren Zielsetzung.

Das entscheidende Kriterium für die Beurteilung jeder Außenpolitik im Atomzeitalter ist nach Jaspers die Frage: „Fördert sie den Frieden, oder liegt ein Moment der Friedensgefährdung in ihr?" (S. 224)) Ist die Bonner Außenpolitik in diesem Sinne Friedens-Politik? Jaspers bleibt nicht bei der offiziellen Phraseologie der Bundesregierung stehen, sondern erhellt die innere Logik ihrer Politik. Er kommt zu dem Schluß: diese Politik ist keine Friedens-Politik, weil sie sich beharrlich weigert, die Ergebnisse des von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieges unzweideutig anzuerkennen und auf der Grundlage dieser Gegebenheiten eine Verständigung auch mit den Völkern Osteuropas anzustreben. Stattdessen klammert sie sich an Pseudo-„Rechtsansprüche", deren Aufrechterhaltung faktisch, unabhängig von allen Friedens-Beteuerungen, den Frieden gefährdet: „Das Ergebnis des eindeutig durch Hitlerdeutschland vom Zaun gebrochenen Krieges — die Errichtung neuer Staatsgrenzen — muß als Faktum übernommen und anerkannt werden. Es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Gewalt, die der Gewalt gefolgt ist. Wer als Gewalttätiger mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen.

Wer jedes Recht vernichtet, darf nachher nicht für sich aus einer Vergangenheit, die nun nicht mehr ist, Rechtsansprüche erheben. Er muß, wenn die Gnade des Siegers ihn am Leben gelassen und nicht sein Auschwitz mit einem neuen Auschwitz gegen ihn beantwortet hat, aus dem jetzt Gegebenen sein neues Dasein gestalten.

Gegen die durch rechtlose Gewalt hervorgerufenen, durch den Sieger entschiedenen neuen Grenzen Rechtsansprüche zu erheben, das bedeutet die Verschleierung des Willens zu künftiger neuer Gewaltanwendung. Auf dem Weg der Gewalt verlorene Rechte sind nicht mehr Rechte. Nicht wer das durch den Krieg Erworbene festhält, sondern wer Wiederherstellung eines Vergangenen verlangt, bedroht den Frieden. Wer Frieden will, muß Tatsachen anerkennen, welche ohne Gewalt nicht zu ändern sind." (S. 234)

Und: „Die falschen Rechtsansprüche werden zu Barrieren gegen jede Möglichkeit wirklichen Friedens. Man sagt in der Bundesrepublik: die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze und die Verweigerung der Wiedervereinigung sei

eine Gefahr für den Frieden. Aber doch allein dadurch, daß die Bundesrepublik die Ergebnisse der Handlungen Hitlerdeutschlands und die politische Haftung aller Deutschen für sie nicht anerkennen will. Der Wille zu jener territorialen Änderung gegen den Willen der Besitzenden zur Erhaltung der gegenwärtigen Grenzen ist als solcher potentielle Kriegsgefahr. Die Kriegsgefahr geht von dem aus, der bestehende Grenzen ändern, nicht von dem, der sie bewahren will." (S. 235)

Daraus folgt die politisch-moralische Notwendigkeit einer bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und des bewußten Verzichtes auf jede Wiedervereinigungs-Forderung. Mit der letzteren geht Jaspers hart ins Gericht — er bezeichnet sie als politisch destruktiv: „(Die Wiedervereinigungsforderung) spielt praktisch keine andere Rolle, als den Frieden mit den Oststaaten zu verhindern. Sie erzeugt keine eigene politische, dem Ziel sich nähernde, aufbauende Aktivität. Hier verpuffen Gefühle ins Leere und richten Unheil an." (S. 178)

Die Teilung Deutschlands muß als Ergebnis des Hitler-Krieges um des Friedens willen akzeptiert werden. Das Bestehen auf einem vermeintlichen Wiedervereinigungs-Anspruch, verbunden mit ständig wachsenden militärpolitischen Ambitionen, nährt Argwohn und Mißtrauen gegenüber der neuen „Großmacht" Westdeutschland: „Wenn man sagt: Frieden in Europa kann es erst geben, wenn die Wiedervereinigung stattgefunden hat, so ist diese Forderung als solche friedensfeindlich . . . Die Friedensfeindlichkeit liegt in der Natur der Sache. Wir dürfen uns nicht täuschen: Der Anspruch auf Wiedervereinigung ist für den Osten ein feindlicher Akt. Kann man vom Osten erwarten oder verlangen, nach dem Vergangenen (und nach gegenwärtigen Stimmen in Deutschland) die Furcht vor Deutschland aufzugeben, solange nicht in Deutschland ein radikaler Wandel der Politik gegenüber den Oststaaten stattfindet?" (S. 244 f.)

Das ist von großartiger, klärender und befreiender, darum freilich auch unbequemer Eindeutigkeit!

Jaspers fordert eine konsequente machtpolitische Selbstbescheidung der Bundesrepublik. Deren militärischer Schutz wird verbürgt durch die USA, durch das atomare Gleichgewicht zwischen Ost und West. Die Bonner Politik gegenüber der DDR dürfe um des Friedens willen wie auch im Interesse der Bevölkerung nicht auf eine faktische Liquidation dieses Staates abzielen, sondern müsse versuchen, durch ein Maximum an Wirtschaftshilfe den Lebensstandard dort zu fördern: „Wir müssen Ostdeutschland wirtschaftlich helfen, damit es trotz des produktionshemmenden kommunistischen Regimes zu möglichst großem Wohlstand gelangt. Man sagt: das stärkt doch nur das Ulbricht-Regime. Das tut es in der Tat, aber diese Stärkung müssen wir in Kauf nehmen, denn ohne sie kann der höhere Lebensstandard der Ostdeutschen nicht erfolgen, den zu fördern wir unseren Landsleuten, den deutschen Nachbarn schuldig sind." (S. 240)

Als sinnvolles Maximal-Ziel einer solchen Politik bezeichnet Jaspers eine gewisse Liberalisierung des kommunistichen Regimes in der DDR im Sinne seiner Angleichung an die heute teilweise schon wesentlich liberaleren Systeme in den anderen Ostblockstaaten. Sie setze aber einen Verzicht der Bundesrepublik auf jede direkte oder auch nur indirekte Intervention voraus.

Mit so viel Recht Jaspers die Deutschen vor nationalistischen Alleingängen auch warnt: es scheint uns, als unterschätze er gleichzeitig die Notwendigkeit wie

auch die Möglichkeiten einer relativen außenpolitischen Eigeninitiative der Bundesrepublik — einer Initiative zur Förderung der Entspannung und damit zur Sicherung des Friedens. Es ist in diesem Zusammenhange bezeichnend, daß er die selbständige Außenpolitik de Gaulle's mit wenigen Worten als nur illusionistisch und für die Einheit des Westens gefährlich abtut und der Bundesrepublik eine Art außenpolitische Enthaltsamkeit in Anlehnung an die USA empfiehlt. Hier mag freilich mitsprechen, daß das Buch in einem Augenblick konzipiert worden ist, da sich die Perspektive einer gesamteuropäischen Friedensordnung als das Fernziel der neuen Politik Frankreichs noch nicht so klar erkennen ließ wie heute. Auf der anderen Seite: hat nicht gerade in der Zwischenzeit der Fortgang des Vietnam-Krieges gezeigt, wie problematisch eine allzu enge militärisch-politische Bindung Europas an die Vereinigten Staaten ist?

V

Das hier angezeigte Buch von Karl Jaspers besteht aus vier Stücken. Dem seinerzeit schon im „Spiegel" abgedruckten Gespräch zwischen Jaspers und Rudolf Augstein über das Problem der Verjährungsfrist bei NS-Verbrechen („Für Völkermord gibt es keine Verjährung") folgt eine eingehende, ungemein erhellende Analyse der Bundestagsdebatten vom 10. und 25. März 1965, die diesem Thema „Verjährungsfrist" gewidmet waren. Der umfangreiche dritte Teil trägt den Titel „Aspekte der Bundesrepublik" — über ihn ist in diesem Aufsatz berichtet worden. Ihm schließt sich als Anhang eine kritische Nachbetrachtung des Verfassers über „Die Septemberwahlen 1965" an.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Aufsatzes auch die beiden ersten Stücke des Buches angemessen zu würdigen. Nur auf einen, wie uns scheint, besonders wichtigen Aspekt sei hier noch hingewiesen.

Jaspers hat sich nicht blenden lassen von der Rhetorik, vom Pathos der beiden Bundestagsdebatten über die „Verjährungsfrist". Er klopft gleichsam die zahlreichen „eindrucksvollen" Reden dieser Tage auf ihre Substanz hin ab, und er fragt nach dem politisch-moralischen Gehalt der Entscheidung, zu der man schließlich gelangte. Sein Urteil ist, man kann es nicht anders nennen, ein vernichtendes. Er sieht ein geschichtliches Versagen — ein Ausweichen vor jeder Eindeutigkeit in einer Frage von höchster grundsätzlicher Bedeutung für das Selbstverständnis dieses Staates: „Man weicht aus in einen Beschluß von so geringem Gewicht (man darf angesichts der großen erörterten Fragen sagen: von solcher lächerlichen Winzigkeit), daß das Volk gar keine Antwort auf die Grundfrage erhält, sondern eher ein Muster dafür, wie man es macht, wenn man kneift." (S. 57) Und: „Man hat den eigentlichen Kampf, dessen Sinn im Grund der Sache lag, vermieden. Man hat unabsichtlich, aber mit sicherem Instinkt, als man die großen Fragen berührte, sie nicht zur Klarheit kommen lassen... In der scheinbaren Großartigkeit der Berührung von Grundfragen vollzog sich das Unklarhalten alles Wesentlichen." (S. 90)

Nicht um ein zufälliges, vielmehr um ein exemplarisches Versagen handelt es sich hier — in einer Stunde, die eine „Sternstunde" des Bundestages hätte werden können, nein: werden müssen! Ein tiefer politisch-moralischer Defekt ist offenbar geworden: der Defekt jenes „Kartells" der Partei-Oligarchien, von

dem oben bereits die Rede war. Es stellt nichts anderes dar als eine Vorform der „Großen Koalition". Im Anschluß an ein Wort des CDU-Bundestagsabgeordneten Benda in einer der beiden „Verjährungs"-Debatten wendet Jaspers sich mit allem Nachdruck gegen die immer häufiger beschworene „Einmütigkeit" der Parteien, eine Einmütigkeit-um-der-Einmütigkeit-willen, auf Kosten der Eindeutigkeit und der Freiheit: „Diese Einmütigkeit ist nicht die des Volkes und nicht deren Spiegelbild. Das Schicksal bewahre uns vor dieser Einmütigkeit und vor der „ganz großen Hoffnung" Benda's! Es wäre die Konstituierung einer Politikerzunft (der Oligarchie, die schließlich diktatorisch herrscht), die, geschützt durch Geheimnis, bei Minimalisierung der Grundrechte, ihre eigene Sicherheit durch ein Notstandsgesetz fast absolut macht, Staat und Volk mit sich identifizierend, so daß sie nur mit dem Staat und dem Volk selber zugrunde gehen kann oder vielmehr beide mit sich zieht." (S. 115)

Aus dem „Anhang" — in dem Jaspers sich auch mit der politischen Degeneration, dem Konformismus der SPD auseinandersetzt — sei lediglich der angesichts des Wahlausgangs geschriebene Ausblick zitiert: „Die Bundesrepublik, stark geworden durch Wirtschaft und Bundeswehr, gelenkt vom Geist der Wirtschaftsführer und der Illusion aus der Vergangenheit, möchte wiederum zur Weltmacht werden, zunächst jedenfalls mehr als bisher eine aktive Rolle in der Weltpolitik spielen. Sie beansprucht Mitspracherecht und Mitwirkung im Rat der großen Mächte. Aber sie will nicht wissen, was ist, und hält wider besseres Wissen für möglich, was unmöglich ist. Bisher traten blinde nationalistische und antikommunitische Gesinnungen auf und der Machtwille als solcher ohne Gehalt. Die Bundesrepublik kooperiert ständig weniger mit anderen Staaten. Sie bockt mit ihren unerfüllbaren Ansprüchen. Sie isoliert sich.

Erhard wird, wenn er sein bisheriges Verhalten fortsetzt, die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Es wird wahrscheinlich geschehen, was die Unternehmer wollen. Nur ihr Begehren nach den Gesetzen für den inneren Notstand, um durch ihn die Arbeiter vollends in Abhängigkeit zu bringen, wird hoffentlich nicht erfüllt. Doch es bleibt die Gefahr: der Weg zur stärkeren Herrschaft der Unternehmer, der Parteienoligarchie, am Ende der Weg zur Diktatur und gesteigerten Kriegsgefahr koinzidieren." (S. 279)

*

„Wohin treibt die Bundesrepublik?": gleichermaßen Analyse und Appell, ist ein ungewöhnlich lesenswertes Buch; zugleich aber auch ein ungemein lesbares — und das versteht sich bei Büchern deutscher Philosophen bekanntlich nicht von selbst. Es hat den Ernst und das Pathos einer geschichtserfahrenen Vernunft, die, so wenig sie sich den gängigen Meinungen anbequemt, so wenig sich ein Reich jenseits der Wirklichkeit konstruiert; vielmehr diese unsere Wirklichkeit selbst zu erhellen, zu durchdringen, zu verwandeln sucht. Nur allzu oft hat gerade in dem vergangenen Halbjahrhundert die deutsche Philosophie vor der Politik versagt. Der befremdenden und erschreckenden Zeugnisse dieses Versagens sind nur zu viele. So bedeutet Karl Jaspers' neues Buch nicht zuletzt auch so etwas wie eine eindrucksvolle politisch-philosophische „Wiedergutmachung".

Dr. Walter Grab, Tel Aviv

Israels gegenwärtige Probleme

I

Die israelischen Parlamentswahlen vom 2. November 1965 ergaben einen unerwartet großen Erfolg des von Ministerpräsident Levi Eschkol geführten Blocks der Sozialdemokraten (Mapai) und der etwas linker stehenden „Partei der Arbeitereinheit". Eschkol, der schon seit dem Rücktritt Ben Gurions im Juni 1963 an der Spitze der Regierung stand, erhielt von den Wählern das Mandat zur Fortführung seines gemäßigten kompromißbereiten und vorsichtigen innen- und außenpolitischen Kurses. Ben Gurion, der seit der Staatsgründung Israels 1948 fünfzehn Jahre lang nahezu ununterbrochen Premierminister gewesen war, trat einige Monate vor den Wahlen demonstrativ aus der sozialdemokratischen „Mapai" aus, die er 1930 mitbegründet hatte, und stellte gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden Verteidigungsminister Peres (dem Freunde von Franz Josef Strauß) eine neue Partei auf, die „Arbeiterliste Israels". Während des Wahlkampfs entfalteten Ben Gurion und Peres eine rege Propagandatätigkeit gegen die Linie ihres früheren Parteifreundes Eschkol und warfen ihm Versagen in innen- und außenpolitischer Hinsicht vor. Es zeigte sich jedoch, daß der Kurs Ben Gurions, der prinzipiell auf die Fortdauer des Kalten Kriegs zwischen den Großmächten und auf den unüberwindlichen Gegensatz zu den arabischen Staaten eingestellt war, den Wähler nicht überzeugte. Kurz vor den Wahlen spalteten sich auch zwei andere Parteien: die Liberalen und die Kommunisten. Der rechte Flügel der Liberalen ging einen Block mit der rechtsextremen „Freiheitspartei" ein, deren Programm die „historischen Grenzen Israels" fordert, was praktisch auf die Eroberung Jordaniens und damit auf eine abenteuerlich-expansionistische Außenpolitik hinausläuft. Die von diesem rechtsgerichteten Bürgerblock angebotene „Alternativlösung" zum Kurs Eschkols wurde von den Wählern abgelehnt. Die Kommunisten teilten sich in zwei Parteien, aber nicht, wie angenommen werden könnte, in eine sowjetfreundliche und eine nach China blickende Richtung, sondern beide erwarten von Moskau Unterstützung; die Spaltung der Kommunisten ist vielmehr von israelisch-nationalen Gesichtspunkten bestimmt. Der eine, „nationalkommunistische", Flügel befürwortet die Notwendigkeit der Existenz Israels und besteht fast nur aus Juden, während der andere, weitgehend arabisch-nationalistische, Flügel dem Vorhandensein eines politisch selbständigen jüdischen Staates mit größten Vorbehalten gegenüberteht und nahezu nur Araber zu seinen Mitgliedern und Wählern zählt.

Nach acht Wochen harter Verhandlungen um die Verteilung der Ministerposten kam Anfang Januar die neue Koalition zustande, die als „Regierung der linken Mitte" bezeichnet werden kann. Das israelische Parlament besteht aus 120 Abgeordneten, von denen 45 dem von Eschkol geführten sozialdemokratischen Block angehören, wozu noch weitere vier arabische, von diesem Block abhängige Abgeordnete kommen; ferner gehören der Koalition der religiöse Block (17 Abgeordnete), die bürgerlichen Linksliberalen mit fünf und die Linkssozialisten (Ma-

pam) mit acht Mandaten an. In der Eschkol-Regierung vor den Wahlen waren die Linkssozialisten nicht vertreten. Die linke Opposition wird aus den beiden kommunistischen Parteien mit zusammen vier Mandaten und dem „israelischen Augstein" Uri Awineri (dem Herausgeber einer scharf oppositionellen Wochenschrift) gebildet. Rechts von der Koalition steht die Liste Ben Gurions mit zehn und der rechtsbürgerliche Block mit 26 Abgeordneten. Die Regierungsmehrheit umfaßt also 79, die Opposition 41 Abgeordnete.

Eschkols gemäßigte Innenpolitik, die sich schon seit dem Beginn seiner Amtszeit 1963 vom Kurs des „Aktivismus" Ben Gurions abhob, erhielt in den letzten Monaten deutlichere Akzente. Dies bezieht sich besonders auf das schwierigste innenpolitische Problem Israels: das Verhältnis zur arabischen Minderheit, die etwa 12 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Da sich die umliegenden arabischen Staaten bisher beharrlich weigerten, den Judenstaat anzuerkennen und mit ihm in Friedensverhandlungen einzutreten, gleicht Israel seit der Staatsgründung einer belagerten Festung. Ben Gurion und seine Mitarbeiter sahen und sehen in der arabischen Minderheit eine potentielle Fünfte Kolonne, die im Kriegsfalle sofort mit den umliegenden Staaten gemeinsame Sache machen würde. Die Araber wurden daher in den ersten fünfzehn Jahren des Staates systematisch in ihrer Freizügigkeit beschränkt und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Die vorwiegend von Arabern bewohnten Bezirke des Landes wurden einem Militärregime unterworfen. Es nimmt nicht wunder, daß dadurch die bei den israelischen Arabern dem jüdischen Staate gegenüber vorhandenen Ressentiments stark gefördert wurden und die von Nasser unternommenen sozialpolitischen Reformen auf sie einen großen Eindruck machten. Dazu kommt das nach wie vor ungelöste Flüchtlingsproblem; die arabischen Staaten bestehen auf der Zurücknahme der Flüchtlinge (etwa eine Million Menschen) durch Israel und sind nicht daran interessiert, das Problem durch gütliche Übereinkunft zu lösen; Israel wiederum befürchtet bei einer Konzessionsbereitschaft größte soziale Erschütterungen, so daß die Frage von Jahr zu Jahr aufgeschoben wird und die Flüchtlinge in den Lagern rund um Israel auf den „Tag der Rückkehr" warten. Daraus resultieren für den jüdischen Staat ungeheuere Rüstungsausgaben, die 40 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen. Als Zeichen der Verständigungsbereitschaft lockerte Eschkol schon 1963 den Militärzustand der arabischen Bezirke und hob ihn Anfang dieses Jahres praktisch ganz auf. Die Gründe dafür sind nicht allein politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Der wachsende Wohlstand des Landes macht sich auch in den arabischen Städten und Dörfern bemerkbar; es gibt heute kaum ein arabisches Dorf, das nicht ans Wasser-, Strom- und Straßennetz des Landes angeschlossen wäre. Araber sind beim Häuser- und Straßenbau in allen Teilen des Landes tätig und arbeiten auch in völlig von Juden bewohnten Bezirken. Sind die sozialen Unterschiede zwischen Juden und Arabern weitgehend verwischt, so ist doch nicht zu verkennen, daß die nationale Frage des Zusammenlebens der beiden Völker nicht gelöst ist. Die soziologische Umschichtung unter den fast 300 000 Arabern Israels, die durch die Landflucht entstanden ist, hat neue Probleme geschaffen. Infolge des tiefverwurzelten gegenseitigen Mißtrauens gelingt es Arabern nur selten, in jüdischen Städten als Mieter oder Untermieter unterzukommen; ein normales, von Ressentiments freies Verhältnis ist keineswegs geschaffen. Besonders schwierig ist die Lage der arabischen Intellektuellen, deren Anzahl infolge des steigenden Wohlergehens und der vom Staat verfügten allgemeinen Schulpflicht zunimmt. Außer als Lehrer in arabischen Schulen haben es arabische Absolventen höherer Lehranstalten schwer, einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Fähigkeiten entspricht. In letzter Zeit begann die Gewerkschaft

Kurse einzurichten, um arabische Staatsbeamte auszubilden. Zweifellos sind gewisse Teile der arabischen Intelligenz Verfechter einer nationalistischen Ideologie, die sich mit der Existenz des jüdischen Staates nicht abgefunden hat. So lange die außenpolitische Isolierung Israels von seinen arabischen Nachbarn besteht, ist eine Lösung dieses Problems nicht abzusehen. Immerhin hat Eschkol nicht ohne Erfolg versucht, im Tone der Mäßigung und der Kompromißbereitschaft mit den israelischen Arabern ins Gespräch zu kommen. Während Ben Gurion mit Arabern kaum Kontakte unterhielt, besuchten Eschkol und seine Mitarbeiter öfters arabische Ortschaften und bemühen sich, auf spezifische soziale und nationale Probleme einzugehen.

II

Ein anderes wichtiges Problem des Landes ist der Versuch der religiösen Parteien, ihre Grundsätze von einem theokratischen Staat durchzuführen und der übrigen Bevölkerung aufzuzwingen. Obwohl für die klerikalen Parteien nur etwa 15 Prozent der Wählerschaft ihre Stimmen abgaben, ist ihr innenpolitischer Einfluß sehr spürbar. Dies hat drei Ursachen. Einmal gibt das religiöse Argument dem Staate seine Legitimation: Das Volk Israel ist in sein ihm von Gott verheißenes und niemals aufgegebenes Land zurückgekehrt; zweitens sind viele Juden, auch wenn sie säkulare Parteien wählen, emotionell und traditionsmäßig an den Glauben gebunden und nicht bereit, den religiösen Einfluß zu beschränken; drittens geben die religiösen Parteien der Regierung in wirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen freie Hand, wenn ihre religiösen Forderungen erfüllt werden (religiöses Schulnetz, Jurisdiktion rabbinischer Gerichte in Ehe- und Erbsachen, rituelle Aufsicht beim Militär und auf Schiffen u. a.), und sind daher gewissermaßen ideale Koalitionspartner. Die Politik der Klerikalen ist mit der Position des Zentrums im Bismarckreich vergleichbar.

Regierungssprecher haben in den letzten Monaten wiederholt darauf hingewiesen, daß Israel über seine Verhältnisse lebt und daß der wirtschaftliche Wohlstand eine Scheinblüte ist, so lange das Land nach wie vor weitgehend von Spenden und Zahlungen aus dem Ausland abhängig ist. Finanzminister Sapir betonte in seiner Budgetrede am 14. Februar, daß die israelische Bevölkerung mehr verbraucht, als sie erzeugt, und auf Kosten der Zukunft lebt. Israel importiert die gewaltige Summe von zweitausend Mark jährlich pro Kopf der Bevölkerung. Da die Produktion und die Ausfuhr damit nicht Schritt halten, hat die Inflation erschreckende Ausmaße angenommen; die Währung ist seit der Staatsgründung vor 18 Jahren auf weniger als 7 Prozent ihres Wertes gesunken. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen in der spezifischen Problematik des Landes.

Seit jeher gehören Sicherheit und Erziehung zu den vordringlichsten Regierungsaufgaben. Da die neue Eschkol-Regierung weder bei den Rüstungsunkosten noch bei der Erweiterung des Schulwesens Einsparungen vornehmen wollte, ist der neue Staatshaushalt wiederum durch eine Reihe schwerer direkter und indirekter Steuern belastet und trägt damit inflationistischen Charakter. Die Regierung wurde daraufhin von der Opposition getadelt, daß sie selbst die Teuerung in die Höhe treibe. Infolge der steigenden Lebenshaltungskosten gab es in den ersten drei Monaten dieses Jahres nicht weniger als 72 größere Streiks, die meist gegen den Willen der regierungstreuen Gewerkschaft proklamiert wurden. Die enormen

Rüstungsausgaben werden infolge der unverminderten Bedrohung durch die arabischen Staaten als unvermeidlich angesehen; Nasser erklärte erst Anfang März wiederum, daß der Ausbruch des Krieges gegen Israel nur eine Frage der Zeit sei. Das Budget wird aber auch durch Faktoren aufgebläht, die in anderen Ländern nicht oder nicht in dieser Schärfe bestehen. Israel ist ein typisches Immigrationsland. Infolge der Vernichtung der europäischen Judenheit ist das vor dem Kriege bestehende Reservoir der Einwanderung aus Mittel- und Osteuropa fast völlig verschwunden; eine Masseneinwanderung erfolgte vor allem aus verhältnismäßig rückständigen Ländern Nordafrikas. Israel war genötigt, den mittellosen Neueinwanderern, deren Kulturniveau niedrig war, Wohnung und Existenz zu verschaffen, Spitäler, Schulen, Altersheime, Jugendklubs anzulegen, die Lehrerausbildung zu forcieren; für die Betreuung der heterogenen Einwanderung kann niemand anders als der Staat Sorge tragen, wenn sich kein Lumpenproletariat entwickeln und keine Absonderung in Landsmannschaften herausbilden soll. Nur eine durchdachte und umfassende Erziehungspolitik kann die sehr unterschiedlichen und einander fremden Bevölkerungsgruppen in kurzer Zeit in eine einheitliche Nation umschaffen. Die mannigfaltigen Bildungsaufgaben erfordern große Summen; im Laufe der letzten zehn Jahre wurden drei neue Universitäten gegründet, weitere sind geplant. Trotz eifriger Bemühungen der Regierungsbehörden, dem schwächer entwickelten orientalischen Teil der Bevölkerung eine intensive Schulbildung zuteil werden zu lassen, hat sich in den letzten Jahren die verschiedene Herkunft der Einwanderer in eine gewisse Klassenscheidung entwickelt. Die aus europäischen Ländern stammenden Juden stellen die sozial wohlhabenden Schichten und die Führungskräfte des Landes, während die aus rückständigen Ländern gebürtige Bevölkerung zum Proletariat herabsinkt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß fast 60 Prozent der israelischen Bevölkerung (von den Arabern abgesehen) aus dem Orient stammen, während der Anteil der orientalischen Juden an den Universitätsstudenten nicht mehr als 3 Prozent beträgt. Um eine einheitliche Nation zu schaffen, bedarf es eines Nationalbewußtseins, einer Mission, einer Staatsidee, die die Menschen in ihren Bann zu ziehen vermag und zu begeistern imstande ist. In den Jahren vor der Staatsgründung lag diese Mission in der Kraft des Glaubens an die Notwendingkeit der Zusammenführung des Volkes und in der friedlichen Besiedlung des Landes durch Kibbuzim und landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften. Nach errungener Selbständigkeit und begonnener Industrialisierung verschwand dieser Idealismus allmählich, und seine Funktion wurde gleichsam dem Staat übertragen. Gerade dieser Schwund und Verlust der „Staatsidee" ist der Vorwurf, den die rechte Opposition der Regierung Eschkol macht: während die rechtsbürgerliche „Freiheitspartei" als anzustrebendes Ziel und als Staatsmission nach wie vor die „historischen Grenzen" des Landes, also die militärische Eroberung Jordaniens, predigt, bedauert die von Ben Gurion geführte rechte Absplitterung der Sozialdemokraten scheinheilig den Verlust des einer früheren Epoche angehörenden Pioniergeistes und fordert die Jugend auf, dem angenehmen Leben in den Städten zu entsagen und sich der Eroberung der Wüste zu widmen.

Damit im Zusammenhang steht der im Januar von Ben Gurion lauthals im Parlament und in der Presse erhobene Vorwurf, die Regierung Eschkol vernachlässige die Verteidigungsmaßnahmen und versage auf dem Gebiet der Wettrüstung mit den arabischen Staaten. Außenminister Ewen wies in einer erregten Parlamentsdebatte am 16. März diese Anwürfe zurück; ein Mißtrauensvotum, das von der „Freiheitspartei" und der Arbeiterliste Ben Gurions gegen die Regierung eingebracht wurde, scheiterte. Es ist darauf hinzuweisen, daß bei dieser Abstimmung

der Vertreter der „Nationalkommunisten" zum ersten Male seit der Staatsgründung die Regierung unterstützte.

III

Außenpolitisch befindet sich die Regierung Eschkol in einem schweren Dilemma. Die westlichen und östlichen Mächte wetteifern in der Versorgung der arabischen Staaten mit modernen Waffen, wodurch die wirkliche oder vermeintliche Bedrohung Israels wächst. Dies hat zweierlei zur Folge. Einmal müssen die für Israel lebenswichtigen Erziehungs- und Einordnungsaufgaben der Neueinwanderer zurückgestellt oder eingeschränkt werden; zum anderen wird die konsequente Durchführung einer Friedenspolitik erschwert. Dadurch entsteht eine eigentümliche Doppelgeleisigkeit der Außenptlitik. Einerseits beteuert die Regierung ihren Friedenswillen und ihre Kompromißbereitschaft und versucht, die Beziehungen zu afrikanischen und asiatischen Staaten zu verbessern und zu vertiefen; andererseits wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß Israel mit den Vorbereitungen zur Herstellung einer eigenen Atombombe beschäftigt sei. Experten zufolge sind die fachlichen Kenntnisse und die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß dem kleinen Israel (einem Land von der Größe Hessens) durch derartige Projekte unvorstellbare Gefahr droht. Im Ernstfall genügt eine einzige Bombe, um den Staat zu vernichten, da sich bei Realisierung des Atomprojekts zweifellos auch Ägypten und andere arabische Staaten ebenfalls Kernwaffen verschaffen würden. Aber auch die Rüstung mit konventionellen Waffen bedeutet eine Vergeudung des Nationalreichtums sowohl Israels als auch der arabischen Staaten, deren starke soziale Spannungen nicht durch kriegerische Abenteuer, sondern nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden dürfen. Es ist immer wieder zu betonen, daß heute in Umkehrung des Marx'schen Satzes die Waffe der Kritik an die Stelle der Kritik der Waffen treten muß.

Es ist nicht zu verkennen, daß Eschkol nach Wegen sucht, um der gefährlichen Entwicklung des ununterbrochenen Wettrüstens zu entgehen. Zu Anfang des Jahres sandte er an Kossygin, nach dessen erfolgreichen Friedensbemühungen zwischen Indien und Pakistan, ein Gratulationstelegramm, das betont herzlich gehalten war. Die Depesche hob hervor, daß „der Geist Taschkents auch im Mittleren Osten notwendig" sei. Ähnliche Worte fand Außenminister Ewen bei der erwähnten Parlamentsdebatte am 16. März. Die Änderung des politischen Klimas in Israel seit dem Abtreten Ben Gurions ist in Moskau nicht unbeachtet geblieben; zum ersten Male seit Beginn der fünfziger Jahre ist eine gewisse Annäherung der beiden Staaten zu verzeichnen. In einem Presseinterview, das Eschkol Anfang März gab, hob er die verstärkten kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion hervor und betonte, daß er gegebenenfalls bereit sei, nach Moskau zu reisen, um den israelischen Standpunkt darzulegen. Er stellte fest, daß „aus der Sowjetunion mildere Lüfte wehen", obwohl es klar ist, daß der Kreml seine guten Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht durch zu freundliche Haltung gegenüber Israel gefährden will und der zionistisch-territorialen Ideologie als Lösung der Judenfrage nach wie vor ablehnend gegenübersteht. Gewisse Anzeichen deuten aber darauf hin, daß auch in dieser Frage eine größere Geschmeidigkeit der sowjetischen Politik sich herausbildet.

Übrigens nimmt Israel in der Vietnamfrage eine streng neutrale Haltung ein und erklärte am 23. März ausdrücklich, daß es trotz Drängens seitens Washingtons

und Saigons nicht bereit sei, mit der südvietnamesischen Regierung diplomatische Beziehungen anzuknüpfen.

Als Symptom für die Friedenssehnsucht der israelischen Bevölkerung ist das vielbeachtete, wenn auch nicht überzubewertende Auftreten des selbsternannten „Friedensboten" Abraham Nathan einzuschätzen. Nathan, wohlhabender Besitzer eines gutgehenden Restaurants im Zentrum Tel Avivs, stellte zu den Novemberwahlen 1965 eine Ein-Mann-Liste auf. Als einzigen Programmpunkt versprach er, nach seiner Wahl ins Parlament in seinem Privatflugzeug zu Nasser zu fliegen und damit den Frieden zwischen Ägypten und Israel anzubahnen. Obwohl er bei den Wahlen durchfiel, machte er am 28. Februar sein Versprechen wahr und flog nach Port Said. Obgleich die ägyptische Presse ihn als „armseligen Clown" bezeichnete, der keiner Beachtung wert sei, ist doch darauf hinzuweisen, daß Nathan von den Ägyptern weder abgeschossen noch eingekerkert wurde, sondern am nächsten Tag, mit den Segenswünschen des Gouverneurs von Port Said versehen, unbehelligt nach Israel zurückkehren konnte. Sein Flug löste in allen Bevölkerungsschichten Israels ungeteilte Begeisterung aus. Ein besonders positives Echo fanden sein Mut und seine persönliche Initiative bei den israelischen Arabern, die im allgemeinen dem Judenstaat und dessen Repräsentanten mit größter Reserve gegenüberstehen. Er wurde — ein noch nie dagewesener Fall für einen Juden — eingeladen, eine Blutfehde zwischen zwei mohammedanischen Familien eines arabischen Dorfes zu schlichten. Nathan begab sich Mitte März auf eine Reise nach Europa und die Vereinigten Staaten, um für den Frieden zwischen den arabischen Staaten und Israel zu werben. Die ganze Episode wäre in den Tagen Ben Gurions undenkbar gewesen.

In die Reihe der Bemühungen um eine friedliche Lösung des Israelproblems gehört auch das Angebot des tunesischen Präsidenten Bourgiba vom April 1965, das Anzeichen einer Kompromißbereitschaft erkennen ließ. Man kann sagen, daß zwar keine qualitative, aber doch eine quantitative Änderung des arabischen Verhaltens zu Israel zu verzeichnen ist.

IV

Ein besonders heikles Kapitel bilden die Beziehungen zu Deutschland, die in Israel emotionell schwer belastet sind. Die Bundesrepublik hat als Nachfolgestaat des Dritten Reiches eine fürchterliche Erbschaft angetreten. Gewiß wird in Israel anerkannt, daß die staatlichen und individuellen Reparationszahlungen dem Staate sehr genützt haben und manches persönliche Leid — soweit es mit barer Münze abzugelten war — gemildert wurde. Verfolgen aber schon andere Staaten in West und Ost die Innen- und Außenpolitik Bonns mit größtem Mißtrauen, so ist dies in Israel doppelt und dreifach der Fall. Daran hat auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nichts geändert. In Israel weiß man sehr wohl, wie schwer sich Erhard entschloß, politische Kontakte aufzunehmen, und daß Schröder sich bis zuletzt dagegen aussprach. Die endlosen Debatten im vorigen Jahr in der Bundesrepublik, den noch nicht angeklagten Naziverbrechern praktisch Amnestie zu gewähren und die jedem Rechtsgefühl hohnsprechenden leichten Strafen in den Prozessen gegen die Mörder und ihre Handlanger werden in Israel mit größtem Unmut aufgenommen. Israel besitzt Zehntausende von Bürgern, die in Konzentrations- und Todeslagern Unvorstellbares durchgemacht haben. Die israelische Öffentlichkeit kann nicht verstehen, wieso Menschen, denen der Mord oder die

Mordbeihilfe an Tausenden nachgewiesen wurde, mit Strafen von drei oder vier Jahren davonkommen. In Deutschland ist die Erklärung üblich, daß die „denazifizierten" Freunde der Mörder, die wieder in hohen Positionen sind, nicht mehr angeklagt werden können und daß es Unrecht wäre, die Ausführer von Befehlen zu bestrafen, während die Befehlenden frei umhergingen. Derartige Ausflüchte werden in Israel als Beweis genommen, daß das demokratische Bewußtsein in der Bundesrepublik nach wie vor schwach verwurzelt ist. In der israelischen Presse wird ausführlich dargelegt, daß im Staats- und Justizapparat der Bundesrepublik Hunderte von Beamten und Richtern sitzen, die unter Hitler direkt oder indirekt an der Verfolgung gegen die Juden teilnahmen.

Dazu kommt die absichtliche oder unabsichtliche Taktlosigkeit des deutschen Außenministeriums, einen Mann wie Dr. Török als hohen Botschaftsbeamten nach Israel zu entsenden. Dies gilt allgemein als Beweis, daß Schröder, der gegen seinen Willen gezwungen wurde, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, den Judenstaat verhöhnen und erniedrigen wollte. Die Enthüllungen des ungarischen Historikers Lavay, daß Török aktives Mitglied der ungarischen faschistisch-antisemitischen Pfeilkreuzlerpartei gewesen sei, mögen sich bei den in Deutschland bereits seit drei Monaten laufenden Untersuchungen als richtig oder falsch herausstellen; unumstößliche und von Török selbst nicht geleugnete Tatsache bleibt, daß er noch im April 1945 Beamter der ungarischen Botschaft der faschistischen Szalasy-Regierung in Berlin war. Török ist also ein Mann, der in den letzten Wochen des Dritten Reiches noch als verläßlich genug angesehen wurde, um (nach der Eroberung Ungarns durch die Sowjetarmee!) eine Position im faschistischen Staatsapparat zu bekleiden. In Israel wird allgemein behauptet, daß es kein Zufall sein könne, wenn das deutsche Außenministerium einen solchen Mann nach Israel schicke und sich weigere, ihn abzuberufen.

Die erwähnten Tatsachen sind nicht dazu angetan, das Vertrauen zur Bundesrepublik zu stärken und die Beziehungen zu verbessern. In Deutschland wird das Verhältnis zu Israel allgemein so angesehen, als ob die moralische Schuld durch die Entschädigungszahlungen abgegolten sei und daß deutscherseits keine speziellen Verpflichtungen zum Judenstaat mehr bestünden. Demgegenüber wird in Israel darauf hingewiesen, daß die Blutschuld auch durch noch so vieles Geld nicht abzuwaschen ist. Eschkol betonte in dem erwähnten Presseinterview Anfang März, daß das jüdische Volk durch Hitler und seine Handlanger in physischer, geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht derart geschwächt worden sei, daß das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland in der lebenden Generation nicht dem zu anderen Völkern gleichen könne.

Die Forderungen Israels bei den jetzigen Besprechungen in Bonn laufen darauf hinaus, ein großzügiges Wirtschaftshilfe-Abkommen zu schließen und Israel eine Anleihe von 500 Millionen Dollar in zehn Jahresraten zu gewähren. Diese Summe wurde am 14. März 1960 bei den Besprechungen zwischen Adenauer und Ben Gurion im Waldorf-Astoria-Hotel in New York vereinbart. Adenauer, der damals infolge der kurz vorher angestellten Hakenkreuz-Schmierereien eine großzügige Geste der Verständigungsbereitschaft zeigen wollte, erklärte in Anwesenheit hoher Regierungsbeamter beider Staaten, daß die Bundesrepublik nach Ablauf der Entschädigungszahlungen 1965 eine Anleihe in dieser Höhe an Israel gewähren werde. Deshalb stößt die Weigerung der deutschen Delegation bei den jetzigen Besprechungen, dieses Versprechen einzulösen, in Israel auf Unverständnis. Ebenso ist die Bemerkung Lübkes, Deutschland habe schon genug für Israel getan, mit Betroffenheit und Bestürzung aufgenommen worden. Der Judenstaat

ist dafür bekannt, daß er seine internationalen Zahlungsverpflichtungen und seine Zusagen einhält; im neuen Budget sind zur Schuldentilgung verschiedener früherer Anleihen 250 Millionen Israel-Pfund angesetzt worden. Während sich aber die Bundesregierung unter allerlei Ausflüchten weigert, die vor sechs Jahren eingegangenen Zusagen einzuhalten, macht sie großzügige finanzielle Angebote an die arabischen Staaten, um die diplomatischen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Es ist zu hoffen, daß bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Der israelische Gesandte in Bonn, Ben Nathan, betonte in einer Rede am 27. Februar im Südwestfunk, daß neue Wege des Zusammenlebens der beiden Völker gefunden werden müssen und daß es besonders wichtig für die Jugend der beiden Staaten sei, einander besser kennenzulernen. Schon jetzt hat die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik Hitler und sein Regime nicht oder nicht bewußt miterlebt. Zwar ist die einst großartige Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes ein für allemal dahin; wenn aber das deutsche Volk, in demokratischem Bewußtsein erzogen, die notwendigen Konsequenzen ziehen wird, seinen Staat in Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft mit anderen Völkern aufzubauen, so steht zu hoffen, daß die gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage des Respekts und der Menschenwürde erneuert werden können.

Kalixte Z. Mukendi

Afrikas Kampf um die zweite Unabhängigkeit

> „Es gibt heute in Afrika mehrere scheinbar unabhängige Staaten, die bewußt oder unbewußt den Interessen des neuen Imperialismus dienen, der dabei ist, alte Ausbeutersysteme wiederherzustellen."
>
> Kwame N'Krumah

Die technische Unterentwicklung, in der sich die afrikanischen Staaten befinden, ist zweifellos die Konsequenz der Unterdrückung dieser Völker durch den Imperialismus und der systematischen kolonialistischen Ausbeutung ihrer Rohstoffe. So war der unter dem Motto „Freiheit für alle" geführte Massenkampf der Afrikaner, vor allem seit Ende des Zweiten Weltkrieges, gegen diesen Zustand gerichtet. Sekou-Touré nannte diese Zeit die Zeit des „politischen Freiheitsmythos". Heute ist die Lage wesentlich anders, obwohl der wirtschaftlich-politische Raum derselbe geblieben ist. Im großen und ganzen sind alte Strukturen unverändert geblieben. Wirtschaftliche Beziehungen zu den „Metropolen" werden nach den alten Regeln gepflegt. So wird z. B. das Holz Afrikas nach wie vor in Hamburg verarbeitet, der Kakao verwandelt sich in Amsterdam

oder in Zürich in Schokolade, die Wolle wird in Elbeuf oder in Leeds zu Stoff, und die Erdnüsse werden in Marseille oder in Liverpool ausgepreßt. Nur die Hautfarbe der Herrscher in den neuen Staaten Afrikas hat sich aus Weiß in Schwarz verwandelt. Sechs Jahre, nachdem die meisten Länder ihre Unabhängigkeit erlangt haben, ist der große Hunger Afrikas noch immer nicht gestillt. Hunger nach Lesen und Schreiben, um die Wissensgebiete zu beherrschen; Hunger nach dem technischen Aufbau des Landes; Hunger nach Modernisierung der Landwirtschaft als Träger des Industrialisierungsprozesses; Hunger nach Forschung und Entdeckung der wissenschaftlichen Erkenntnis. Kurz, Hunger nach Entwicklung. Inhalt und Ziel des Kampfes der afrikanischen Völker haben sich also stark geändert. Die bloße „Freiheit" ist für die Afrikaner nur eine Farce, weil Freiheit ohne Industrialisierung und technische Entwicklung nicht realisiert werden kann. Das Kampfmotto ist nicht mehr vom „Freiheitsmythos", sondern vom „Entwicklungsmythos" geprägt.

Die Offensive des Neo-Kolonialismus in Afrika

Als im Frühjahr 1963 in Addis-Abeba Kwame N'Krumah, Ben Bella und Nasser zusammen mit Tubman von Monrovia, Youlou von Brazzaville und Tsiranana von Tananarivo ein historisches Dokument unterschrieben, waren wir fest davon überzeugt, daß die Staatsmänner der „Casablanca-Gruppe" im Kampf gegen den Neo-Kolonialismus einen entscheidenden politischen Fehler gemacht hatten.

N'Krumah und seine politischen Freunde aus Mali, Algerien, Ägypten und Guinea waren ständig besorgt um die Zukunft des gesamten afrikanischen Kontinents. Die radikale Auseinandersetzung zwischen „revolutionären" und „gemäßigten" Staatsmännern, organisiert in der „Casablanca-Gruppe" einerseits und in der „Monrovia-Gruppe" andererseits, die sich gegenseitig beseitigen wollen wie Rom und Karthago, schien ihnen den tatsächlichen Interessen Afrikas nicht zu entsprechen. Sie fürchteten von Anfang an, Afrika könnte auf diese Weise zum Nährboden für außerafrikanische Konflikte und zu einem Kampffeld des Kalten Krieges zwischen Ost und West werden.

Eine Zeitlang glaubten diese an sich sehr nüchternen Politiker, daß es ihnen gelingen könnte, durch Schaffung einer auf afrikanische Einheit gerichteten kontinentalen Organisation die „gemäßigten" Staatsmänner, d. h. solche, die mit den imperialistischen Ländern sympathisieren, zu beeinflussen und von der Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes gegen den Neo-Kolonialismus zu überzeugen.

So feierte der sozialistisch orientierte Nyerere aus Tansania gemeinsam mit Houphouet-Boigny von der Elfenbeinküste, der sein Land in die Hände der großen Konzerne aus Frankreich, Kanada, USA und der Bundesrepublik Deutschland gespielt hat, das Ergebnis vom 25. Mai 1963 in Addis-Abeba. Aber für uns junge Männer des Volkes, die weit entfernt von den Präsidentenpalais' leben, gab es nichts, was in unseren Augen einen Schritt in die Zukunft angedeutet hätte, außer zwei-drei Punkten der Addis-Abeba-Charta, die alle Unterzeichner aufforderten, auf die sofortige Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte in ihren Ländern hinzuwirken und eine effektive Hilfe zur Unterstützung des noch unter dem Kolonialismus leidenden Teiles Afrikas zu leisten. Indem

Modibo-Keita, Nyerere, Sekou-Touré, Ben Bella, Nasser und N'Krumah ihre Namen unter einen Text setzten, der ganz klar die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Unterzeichnerstaaten postulierte, akzeptierten sie nicht nur jeden Staatsmann, wie er ist, sondern legalisierten auch die veralteten, neokolonialistisch orientierten Strukturen von Kongo, Nigeria, Ruanda, Äthiopien oder Kenia. So stand diese prachtvolle Zusammenkunft in der Hauptstadt des „Königs der Könige", Feudalherrscher über sein Land, eindeutig im Widerspruch gegen das von ihr verfolgte Ziel der Einheit Afrikas. Es war nur eine Einigung auf sentimentaler Basis, ein Sieg der Naivität über die Entschlossenheit, den zum Überleben notwendigen Kampf zu Ende zu führen.

Ein Jahr später, als die afrikanischen Staatsmänner in Kairo versammelt waren, ärgerten sich mit Ausnahme des Präsidenten von Madagaskar fast alle Afrikaner darüber, daß der große schwarzhäutige Verbündete Salazars und Verwoerds, Moise Tschombe, der kurz zuvor blitzschnell aus seinem Exil bei Franco zurückgekehrt und Adoulas Nachfolger in Leopoldville geworden war, auf Grund der Addis-Abeba-Charta unbedingt neben König Hassan von Marokko und dem Präsidenten von Kongo-Brazzaville, Massamba, Platz nehmen wollte. Da wurde es sehr vielen Menschen klar, daß das kaiserliche Spiel von Addis-Abeba nicht rein afrikanisch gemeint gewesen war, und man fing an, auf ein paar mutige Männer zu hören, die die neokolonialistischen Bemühungen in Afrika laut verdammten.

Tschombe ist für die imperialistischen Kräfte einer der Garanten, die verhindern sollen, daß Afrika einen Mittelweg zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus findet. Das ist inzwischen vielen afrikanischen Politikern klar geworden, die nicht rechtzeitig hatten aufwachen wollen, um zu erkennen, daß inzwischen mit ihrer Zustimmung in der Organisation der Einheit Afrikas zahlreiche gefährliche „Tschombe's" Platz genommen hatten, um jede Idee der Befreiung Afrikas von den alten Ketten der Sklaverei zu sabotieren. Der Kampf dieser Politiker hatte immer vor allem Männern wie Ben Bella, N'Krumah, Nyerere, Nasser oder Sekou-Touré gegolten, die ihrerseits naiv an den Status quo glaubten und von einer friedlichen Evolution zur Einheit Afrikas träumten. Man begrub das Kriegsbeil und glaubte an die Koexistenz zwischen den Staatsmännern von Ghana und Nigeria, zwischen dem Kongo und dem Sudan, zwischen Tansania und Madagaskar. Man traf sich häufig bei Festlichkeiten, mal in Kairo, mal in Akkra oder Addis-Abeba, Tschombe umarmte Houphouet-Boigny, Sekou-Touré empfing Haile Sellasie, N'Krumah küßte Kasavubu, den er vor einigen Jahren als einen Komplicen der Mörder Lumumbas bezeichnet hatte ... Es war gar nichts mehr von einem revolutionären Afrika zu hören, über Nacht wurden alle miteinander befreundet, während die Misere immer mehr an Boden gewann. Parallel dazu und auf Grund ihrer technischen Möglichkeiten trafen die imperialistischen Kräfte ihre Vorbereitungen zum Gegenschlag. Rache für das dunkle Jahr der Entkolonialisierung 1960/61, „Afrikanisches Jahr" genannt!

April 1962 reiste der damalige Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland nach Lissabon und sicherte Salazar große wirtschaftliche und militärische Hilfe zu, die zumindest indirekt zur Niederschlagung der Aufstände in Angola, Mozambique und „portugiesisch" Guinea verwendet werden konnte. Für diese Hilfe bekam Prof. Erhard die Möglichkeit angeboten, auf portugiesischem Boden einen NATO-Stützpunkt der Bundeswehr zu errichten. Kanadier kontrollieren vollständig das Kupfer von Mauretanien. Die mächtigen EWG-Monopole kon-

zentrierten ihre Kräfte an der Elfenbeinküste, in Senegal, Kamerun und Madagaskar, während die Amerikaner den strategisch wichtigen und unendlich reichen Kongo, Ruanda Burundi und Kenia für sich behielten. Sie sandten Soldaten und Söldner aus allen Gegenden hierhin, um, mit „Kongo-Müller" zu sprechen, die „freie Welt" gegen den „chinesischen Kommunismus", diese „gelbe Epidemie", die in Zentralafrika von Mulele, dem „Kongo-Rebell", verbreitet wurde, zu verteidigen.

NATO-Truppen wurden eingesetzt, um Stanleyville und Paulis in der Nord-Ost-Provinz des Kongo zu erobern und an Tschombe, den treuen Diener, zu übergeben. In Bujumbara wurden mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes Ministerpräsidenten ermordet, weil sie de Gaulles Beispiel, China anzuerkennen, gefolgt waren. NATO-Truppen befreiten Youlou, den polygamen katholischen Priester, den das Volk von Kongo-Brazzaville abgesetzt hatte. Das gleiche wurde ein paar Monate später von französischen Soldaten in Gabun wiederholt: Der gestürzte Präsident Maga wurde durch de Gaulles Willen gegen den Willen des afrikanischen Volkes wieder an die Macht gebracht.

Tatsächlich müssen wir bei den Ereignissen in Afrika zugeben, daß die Lage schwer zu übersehen ist. Sie wechselt von Land zu Land. Nigeria ist konservativ, Obervolta korrupt, der Kongo stagniert, Ghana war zumindest bis zum Putsch gegen N'Krumah fortschrittlich — usw. Aber diese verworrene Lage ist sicherlich das unmittelbarste Ergebnis einer naiven Politik auf Grund der sentimentalen Verbrüderung von Staatsmännern mit einander entgegengesetzten Konzeptionen. Diese sentimentale Verbrüderung wollte uns glauben machen, daß es möglich sei, in einem balkanisierten Afrika die Einheit dadurch zu verwirklichen, daß man fortfuhr, die Bildung von Miniatur-Staaten bis ins Unendliche zu vermehren, deren Funktionieren vom „guten Willen" und der direkten Intervention des großen Geld-Manitous in unsere Angelegenheiten abhängig ist.

Zwischen Ost und West: Wo ist der Mittelweg Afrikas?

Um mit dem Franzosen René Dumont, einem Experten für Probleme des Aufbaus in der Dritten Welt, zu sprechen: Afrika hat gewiß einen schlechten Anfang genommen. Aber das liegt nicht am Geldmangel — wie man im Westen oft zu sagen pflegt —, auch nicht am Mangel an studierten Kräften, sondern einfach daran, daß Afrika nicht gewußt hat, wie die „notwendige Übergangsperiode" von der kolonialen Knechtschaft zum Aufbau des Sozialismus — den es dauernd proklamiert — zu bewältigen sei. Ohne das Gewicht seiner Geschichte zu kennen und ohne die Gegenwart gründlich zu analysieren, hat Afrika sich auf der Suche nach Kapital und Investitionen oftmals in schwer qualifizierbare Abenteuer gestürzt und oft genug mehrere Stufen des Aufbaus auf einmal nehmen wollen. Wenn es dadurch sein Gleichgewicht verliert, kann es nur zu Fall kommen und riskieren, in Besitz genommen und wieder an den Rand des Elends geworfen zu werden.

Stabilität ist eine Sache auf lange Sicht, die einen fortwährenden Prozeß mit einbezieht, der auf der Harmonisierung verschiedener Momente im Inneren einer Gesellschaft beruht. Darum kann es nicht genügen, nur das erwartete Ziel zu sehen und den Weg nicht zu kennen, der dahin führt. Besonders dann nicht, wenn es nicht beliebig viele Wege gibt. In Wirklichkeit gibt es nur den Weg

zum Sozialismus, und zu diesem führt wieder nur ein einziger Weg: es ist der Weg, der sich auf den Glauben im Menschen stützt und der aus dem Menschen den ersten Aktivposten des Aufbaus macht.

Häufig hat Afrika seine sozialistische Bestimmung proklamiert, und dennoch ist nach wie vor der Kapitalismus, der sich der Reichtümer Afrikas bemächtigt, der ärgste Feind einer Gesellschaft, die wir in kürzester Frist verwirklichen wollen. Die Befreiung von diesem Feind ist aber nur möglich, wenn sie von Grund auf errungen wird: durch eine nationale Interessengemeinschaft gegen alle alten Einrichtungen der Ausbeutung. Stabilität kann nur erreicht werden, wenn sie das unmittelbare Ergebnis eines wissenschaftlich durchdachten Aufbaus ist, der sich auf ökonomische Großgebiete stützt, die in der Lage sind, einen interafrikanischen Markt in großem Maßstab aufzubauen, der, wenn auch nicht völlig autark, zumindest gegen die Weltspekulationen geschützt sein müßte, die vom Imperialismus beherrscht und, wie die Welthandelskonferenz 1964 in Genf deutlich zeigte, der Manipulation durch den Kapitalismus unterworfen sind.

Solcher stabilisierender wirtschaftlicher Großgebiete (oder Pole) gibt es fünf: Nigeria für Westafrika, Algerien für Magreb, Ägypten oder Äthiopien für Ostafrika, der Kongo für Zentralafrika und Südafrika für den südlichen Teil des Kontinents. Für eine solche Raumeinteilung sprechen zwei objektive Vorteile:

1. das Vorhandensein einer Unmenge von Rohstoffen in jedem von ihnen,

2. die Existenz eines breiten menschlichen Potentials in jedem von ihnen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß jeder sechste Afrikaner ein Nigerianer ist und jeder zwölfte ein Kongolese, ein Äthiopier oder ein Ägypter. Natürlich wissen wir, daß für das Funktionieren einer modernen Wirtschaft Rohstoffe und menschliches Potential allein nicht ausreichen; wenn sie zu Elementen des sozialistischen Fortschritts werden sollen, müssen sie konsequent genutzt werden. Jedenfalls ist es der unbestreitbare Wille der afrikanischen Bevölkerung, einen sofortigen Ausweg aus den wirtschaftlichen Machinationen des Imperialismus zu finden und auf dem sozialistischen Wege dem unheilvollen und höllischen Zirkel der Armut zu entgehen.

Woher sollen die Investitionen kommen?

Die Geschichte zeigt uns, daß die Nationen verschiedene Wege gegangen sind, um ihre Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren und die Probleme der notwendigen Akkumulation von Kapital für den Aufbau zu lösen. Großbritannien mußte jahrzehntelang, wenn nicht jahrhundertelang seine Kolonien systematisch durch und durch ausbeuten. Marx beschreibt diesen Vorgang wie folgt: „Was die Engländer jährlich an Renten, an Dividenden von Eisenbahnen, die für die Hindus nutzlos sind, an Pensionen für Militärs und Zivilbeamte erhalten, was sie für afghanische und andere Kriege etc. etc. aus dem Land ziehen, was sie ohne jede Gegenleistung bekommen und ganz unabhängig von dem, was sie sich alljährlich innerhalb Indiens aneignen — ich spreche also nur von dem Wert der Waren, die Indien umsonst jedes Jahr nach England schicken muß — all das macht schon mehr als das gesamte Einkommen der 60 Millionen indischer landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter aus." [1]) Deutschland operierte vor allem auf der Basis von

[1]) Karl Marx an N. F. Danielson, Brief vom 19. Februar 1881, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Stuttgart 1953, S. 405.

Kriegsentschädigungen. Als es 1870/71 Frankreich besiegt hatte, entzog es dem niedergezwungenen Land 5 Milliarden Goldfranken. Die Anzahl von Fabriken, Bergwerken und Eisenbahnlinien, die danach innerhalb von 4 Jahren in Deutschland gebaut wurden, überstieg die Aufbaumöglichkeiten, die unter normalen Verhältnissen in 25 Jahren hätten verwirklicht werden können. Das zaristische Rußland, das seinen Aufbau durch fremde Finanzierung, also Entwicklungshilfe, erreichen wollte, wurde dadurch immer mehr dem ausländischen Kapital unterworfen. Die USA gründeten ihren Aufbau auf die Ausrottung der Indianer und den Sklavenmarkt.

Das neue Afrika kann alle diese Wege nicht gehen. Für Afrika bildet die Investition an Menschen nach den Rohstoffen den zweiten Faktor, wenn nicht den ersten überhaupt. Der Faktor der menschlichen Massen kann dem Staat hohe Geldsummen einsparen, die er zur Verwirklichung großer Projekte braucht. Die menschlichen Energien konzentrieren sich zuerst in der Landwirtschaft, die dann ohne Zweifel eine gewisse Anhäufung von Reichtum zugunsten der Industrialisierung ausweisen würde. Arbeitsteilung und Verteilung der Kräfte über das ganze Territorium würden der geographischen Lage der agrarischen und mineralischen Quellen Rechnung tragen. Wenn daher z. B. die Provinz Katanga im Kongo und Zambia das Herz der Metall-, Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie wären, würde die Erdölindustrie in Angola eingerichtet werden, die Lebensmittelindustrie würde sich in der Zentralafrikanischen Republik konzentrieren, ebenso in Tansania, in Kenia und Angola, während die Textil-, Holz- und Papierindustrie im äquatorialen Teil Afrikas den Menschen Arbeit geben könnte. Die aluminiumverarbeitende Industrie würde ihren Platz in Kamerun finden, und der Schiffsbau könnte sich an den Küsten des Atlantischen und Indischen Ozeans entwickeln. Afrikas Investitionsproblem ist nicht in erster Linie ein Geldproblem. Sondern es ist das Problem, die Menschenmassen Afrikas produktiv, nach Schwerpunkten sinnvoll gegliedert, in Bewegung zu setzen und ihren Verstand und ihre Arme zu mobilisieren. Nur auf diese Weise könnten schwierige Finanzierungsverpflichtungen, die immer in Abhängigkeit vom Kapital führen, umgangen und die Verwirklichung großer Projekte beschleunigt werden.

Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen vermuten, daß die Geschichte sich von nun an den Massen anpassen wird. Die Massen werden verstehen lernen, daß nunmehr sie es sind, die den Schlüssel zu Verfall oder Fortschritt in Händen haben.

Die Notwendigkeit der zweiten Unabhängigkeit

Seit es ein unabhängiges Afrika gibt, ist die Frage nach der Einheit Afrikas ein obligatorisches Leitmotiv der politischen Diskussion. Übrigens ist das Thema an und für sich schon älter als irgendeine staatliche afrikanische Unabhängigkeit. Einheit bedeutet nichts anderes als die Verwirklichung einer einzigen afrikanischen Nation mit einer einzigen Zentralregierung. Ein nationales vereinigtes Afrika von Algier oder Kairo bis Kapland. In einem berühmt gewordenen Buch von Kwame N'Krumah („Africa must unite"), das er kurz vor der Zusammenkunft von Addis-Abeba 1963 veröffentlichte, wird auseinandergesetzt, daß die jetzigen afrikanischen Staaten in einem vereinigten Afrika unter sich gleichberechtigt sein und ihre Souveränität beibehalten sollen — bis auf die Ressorts Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaft und Finanzen, die in die Gewalt der Zentral-

regierung übergehen würden. Für N'Krumah, Nyerere, Modibo-Keita, Sekou-Touré, sowie für eine große Anzahl von Afrikanern ist dieses Bestreben gleichbedeutend mit dem Verlangen der Deutschen nach staatlicher Einheit oder mit den Einheitsbemühungen Italiens im 19. Jahrhundert.

Genau wie die UdSSR, USA, China oder Westeuropa für sich den Wunsch nach Einheit und Stärke haben, ist es das Ziel der afrikanischen Einheit, aus dem Kontinent ein mächtiges, unabhängiges und modernes Land zu machen, das in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen werden kann. Das einzige Mittel dazu ist die Verwirklichung einer großen Wirtschaftsmacht im afrikanischen Raum. Eine Reihe von objektiven politischen und wirtschaftlichen Gründen spricht für einen solchen Zusammenschluß. Erstens ist jedes afrikanische Land für sich zu schwach im Vergleich zu den europäischen oder nordamerikanischen Staaten. Diese Schwäche zwingt sie gegenwärtig dazu, ihre Sicherheit in bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen mit den alten Kolonialmächten zu suchen. Diese Schwäche macht es auch möglich, sie von den Feinden Afrikas ausnutzen und gegeneinander ausspielen zu lassen. Die willkürlich festgelegten gegenwärtigen Grenzen innerhalb Afrikas haben dazu geführt, daß zusammengehörige Bevölkerungsgruppen voneinander getrennt wurden und ihr Bestreben nach Einheit von fremden Mächten als Konfliktsgrund ausgenutzt werden kann. Zur Illustration sei nur auf die Grenzkonflikte Marokko—Algerien, Somalia—Äthiopien, Somalia—Kenia und Burundi—Ruanda hingewiesen. Man könnte auch die Verteidigungsbudgets erwähnen, die für jeden der heutigen 36 Staaten unerträglich hoch sind. Es ist völlig unmöglich, aus dem heutigen Entwicklungszustand herauszukommen, solange Afrika staatlich balkanisiert bleibt, aufgeteilt in Länder, von denen die meisten weder über die für einen gesunden inneren Markt und für die Ausbeutung der Rohstoffe erforderliche größere Bevölkerungsdichte, noch über das notwendige Kapital verfügen. Die Lösung kann nur in der Planfikation der Wirtschaft für ganz Afrika liegen. Währungsschwierigkeiten, die benachbarte Staaten im heutigen Zustand untereinander haben, sowie die Gefahr, daß diesseits und jenseits der Grenzen Produktionsbetriebe entstehen, die im Endeffekt gegeneinander konkurrieren, plädieren zusätzlich für die Verwirklichung großer, kontinentaler Unternehmen, denn die Rentabilität dieser Betriebe wird sich erst dann erweisen, wenn sie innerhalb Afrikas selbst große Massen von Abnehmern finden. Der Welthandel ist für die afrikanischen Länder katastrophal, denn er richtet sich nach den Fluktuationen und Spekulationen von Angebot und Nachfrage der industrialisierten Länder Europas und Nordamerikas. Daher ist die wirtschaftliche Vereinigung Afrikas die einzige logische Möglichkeit, die sinnlose Konkurrenz afrikanischer Güter auf dem Weltmarkt zu unterbinden.

Zu Anfang sagten wir, die technische Unterentwicklung Afrikas sei eine Folge der Unterdrückung der afrikanischen Völker durch den Imperialismus. So sind die heutigen Putsche von Generälen, die in den alten Metropolen geschult wurden, ohne Ausnahme das Werk neokolonialistischer Kräfte, die ihre Interessen darin sehen, jeden Fortschritt der alten Kolonialländer zu verhindern. Abgesehen von Nigeria, wo die neuen Machthaber unter dem Druck der fortschrittlichen Massenbewegungen stehen und sich daher bemühen, in etwa eine fortschrittliche Politik im Vergleich zu der vorangegangenen Zeit zu betreiben, ist das direkte Eingreifen von Soldaten in die Politik, ob im Kongo, in Dahome, in der Zentralafrikanischen Republik, in Obervolta oder in Ghana, eindeutig eine Tat des im Hintergrund manipulierenden Kapitalismus gegen die afrikanische sozialistische Revolution. Kein Wunder also, daß über den Sturz Kwame N'Krumahs Leute wie

Jan Smith in Salisbury, Salazar in Lissabon und Verwoerd in Pretoria die größte Genugtuung zeigten.

Aber wir Afrikaner sind kein verfluchtes Volk. Wir können mit unseren eigenen Mitteln aus dem Unheil des Elends und aus dem heimtückischen Zirkel der Unterentwicklung herausfinden, in dem uns der Kapitalismus trotz aller „Unabhängigkeits"-Proklamationen bis heute gefangen hält.

Wir streben das Ziel eines vollkommeneren Lebens an, eines Lebens von größerer Qualität, in dem die grundlegenden Bedürfnisse zugleich die erstrebenswertesten sind: Erziehung, Gesundheit, seelisches Gleichgewicht, schöpferische Aktivität, Solidarität, Teilnahme an den kollektiven Anstrengungen. Diese inneren, eigenen Anstrengungen Afrikas müssen so groß werden, daß jede Intervention von außen, mag sie dem einzelnen afrikanischen Land noch so verlockende Vorteile in Aussicht stellen, im Vergleich zur afrikanischen Selbst-Kummulation immer von zweitrangiger Bedeutung bleibt.

Das Gegenteil dazu besteht in einer wirtschaftlichen Pseudoentwicklung wie z. B. an der Elfenbeinküste, wo man sich, wie man weiß, auf den ausländischen Wettbewerb stützt. Eine solche Praxis kann nur die Realität kaschieren: die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit in einer anderen Form. Nominell unabhängige Staaten befinden sich in Wirklichkeit in den Händen ausländischer Monopole. Darum muß Afrika um seine zweite Unabhängigkeit kämpfen. Aus der Scheinfreiheit muß echte Freiheit werden.

Mit Hilfe der O.E.A. (Organisation der Einheit Afrikas) wird die Einheit Afrikas nie erreicht werden; dazu vereinigt diese Organisation zu entgegengesetzte Elemente in sich, z. B. Revolutionäre und Kämpfer von Brazzaville und Dar-es-Salam einerseits und reaktionäre Elemente aus Nigeria und Feudalherren aus Addis-Abeba. Nur die Fortsetzung des revolutionären Kampfes der Völker Afrikas, an der Spitze die Intellektuellen und Studenten, kann zum Ziel führen. Der Weg Afrikas zu Stabilität und Fortschritt ist lang. Aber gerade die Erfahrungen der letzten Jahre mit ihrer bitteren Ernüchterung nach dem Pathos der Unabhängigkeitserklärungen haben uns gezeigt, daß wir nicht müde werden dürfen, den Weg weiterzugehen.

Bücher

„Es muß anders werden!"

Ulrich Lohmar u. a. „Deutschland 1975. Analysen — Prognosen — Perspektiven"; Kindler-Verlag München, 1965, 247 S., Leinen 16,80 DM, Paperback 11,80 DM.

Im Jahre 1975 werden wir noch nicht die „schöne neue Welt" Aldous Huxleys haben und auch keine, wie Orwell befürchtete: der Termin liegt noch neun Jahre vor 1984, und die SPD hofft, schließlich doch einmal ans Lenkrad zu kommen.

Nicht alle Wege, welche die Sozialdemokraten in dieser Richtung bisher eingeschlagen haben, sind vertrauenerweckend, geschweige denn erfolgreich gewesen. Der vorliegende, noch vom Kanzlerkandidaten Willy Brandt eingeleitete Zehn-Jahres-Ausblick stellt für wesentliche innenpolitische Aufgaben ein brauchbares Konzept auf. Im Gegensatz zu der im Regierungslager verbreiteten Intellektuellen-Feindlichkeit hat Brandt nach dem Vorbild John F. Kennedys schon immer Sympathie für einen wissenschaftlichen Beraterstab bekundet.

Unter Redaktion von SPD-MdB Dr. Ulrich Lohmar äußert sich in diesem Buch eine Reihe von Wissenschaftlern, die wahrscheinlich sämtlich der SPD nahestehen. Indessen weisen ihre Beiträge kein spezifisch sozialistisches Gedankengut auf, sondern ihre Analysen würden sicherlich auch CDU-Gelehrte zu ähnlichen Schlußfolgerungen zwingen. Dennoch: Just Außen- und Verteidigungspolitik fehlen in diesem Band, die Sparten also, in denen eine entschiedene eigene Meinung gefragt ist. Gewiß, ein Deutschland-Report kann nur wägbare innerdeutsche Trends herausarbeiten, nicht aber eine unwägbare Weltlage berücksichtigen, mag diese auch unleugbar die deutsche Situation entscheidend beeinflussen. Allerdings ist es evident, daß deutsche Aktionen auch die Weltlage mitbestimmen können; man denke nur an die strittige Atombewaffnung und die Wiedervereinigungspolitik. Letztere ist schließlich eine eminent deutsche Frage! Vielleicht sind aber diese Probleme nicht wissenschaftlich-pragmatisch, sondern eben nur politisch, willkürlich, emotional, auf weltanschaulicher Grundlage entscheidbar. Um so mehr ist der vernünftige politische Entschluß in anderen Sachfragen hauptsächlich von der im voraus gestellten wissenschaftlichen Analyse abhängig.

„Der Baumarkt funktioniert im Bereich des Wohnungswesens nicht im Sinne des liberalistischen Wirtschaftsmodells: Das Angebot soll ja in einem ähnlichen zeitlichen Rhythmus variabel sein wie die Schwankungen, die auf der Nachfrageseite auftreten. Nun sind Häuser teure und langfristige Konsumgüter. Das Angebot an Wohneinheiten ist auch durch intensive Bautätigkeiten nur langsam, der Menge und der Güte nach, zu verändern. Außerdem sind Häuser vorerst noch nicht transportabel. Sie können einen auftretenden Bedarf vorläufig nur dort befriedigen, wo sie einmal stehen", schreibt der Soziologe Hans Paul Bahrdt in seiner Studie über „Stadtplanung". „Das Bauwesen, vor allem der Wohnungsbau, bedarf aus diesen Erwägungen heraus einer nachhaltigeren staatlichen Lenkung als andere Wirtschaftszweige — wie auch die Forstwirtschaft, die darauf Rücksicht nehmen muß, daß das Wachstum der Bäume nicht der wechselnden Nachfrage auf dem Holzmarkt angepaßt werden kann."

Professor Bahrdt verweist auf die im Wohnungsbau ausgeprägten „vagen Vorstellungen" über „Geborgenheit in überschaubaren nachbarlichen Gemeinschaften und über den christlichen oder hygienischen Wert des Wohnens im eigenen Haus mit Garten". Axiomatisierte Ideen dieser Art haben zur Zersiedelung deutscher Landschaften, zu Verlusten an landwirtschaftlicher Nutzfläche, Erholungsgebieten und last not least dringend benötigtem Bauland sowie zu schwer lösbaren Verkehrsproblemen geführt. Bei allen Meditationen über „natürliches" oder „organisches" Zusammenleben hat man vergessen, „daß die Abschirmung der Privatsphäre die Voraussetzung für die private Kultur der Familien ist". Stadtplanung und Bauweise müßten endlich auf den „sozial überforderten Menschen unserer Tage" Rücksicht nehmen.

Diesem Problemkreis eng verwandt ist der „Verkehr", den der Hauptverwaltungsrat bei der EWG-Kommission in Brüssel Karl Kühne in seiner so betitelten Studie behandelt. Phantastische Prophezeiungen, erinnernd an die „Erlebnisse im Jahr 2000" von Edward Bellamy, gibt Dr. Kühne schon für die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts: „In den 70er Jahren mag in den großen Städten der ‚Carveyor' — die Förderband-Untergrundbahn mit Einzelkabineneinheiten in ununterbrochener Zugfolge — diskutabel werden. Elektronisch gesteuerte, automatische Systeme werden dazu beitragen, den Personalmangel bei den öffentlichen Verkehrsmitteln auszugleichen, ohne die Verkehrssicherheit zu beeinträchtigen. Innerstädtische Cityzentren können durch ‚rollende Bürgersteige' auf mehreren Ebenen von Pkw freigehalten werden; das erfordert Hochhäuser, die von den Bürgersteigbändern zu erreichen sind. Die Leitung des öffentlichen Verkehrs in die zweite Ebene kann dann mit Versuchen zu einer

NAGEL

Reiseführer für hohe Ansprüche

„Übersichtlich, zuverlässig, informativ — das sind die Kennzeichen von NAGELS REISEFÜHRERN. Sie bleiben eine unerschöpfliche Fundgrube zur Vorbereitung der Reise, zur Orientierung am Ort, zur Unterrichtung über Geschichte, Kultur und Wirtschaft, Natur und Volkstum. Die Genauigkeit der Information ist selbstverständlich, ihre Fülle kann nur den bedrücken, der ‚eben mal' durch ein Land reisen will. Wer diesem Land aber bis in Geschichte und Kunstgeschichte, Volkspsychologie und Brauchtum wirklich nahekommen will, der fährt mit diesen ziegelroten Bänden richtig, ob er nun tatsächlich reist, oder den Band als Nachschlagewerk benutzt."

RUNDBRIEFE, Evangelische Akademie Loccum

NEUERSCHEINUNGEN 1965/66:
UDSSR, UNGARN, JAPAN, ZYPERN, TÜRKEI

NEUAUSGABEN 1966:
ITALIEN, ÖSTERREICH, TSCHECHOSLOWAKEI, ISLAND, GROSSBRITANNIEN UND IRLAND.

NAGEL MÜNCHEN 42

Verlagerung auch der Stadt in mehrere Ebenen verbunden werden (Bau von Turmstädten auf Trägerflächen über Verkehrsflächen)."

Aus der von Regierungsdirektor Günther Wollny erarbeiteten Analyse der demographischen Entwicklung leiten auch die Bearbeiter anderer Sachfragen grundsätzliche Überlegungen ab; so Dr. Hans Hinrich Flöter und Dr. Johann Jürgen Rohde in ihrer Studie „Gesundheit": „Ob wir von Verschleißkrankheiten oder Zivilisationsschäden, von Angestellten-, Automations- oder ‚Manager'-Krankheiten sprechen — ihnen allen ist gemeinsam, daß sie von Konflikten zwischen dem Individuum und seiner Umwelt mitverursacht, daß sie auch sozial bedingt sind. Beschleunigter technischer Fortschritt, häufigerer Berufswechsel, rascherer sozialer Auf- und Abstieg werden es mit sich bringen, daß in absehbarer Zukunft diese Krankheitsbilder weiterhin den ersten Platz einnehmen. Unsere Gesundheitsgesetzgebung ist jedoch bis heute wesentlich auf die Krankheiten der vorindustriellen Gesellschaft festgelegt, z. B. auf die Seuchenbekämpfung und die Tuberkulose. Dem Wandel im Krankheitsbild der Industriegesellschaft sind wir nicht rasch genug gefolgt."

Dieselbe Rüge schreibt — mit dem Blick aufs Ganze — auch Herausgeber Ulrich Lohmar (in seinem das Buch abschließenden Referat „Politik und Planung") der Bundesrepublik ins Führungszeugnis: „Das Denken der politischen Führung der Bundesrepublik aber ist vorindustriell geprägt. Es orientiert sich an ständischen Leitbildern oder allenfalls an frühindustriellen Strukturen. Es verzichtet weitgehend auf angemessene Analysen und vorausschauende Planung. Das Nachhinken der Politik gegenüber dem Wandel der Gesellschaft findet eben hier seinen wesentlichen Grund."

Neben einer Untersuchung über die „Sorge für die Alten" stehen in diesem SPD-Kompendium, das mit seiner breiten Themen-Fächerung wissenschaftlich interessierte Leser auch anderer Couleur fesseln wird, Essays über „Das Recht des Bürgers" (von Radio-Bremen-Chefredakteur Dr. Harry Pross), „Das Sozialprodukt", „Ausbildung", „Raumordnung und Regionalpolitik". Während viele Ideen unmittelbar die Allgemeinheit berühren, dürften andere Vorschläge zunächst nur eine kleine Schicht bewegen (ohne darum nicht auch für die übrige Gesellschaft belangvoll zu sein); so z. B. wenn im Abschnitt über „Trends des technischen Fortschritts" Aspekte der Nutzbarmachung der Kybernetik behandelt werden: „Es sollte geprüft werden, ob eine öffentlich zugängliche Informationsbank eingerichtet werden kann. Darunter ist ein großes und verästeltes Dokumentationssystem zu verstehen, in dem das Geschehen und Wissen unserer Zeit gespeichert wird und das jedem Benutzer jederzeit zur Verfügung steht (z. B. über das öffentliche Fernsprechnetz). Eine solche Informationsbank sollte ebenso Antwort geben können auf die Frage, welches Material bei 300 Grad Celsius die höchste Scherfestigkeit hat, wie auf die Frage, an welchem Tage Chruschtschow in Wien war."

In gewisser Hinsicht haftet den Ausblicken auf 1975 etwas Spielerisches an, als hätten sich geistvolle Leute hier einfach einmal einfallen lassen, was man eigentlich alles machen könnte. Solches Fabulieren hat jedoch ohnehin eine schöpferische Note. Erst recht aber gewinnen die Überlegungen ernsthaften Charakter durch den Gesichtspunkt der planvollen Einrichtung unserer Zukunft. Vielfach geht es nämlich gar nicht um die Frage, was man vielleicht machen könnte, sondern darum, was unbedingt geschehen muß. Unsere im klassischen Sinne konservative Bundesregierung hat jedoch den Ehrgeiz, sich durch Konzeptionslosigkeit in auffälligen Gegensatz zur bürokratischen Planwirtschaft des Kommunismus zu setzen. So ist in Westdeutschland das Weiterwursteln Methode geworden. Aber nicht „Plan oder nicht Plan" steht im Massen- und Industrie-Zeitalter zur Debatte, sondern: in welchem Geiste geplant wird. Wo Planlosigkeit auf eine irgendwie „natürliche Einpendelung" unserer künstlichen Gesellschaftsordnung baut, wird der Schlendrian letztlich vom zielbewußt verwirklichten Willen überrundet werden. Dann kann kostbare Zeit verloren, Entwicklungsmöglichkeit für viele Familien und Einzelne vertan sein.

Das vorliegende Buch macht auch SPD-Nichtwählern deutlich: Vorausschau tut not, ein Wechsel in der Führung ist längst überfällig! Denn — mit einem Wort von Georg Christoph Lichtenberg gesagt: „Es muß anders werden, wenn es gut werden soll!"

W. Baranowsky

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Eleonore Sterling, Der unvollkommene Staat. Studien über Diktatur und Demokratie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 308 S., Ln. 24 ,—DM.

Planung I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Joseph H. Kaiser, Universität Freiburg. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 424 S., geb. 25,— DM.

Hans Freyer, Schwelle der Zeiten. Beiträge zur Soziologie der Kultur. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 333 S., Ln. 19,80 DM.

Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik. Fischer Bücherei, Frankfurt, 390 S., kart. 4,80 (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 689). — Eine Einführung in das System der Meinungsbefragung und die vielfältigen Möglichkeiten, mit den Ergebnissen öffentliche Entscheidungen zu beeinflussen; mit zahlreichen Tabellen und graphischen Darstellungen.

H. Röhrs, Schule und Bildung im internationalen Gespräch. Studien zur Vergleichenden Erziehungswissenschaft. Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt, 240 S., Ln. 19,— DM.

Versäumte Lektionen. Entwurf eines Lesebuches. Herausgegeben von Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbucher. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 470 S., Ln. 16,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Kirche und Staat. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Herausgegeben von Heribert Raab. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 372 S., kart. 4,80 DM (DTV/Dokumente/Bd. 238/39). — Der dokumentarische Teil des Buches, der durch eine Zeittafel und ausführliche Literaturhinweise ergänzt wird, beginnt mit „Kirche und Staat nach Eike von Repkows Landrecht des Sachsenspiegel" und endet mit Erklärungen zum Schulgebet in Hessen.

Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918—1933. Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Rudolf Huber, Göttingen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, XL u. 756 S., Ln. 59,— DM; Kombinationspreis bei gleichzeitigem Bezug der „Deutschen Verfassungsgeschichte seit 1789", 55,— DM (Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3). — Eine Quellensammlung, die neben der Weimarer Reichsverfassung die Texte von Regierungserklärungen, Parteiaufrufen, Parlamentsreden und geheimen Protokollen, Noten- und Briefwechseln enthält.

Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919. Droste Verlag, Düsseldorf, 194 S., Halbln. 32,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31).

Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Athenäum Verlag, Frankfurt/Bonn, 496 S., 13 Abb., Ln. 29,80 DM.

Heinrich Fraenkel/Roger Manvell, Himmler. Kleinbürger und Massenmörder. Aus dem Englischen von Wilm W. Elwenspoek. Ullstein Verlag, Darmstadt, 260 S., Ln. 18,50 DM.

Gerhard Schmidt, Selektion in der Heilanstalt 1939—1945. Mit einem Geleitwort von Karl Jaspers. Evangeliches Verlagswerk, Stuttgart, 152 S., Ln. 14,80 DM.

S.L.A. Marshall, Der Koreakrieg. Verlag Hubert & Co., Frauenfeld (Schweiz), 128 S., 56 Abb. und 8 Kartenskizzen, Ln. 17,80 DM.

Arthur M. Schlesinger, Die 1000 Tage Kennedys. Scherz Verlag, Bern/München, 1000 S. mit Register, Ln. 38,— DM.

Aktuelle Themen

Heiko Plate, Parteifinanzierung und Grundgesetz. Rechtsfragen von Rechenschaftspflicht und Staatszuschüssen. Duncker & Humblot, Berlin, 139 S., br. 22,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 30).

Henry A. Kissinger, Was wird aus der westlichen Allianz? Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien, 340 S., Ln. 24,80 DM.

Hanno Helbing, Das Zweite Vatikanische Konzil. Friedrich Reinhardt Verlag, Basel, 235 S., kart. 12,80 DM (Ökumenische Reihe „Begegnung", Bd. 10).

Christa v. Braunschweig, Der Konsument und seine Vertretung. Eine Studie über die Verbraucherverbände. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg, 296 S., Ln. 35,— DM (Veröffentlichung des Forschungsinstitutes für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, Bd. 20).

Bemerkungen

Claudia Wolff, geboren 1941 in Nürnberg, studiert Germanistik und politische Wissenschaften in Heidelberg. Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Kurt Beutler, 1937 in Stuttgart geboren, ist Assistent am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Philipps-Universität in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Walter Grab, 1919 in Wien geboren, promovierte bei Prof. Dr. Fritz Fischer in Hamburg mit einer Arbeit über „Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik 1792—1799", die im Herbst in Hamburg als Buch erscheint; er ist jetzt Dozent für Neuere Geschichte an der Universität Tel Aviv.

Kalixte Mukendi, geboren 1938 in Elizabethville/Kongo, studiert seit 1961 an der Kölner Universität Geologie und Wirtschaftsgeographie. Zur Zeit arbeitet er an seiner Dissertation am geographischen Institut der Universität Köln. Vorträge an zahlreichen Volkshochschulen in der Bundesrepublik.

Aus Platzmangel müssen in dieser Ausgabe die Rubriken „Anmerkungen Glossen Zuschriften" und „Dokumente zum Zeitgeschehen" fortfallen. Aus gleichem Grunde verzichten wir auch auf die für dieses Heft angekündigte Veröffentlichung des Wortlauts der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966, zumal dieser Text in fast allen großen Tageszeitungen abgedruckt worden ist.

Die Aufsätze von Claudia Wolff, Dr. Achim v. Borries und Kurt Beutler sind zum Preis von je DM 1,50 auch als Sonderdrucke in unserer Reihe „Argumente zur Zeit" lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.